

Zwischenbericht
zum 31. März 2015
Leistung aus Leidenschaft



Die Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	Jan. – Mrz.	
	2015	2014
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	32,36 €	30,97 € ¹
Aktienkurs höchst	32,90 €	38,15 € ¹
Aktienkurs tiefst	23,48 €	29,33 € ¹
Ergebnis je Aktie (unverwässert) ²	0,39 €	1,01 €
Ergebnis je Aktie (verwässert) ²	0,38 €	0,98 €
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio ²	1.385	1.073
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio ²	1.417	1.104
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	8,2 %	12,0 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	8,4 %	12,2 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	3,1 %	7,8 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	3,1 %	8,0 %
Aufwand-Ertrag-Relation ³	83,6 %	77,0 %
Personalaufwandsquote ⁴	33,1 %	39,9 %
Sachaufwandsquote ⁵	50,6 %	37,1 %
in Mio €		
Erträge insgesamt	10.376	8.392
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	218	246
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	8.678	6.466
Ergebnis vor Steuern	1.479	1.680
Gewinn nach Steuern	559	1.103
in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)		
Bilanzsumme	31.3.2015	31.12.2014
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	1.955	1.709
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	73,0	68,4
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	52,67 €	49,32 € ²
Hartes Kernkapital (CRR/CRD 4) ⁶	41,26 €	38,53 € ²
Harte Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁶	13,8 %	15,2 %
Kernkapitalquote (CRR/CRD 4) ⁶	11,1 %	11,7 %
Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁶	14,6 %	16,1 %
Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁶	12,2 %	12,9 %
Anzahl		
Niederlassungen	2.807	2.814
Davon: in Deutschland	1.842	1.845
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	98.615	98.138
Davon: in Deutschland	45.803	45.392
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	A3	A3
Standard & Poor's	A	A
Fitch Ratings	A+	A+

Die Überleitung des durchschnittlichen Active Equity und darauf basierender Kennzahlen befindet sich im Abschnitt „Sonstige Informationen“ dieses Zwischenberichts.

¹ Die historischen Kurse bis und einschließlich 5. Juni 2014 (letzter Handelstag Cum-Bezugsrecht) wurden im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung 2014 nachträglich durch Multiplikation mit dem Korrekturfaktor 0,9538 (R-Faktor) angepasst.

² Alle Perioden wurden angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

³ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

⁴ Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

⁵ Prozentualer Anteil des Zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den Zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

⁶ Werte für 2014 basieren auf CRR/CRD 4 unter Berücksichtigung der Übergangsregeln und „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“ gemäß der vollständigen Anwendung des CRR/CRD 4-Regelwerks. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den gesamten risikogewichteten Aktiva.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Berechnungen von aufsichtsrechtlichem Eigenkapital und Kapitalquoten, die in diesem Bericht dargestellt sind, berücksichtigen die Entscheidung (EU) (2015/4) der Europäischen Zentralbank (EZB) vom 4. Februar 2015 über die Anrechnung von Jahresend- und Zwischengewinnen im Harten Kernkapital.

Lagebericht

- 02 Überblick zur Finanz- und Ertragslage
Wirtschaftliches Umfeld – 2
Ergebnis der Deutschen Bank – 3
Ertragslage des Konzerns – 4
Segmentergebnisse – 6
Vermögenslage – 14
- 20 Ausblick
- 26 Risikobericht

Bestätigungen

- 76 Bescheinigung nach prüferischer
Durchsicht

Konzernabschluss

- 77 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
- 78 Konzern-Gesamtergebnisrechnung
- 79 Konzernbilanz
- 80 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
- 82 Konzern-Kapitalflussrechnung

Anhangangaben

- 83 Grundlage der Erstellung
- 84 Effekt aus Änderungen der
Bilanzierungsmethoden
- 86 Segmentberichterstattung
- 88 Angaben zur Konzern-Gewinn-
und Verlustrechnung
- 91 Angaben zur Konzernbilanz
- 116 Sonstige Finanzinformationen

Sonstige Informationen

- 130 Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle
Messgrößen

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage

Wirtschaftliches Umfeld

Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich im ersten Quartal 2015 leicht auf 3,2 % gegenüber dem Vorjahresquartal verlangsamt haben. Während sich das Wachstum in den Industrieländern von 1,6 % im vierten Quartal 2014 auf 2,0 % im ersten Quartal 2015 beschleunigt haben dürfte, verlangsamte sich das Wachstum in den Schwellenländern im ersten Quartal 2015 wohl von 4,9 % im Vorjahr auf 4,2 %.

Die Wirtschaft in der Eurozone dürfte im ersten Quartal 2015 annualisiert um 2,0 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt haben, nachdem sie im vierten Quartal 2014 um 1,3 % expandierte. Günstig wirkten sich niedrige Ölpreise und der schwächere Euro aus. Die deutsche Wirtschaft dürfte, teilweise getrieben durch das milde Winterwetter, im ersten Quartal 2015 um 3,1 % gewachsen sein. Im Vorquartal lag das Wachstum bei 2,8 %.

Nach einem annualisierten Wachstum von 2,2 % gegenüber dem Vorquartal dürfte sich die Dynamik in den USA im ersten Quartal 2015 wetterbedingt auf 1,7 % abgeschwächt haben. Das Wachstum der japanischen Wirtschaft dürfte sich im ersten Quartal 2015 um 2,9 % wieder etwas beschleunigen, nachdem es im vierten Quartal 2014 bei 1,5 % lag.

In China schwächte sich das Wirtschaftswachstum annualisiert wahrscheinlich von 7,2 % im vierten Quartal 2014 auf 6,8 % im ersten Quartal 2015 ab. Zurückzuführen ist dies zum Großteil auf eine Korrektur im Immobiliensektor. Die russische Wirtschaft dürfte nach einem Rückgang um 0,4 % im Schlussquartal 2014 im ersten Quartal 2015 um 6,6 % geschrumpft sein.

Der Jahresauftakt 2015 verlief für die globale Bankenbranche recht erfolgreich, trotz zahlreicher geopolitischer Krisen. Im Euroraum entwickelte sich die Kreditvergabe an Unternehmen im ersten Quartal 2015 leicht positiv, so dass sich der Vorjahresvergleich weiter einer Stabilisierung näherte. Das Kreditvolumen mit Haushalten setzte seinen im Spätsommer 2014 begonnenen Aufwärtstrend im abgelaufenen Quartal fort. Das Einlagengeschäft mit dem Privatsektor blieb trotz der sehr niedrigen Zinsen robust, für Unternehmen liegen die Zuwachsraten mit über 7 % gegenüber dem Vorjahr mittlerweile sogar auf dem höchsten Niveau seit Anfang 2008. Seit Beginn der Finanzkrise im Sommer 2007 sind die Einlagen des Privatsektors im Eurogebiet somit um fast 40 % angestiegen. Die Erhöhung der Bilanzsumme der Banken gewann im ersten Quartal 2015 zusätzlich an Fahrt.

In Deutschland zeigt sich bei den Krediten an Privathaushalte ein gemischtes Bild; während das Immobilienkreditgeschäft weiter solide wächst, setzt sich die Schrumpfung des Konsumentenkreditvolumens ebenso fort. Die zunehmende Konsumlust der Verbraucher lässt sich offensichtlich hinreichend aus steigenden Einkommen bestreiten; eine stärkere Kreditfinanzierung scheint gegenwärtig jedenfalls nicht nötig zu sein. Die Kredite an Unternehmen sind zum Jahresbeginn überraschend kräftig gestiegen, was auf Nachholeffekte nach einem enttäuschenden zweiten Halbjahr 2014 und eine mittlerweile wachsende Investitionsneigung hindeutet.

In den USA beschleunigte sich die rapide Expansion (mit zweistelligen Wachstumsraten) bei Firmenkrediten im ersten Quartal 2015 noch. Gleichzeitig belebte sich auch das Geschäft mit Privatkunden etwas, vor allem dank eines plötzlichen Anziehens der Hypothekarkreditvergabe. Auf der anderen Seite schnitten sogenannte Home-Equity-Kredite schwach ab, während Verbraucherkredite die saisonübliche Stagnation verzeichneten. Auf der Einlagenseite wurde der Rückschlag im vierten Quartal 2014 durch einen sehr starken Jahresauftakt, eine annualisierte Wachstumsrate von über 8 %, vollständig ausgeglichen.

Im weltweiten Investmentbanking hielt die zuletzt überwiegend freundliche Stimmung an. Im Fremdkapitalgeschäft stiegen die Erträge der Banken vor allem dank einer guten Entwicklung im Hochzinsbereich an, obwohl das Emissionsvolumen insgesamt gegenüber dem Vorjahreszeitraum sank. Überwiegend positiv schnitten dabei die USA und Europa ab, demgegenüber stand eine verringerte Aktivität in den Schwellenländern. Bei Aktienemissionen wurde mit Blick auf die Volumina das beste erste Quartal seit Beginn der Datenerhebung 1980 erzielt, nicht zuletzt dank eines Rekords bei Folgeplatzierungen, während Börsengänge etwas geringer waren als im Jahr 2014. Alle drei großen Weltregionen (Nordamerika, Europa und Asien) verbuchten insgesamt zweistellige Zuwächse. Die Erträge aus Eigenkapitalemissionen blieben jedoch verglichen mit dem Vorjahr konstant. M&A-Transaktionen legten weiter zu, auf den besten Wert eines ersten Quartals seit dem Jahr 2007, wobei Asien und die USA besonders gute Ergebnisse erreichten. Die Einnahmen der Banken aus der Beratung zu Fusionen und Übernahmen lagen leicht im Plus. Der Handel sowohl mit Aktien als auch mit festverzinslichen Wertpapieren war ebenfalls etwas intensiver als im Vorjahreszeitraum.

Die Vermögensverwaltung profitierte von einem ausgesprochen freundlichen Umfeld, vor allem an den europäischen Kapitalmärkten, mit kräftigen Kursgewinnen am Aktien- wie auch am Anleihemarkt. Ein wesentlicher Grund hierfür waren die direkten Markteingriffe der EZB, welche mit massiven Käufen von staatlichen Schuldverschreibungen begann. In den USA erreichte der Dow Jones-Aktienindex im März ein neues Allzeithoch; insgesamt war hier das erste Quartal 2015 allerdings von einer Seitwärtsbewegung nahe dem Rekordniveau gekennzeichnet. Die Renditen für US-Staatsanleihen gingen trotz zunehmender Signale einer bevorstehenden Zinswende der Notenbank weiter zurück. Die erhöhte Volatilität vor allem am Devisenmarkt mit der fortgesetzten Abwertung des Euro dürfte den Erträgen der Banken zudem nicht geschadet haben.

Unter dem Strich könnte die Profitabilität sowohl der US-amerikanischen als auch der europäischen Banken dank operativer Fortschritte, einer verbesserten gesamtwirtschaftlichen Lage und geringerer Belastungen aus Rechtsstreitigkeiten im ersten Quartal 2015 gestiegen sein.

Hinsichtlich neuer regulatorischer und aufsichtsrechtlicher Entwicklungen wurde zum Start des Jahres 2015 unter anderem die Basel 3-Liquiditätskennzahl (LCR) eingeführt. Gleichzeitig begann im Rahmen der Bankenunion die Umsetzungsphase des Regelwerks für die Restrukturierung und Abwicklung gescheiterter Finanzinstitute einschließlich der Festlegung der genauen Berechnungsmethode für die Beiträge zum gemeinsamen Abwicklungsfonds. Schließlich wurden die Überlegungen zur Schaffung einer Kapitalmarktunion mit der Vorlage eines Grünbuchs durch die Europäische Kommission konkreter. Die Diskussionen über die sogenannte Bankenstrukturreform hielten an.

Ergebnis der Deutschen Bank

Im ersten Quartal 2015 wurde grundsätzlich ein starkes Ergebnis erzielt, welches durch zusätzliche Kosten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 1,5 Mrd € beeinträchtigt war. Die positive Entwicklung ist auf ein verbessertes Marktumfeld, erhöhte Volatilität und vorteilhafte Veränderungen bezüglich der Wechselkurse zurückzuführen. Dem standen teilweise die vorgenannten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, Auswirkungen aus dem Niedrigzins-Umfeld, höhere Bankenabgaben und gestiegene regulatorische Ausgaben, gegenüber. Wir haben unsere Kapitalbasis gestärkt und weiterhin in unsere Unternehmenskultur und Kosteninitiativen investiert.

Die wesentlichen Finanzkennzahlen des Konzerns im ersten Quartal 2015 können wie folgt zusammengefasst werden:

- Konzernerträge von 10,4 Mrd € im ersten Quartal, ein Anstieg um 24 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres;
- Ergebnis vor Steuern von 1,5 Mrd €, ein Rückgang von 12 % im Vergleich zum ersten Quartal 2014;

- Gewinn nach Steuern von 559 Mio € im ersten Quartal 2015, ein Rückgang von 49 % im Vergleich zum ersten Quartal 2014;
- Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital beträgt 3,9 % am Ende des Berichtsquartals;
- Harte Kernkapitalquote gemäß der Capital Requirements Regulation (CRR)/Capital Requirements Directive 4 (CRD 4) (Vollumsetzung) von 11,1 % am Ende des ersten Quartals 2015;
- Verschuldungsquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) von 3,4 % am Ende des Berichtsquartals;
- Risikogewichtete Aktiva gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) von 431 Mrd € zum 31. März 2015.

Die finanziellen Key Performance Indicators (KPIs) des Konzerns für die ersten drei Monate sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Konzernfinanzkennzahlen	31.3.2015	31.3.2014
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	3,1 %	8,0 %
Bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ²	13,2 %	10,2 %
Aufwand-Ertrag-Relation ³	83,6 %	77,0 %
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation ⁴	64,6 %	71,4 %
Kostensparnis ⁵	3,6 Mrd €	2,3 Mrd €
Umsetzungskosten (OpEx) ⁶	3,1 Mrd €	2,1 Mrd €
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ⁷	11,1 %	9,5 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁸	3,4 %	2,5 %

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern.

² Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern bereinigt um Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Umsetzungskosten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie immaterielle Vermögenswerte, weitere Abfindungszahlungen sowie kreditrisikobezogene Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments, CVAs), forderungsbezogene Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustments, DVAs) und refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments, FVAs) gemäß der CRR/CRD 4. Die Berechnung basiert auf einer bereinigten Steuerquote von 35 % zum 31. März 2015 und 34 % zum 31. März 2014. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ zu finden.

³ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

⁴ Basierend auf Zinsunabhängigen Aufwendungen bereinigt um Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Umsetzungskosten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, weitere Abfindungszahlungen und andere bereicherspezifische Einmalkosten; geteilt durch die ausgewiesenen Erträge. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ zu finden.

⁵ Kostensparnis aus der Implementierung des OpEx-Programms.

⁶ Umsetzungskosten sind Kosten, die bei der Erzielung von Einsparungen im Rahmen des OpEx-Programms anfallen.

⁷ Die Harte Kernkapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁸ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht zu finden.

Ertragslage des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014		
Erträge:				
Davon:				
CB&S	4.654	4.042	612	15
PBC	2.471	2.452	20	1
GTB	1.133	1.018	114	11
Deutsche AWM	1.379	1.065	314	29
NCOU	336	63	273	N/A
Erträge insgesamt	10.376	8.392	1.983	24
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	218	246	-28	-12
Zinsunabhängige Aufwendungen	8.678	6.466	2.212	34
Ergebnis vor Steuern	1.479	1.680	-201	-12
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	920	577	344	60
Gewinn (Verlust) nach Steuern	559	1.103	-544	-49

N/A – Nicht aussagekräftig

Im ersten Quartal 2015 stiegen die Erträge gegenüber dem ersten Quartal 2014. Dazu haben alle unsere Geschäftsbereiche beigetragen. Ursächlich dafür sind ein günstigeres Marktumfeld, eine höhere Marktvolatilität und positive Effekte aus Wechselkursänderungen sowie die anhaltenden Fortschritte bei unseren Aktivitäten

zum Risikoabbau in der NCOU. Im Fokus des Operational Excellence (OpEx)-Programms stehen derzeit komplexere Initiativen, und es wurden bereits weitere Kostensenkungen im Berichtsquartal erzielt. Diese sind durch höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, höhere Bankenabgaben, gestiegene aufsichtsbehördliche Anforderungen und anhaltende Investitionen in die Integration von Geschäftsplattformen und Prozessverbesserungen überkompensiert worden.

Die Erträge des Konzerns sind im ersten Quartal 2015 um 2,0 Mrd € (24 %) auf 10,4 Mrd € gegenüber 8,4 Mrd € im Vergleichsquartal des Vorjahres gestiegen, unterstützt durch positive Effekte aus Wechselkurschwankungen. In CB&S betragen die Erträge 4,7 Mrd €, was einem Anstieg von 612 Mio €, oder 15 % im Vergleich zum ersten Quartal 2014 entspricht. Ursächlich für diesen Anstieg waren der Bereich Sales & Trading (Equity), in dem sich die Erträge aufgrund höherer Kundenvolumina und günstiger Marktbedingungen um 242 Mio € (31 %) erhöhten, sowie der Bereich Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte), in dem die Erträge aufgrund der höheren Marktvolatilität und stärkeren Kundenaktivität um 208 Mio € (9 %) stiegen. Die Erträge in PBC beliefen sich im ersten Quartal 2015 auf 2,5 Mrd € und lagen damit um 20 Mio € (1 %) knapp über dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Zurückzuführen ist diese leichte Zunahme auf solide operative Erträge in Global Credit und Investment & Insurance products. Die Erträge in Global Transaction Banking (GTB) beliefen sich im ersten Quartal 2015 auf 1,1 Mrd € und waren damit um 114 Mio € (11 %) höher als im Vergleichsquartal des Vorjahres. Ursächlich für diesen Anstieg waren hohe Transaktionsvolumina und erhöhte Geschäftsaktivitäten, die die Auswirkungen des schwierigen Marktumfelds kompensierten. Deutsche AWM meldete Erträge in Höhe von 1,4 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 314 Mio € (29 %) gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres und ist auf ein höheres Marktniveau sowie positive Währungseffekte zurückzuführen. Die Erträge in der NCOU beliefen sich auf 336 Mio €, was einem Anstieg um 273 Mio € im ersten Quartal 2015 entspricht. Dies reflektiert die fortlaufenden Bemühungen des Risikoabbaus und eine Erstattung von Kosten für Rechtsstreitigkeiten im ersten Quartal 2015. Die Erträge in Consolidation & Adjustments (C&A) beliefen sich im Berichtsquartal auf 402 Mio € nach negativen Erträgen in Höhe von 247 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres. Ursächlich für diese Entwicklung waren vor allem Bewertungs- und zeitlichen Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und der Berichterstattung gemäß IFRS sowie refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (FVAs) interner unbesicherter Derivate-Transaktionen zwischen Treasury und CB&S.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im ersten Quartal 2015 auf 218 Mio € und war damit um 28 Mio € (12 %) geringer als im Vorjahreszeitraum. Dies ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Rückstellungen für gemäß IAS 39 reklassifizierte und von der NCOU ausgewiesene Vermögenswerte zurückzuführen, der durch höhere Rückstellungen im Portfolio für Schiffsfinanzierungen in CB&S teilweise neutralisiert wurde.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im Berichtsquartal auf 8,7 Mrd € und lagen damit um 2,2 Mrd € (34 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres, hauptsächlich zurückzuführen auf zusätzliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und auf die oben genannten Wechselkurseffekte. Der Personalaufwand betrug 3,4 Mrd €, was einem Anstieg von 84 Mio € (3 %) gegenüber dem ersten Quartal 2014 entspricht. Diese Zunahme spiegelt vor allem höhere fixe Vergütungsaufwendungen infolge neuer regulatorischer Anforderungen, die hauptsächlich in CB&S anfielen, sowie strategische Neueinstellungen für unsere neuen Kontrollfunktionen wider. Diese Zunahmen wurden teilweise durch niedrigere Aufwendungen für die variable Vergütung gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres kompensiert. Der Sach- und sonstige Aufwand in Höhe von 5,1 Mrd € stieg gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,1 Mrd € (68 %). Haupttreiber für diesen Anstieg waren die schon zuvor erwähnten Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und die Bankenabgabe. Die Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beliefen sich im ersten Quartal 2015 auf 1,5 Mrd €. Die Aufwendungen für die Bankenabgaben stiegen gegenüber dem Vorquartal um 527 Mio € aufgrund der Erhöhungen einer Bankenabgabe und reflektieren nun auch den abweichenden Zeitpunkt für die Erfassung im Berichtsjahr, ausgelöst durch Änderungen in den Bankenabgaberrichtlinien. Darüberhinaus sind die zinsunabhängigen Aufwendungen aufgrund höherer regulatorisch veranlasster Ausgaben gestiegen. Gegenläufig waren Effekte aus der fortlaufenden Implementierung unseres OpEx-Programms und dem Verkauf von The Cosmopolitan of Las Vegas sowie der BHF-BANK im Jahr 2014. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft beliefen sich im ersten Quartal 2015 auf 153 Mio €, was einer Zunahme um 102 Mio € im Vergleich zum Vorjahresquartal entspricht. Diese Aufwen-

dungen heben Marktwertgewinne bei Investitionen auf, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im ersten Quartal 2015 auf 1,5 Mrd € gegenüber 1,7 Mrd € im Vorjahreszeitraum. Zurückzuführen ist dieser Rückgang auf erhöhte Zinsunabhängige Aufwendungen, in erster Linie infolge von zusätzlichen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, die teilweise durch die positive Ertragsentwicklung und eine niedrigere Risikovorsorge aufgehoben wurden.

Der Gewinn nach Steuern belief sich im ersten Quartal 2015 auf 559 Mio € gegenüber 1,1 Mrd € im Vorjahreszeitraum. Der Ertragsteueraufwand lag im Berichtsquartal bei 920 Mio € nach 577 Mio € im ersten Quartal 2014. Die effektive Steuerquote von 62 % im laufenden Quartal wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst. Die effektive Steuerquote des ersten Quartals 2014 betrug 34 %.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das erste Quartal 2015 und 2014. Informationen zu den Änderungen in der Segmentberichterstattung finden Sie in dem Abschnitt „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses in den Anhangangaben.

	1. Quartal 2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge	4.654	2.471	1.133	1.379	336	402	10.376
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	37	135	15	4	28	1	218
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.959	1.801	709	1.084	690	436	8.678
Davon:							
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	153	0	0	153
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	22	1	0	0	0	0	23
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	16	0	0	0	0	-16	0
Ergebnis vor Steuern	643	536	409	291	-381	-18	1.479
Aufwand-Ertrag-Relation	85 %	73 %	63 %	79 %	N/A	N/A	84 %
Aktiva	1.440.056	259.407	117.368	89.599	38.759	10.277	1.955.465
Risikogewichtete Aktiva (CRR/CRD 4 – Vollumsetzung)	213.582	76.704	51.638	21.949	46.327	21.189	431.390
Durchschnittliches Active Equity	30.595	16.293	7.159	7.509	8.410	24	69.990
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %)	8	13	23	16	-18	N/A	8
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %)¹	5	8	15	10	-12	N/A	3

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die sich für das erste Quartal 2015 auf 62 % belief. Für die Segmente wird für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity eine Steuerquote von 35 % angewendet.

	1. Quartal 2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge	4.042	2.452	1.018	1.065	63	- 247	8.392
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	16	140	24	- 1	67	1	246
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.566	1.836	638	899	538	- 12	6.466
Davon:							
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	52	0	0	52
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	44	3	2	4	2	0	56
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	21	0	0	0	- 1	- 20	0
Ergebnis vor Steuern	1.439	475	357	167	- 541	- 216	1.680
Aufwand-Ertrag-Relation	63 %	75 %	63 %	84 %	N/A	N/A	77 %
Aktiva	1.133.139	261.106	108.130	73.184	50.996	10.020	1.636.574
Risikogewichtete Aktiva (CRR/CRD 4 – Vollumsetzung)	165.432	79.613	41.523	13.791	57.990	14.963	373.313
Durchschnittliches Active Equity	20.937	14.357	5.327	6.181	7.684	0	54.488
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %)	27	13	27	11	- 28	N/A	12
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) (in %) ¹	18	9	17	7	- 18	N/A	8

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die sich für das erste Quartal 2014 auf 34 % belief. Für die Segmente wird für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity eine Steuerquote von 35 % angewendet.

Unternehmensbereiche

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014		
Erträge:				
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.643	2.435	208	9
Sales & Trading (Equity)	1.012	770	242	31
Emissionsgeschäft (Debt)	433	358	75	21
Emissionsgeschäft (Equity)	206	160	46	29
Beratung	145	107	39	36
Kreditgeschäft	277	255	22	9
Sonstige Produkte	- 61	- 42	- 19	45
Erträge insgesamt	4.654	4.042	612	15
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	37	16	21	137
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.959	2.566	1.393	54
Davon:				
Restrukturierungsaufwand	22	44	- 22	- 50
Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	16	21	- 6	- 27
Ergebnis vor Steuern	643	1.439	- 796	- 55
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity, bereinigt) ^{1,2}	18 %	19 %		

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern bereinigt um Kosten für Rechtsstreitigkeiten, Umsetzungskosten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie immaterielle Vermögenswerte, weitere Abfindungszahlungen und kreditrisikobezogene Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments, CVAs), forderungsbezogene Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustments, DVAs) und refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments, FVAs). Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ zu finden.

² Die Berechnung basiert auf einer bereinigten Steuerquote von 34 % für das erste Quartal 2015 und 2014.

CB&S meldete für das erste Quartal 2015 eine starke Ertragsentwicklung, die auf ein verbessertes Marktumfeld, erhöhte Marktvolatilität und positive Währungseffekte zurückzuführen war.

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) lagen im ersten Quartal 2015 mit 2,6 Mrd € um 208 Mio € (9 %) über dem Wert des Vergleichs quartals 2014. Die gegenüber dem ersten Quartal 2014 deutlich höheren Erträge im Devisengeschäft sind auf gestiegene Kundenaktivitäten und eine stärkere Marktvolatilität zurückzuführen. Die im Vergleich zum Vorjahresquartal gestiegenen Erträge im Zinsgeschäft (Rates) resultierten aus gestiegenen Kundenaktivitäten, vor allem in Europa. Im Flow-Credit-Geschäft lagen die Erträge deutlich höher, und auch die Erträge in Emerging Markets sind gegenüber dem Vergleichs quartal gestiegen. Diese Entwicklungen wurden durch ein günstigeres Marktumfeld unterstützt. Die Erträge bei Distressed Products lagen deutlich niedriger als im ertragsstarken ersten Quartal 2014. RMBS wies deutlich niedrigere Erträge infolge schwieriger Marktbedingungen aus. In den Bereichen Credit Solutions und Global Liquidity Management blieben die Erträge gegenüber dem Vergleichs quartal des Vorjahres konstant. Die Erträge von Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beinhalteten zwei Bewertungsanpassungen, die zu einem Gesamtverlust von 208 Mio € führten: erstens, ein Marktwertverlust von 16 Mio € (erstes Quartal 2014: Gewinn von 28 Mio €) im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Senkung der risikogewichteten Aktiva bei Credit Value Adjustments (CVAs), zweitens, einen Funding Value Adjustment (FVA)-Verlust von 193 Mio € (erstes Quartal 2014: Gewinn 14 Mio €), der einen negativen Effekt von 84 Mio € aufgrund einer Verfeinerung der Berechnungsmethode beinhaltete.

Sales & Trading (Equity) erbrachte im ersten Quartal 2015 Erträge von 1,0 Mrd €, was gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres einem Anstieg von 242 Mio € (31 %) entspricht. Prime Finance verzeichnete aufgrund der Zunahme von Kundenvolumina gegenüber dem Vorjahresquartal ein deutliches Ertragswachstum. Im Bereich Equity Derivatives wurden im Berichtszeitraum aufgrund der stärkeren Performance in den Regionen Nordamerika und Asien/Pazifik signifikant höhere Erträge als im Vergleichs quartal des Vorjahres erzielt. Auch im Bereich Equity Trading waren die Erträge höher. Dies ist auf die gestiegenen Erträge in Asien und Europa aufgrund günstiger Marktbedingungen und höherer Aktienbewertungen zurückzuführen.

Die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft stiegen im Berichts quartal um 159 Mio € (26 %) auf 784 Mio € gegenüber dem ersten Quartal 2014. Die deutlich höheren Erträge im Beratungsgeschäft sind auf ein gestiegenes Provisionsaufkommen im Markt zurückzuführen. Die Erträge im Aktien- und Anleiheemissionsgeschäft waren infolge starker Transaktionsvolumina höher als im Vergleichs quartal des Vorjahres.

Die Erträge im Kreditgeschäft beliefen sich im ersten Quartal 2015 auf 277 Mio € nach 255 Mio € im Vorjahresquartal.

Die Sonstigen Produkte wiesen im ersten Quartal 2015 negative Erträge von 61 Mio € auf, denen ein Verlust von 42 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres gegenübersteht. Die Erträge aus Sonstigen Produkten beinhalteten im ersten Quartal 2015 einen Verlust von 13 Mio € (im Vorjahresquartal: Verlust von 42 Mio €) aus Debt Value Adjustments (DVAs) für bestimmte Verbindlichkeiten aus Derivate-Positionen.

Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde im Unternehmensbereich CB&S im ersten Quartal 2015 eine Nettozuführung von 37 Mio € nach 16 Mio € im Vorjahresquartal ausgewiesen. Dieser Anstieg war auf höhere Risikovorsorgen für Schiffsfinanzierungen zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber dem ersten Quartal 2014 um 1,4 Mrd € (54 %). Ursächlich für diesen Anstieg waren erheblich höhere Kosten für Rechtsstreitigkeiten, ungünstige Wechselkursänderungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Diese Zunahmen haben die Einsparungen aus dem OpEx-Programm und die geringeren Vergütungskosten neutralisiert.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im ersten Quartal 2015 auf 643 Mio € nach 1,4 Mrd € im Vergleichs quartal des Vorjahres. Ursächlich dafür waren höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie gestiegene Infrastrukturkosten im Zusammenhang mit der Implementierung aufsichtsbehördlicher Programme und dem Ausbau der Kontrollfunktion, die eine starke Ertragsentwicklung sowie günstige Wechselkursänderungen überkompensiert haben.

Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014		
Erträge:				
Kreditgeschäft	930	846	83	10
Einlagengeschäft	694	757	-63	-8
Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft	235	247	-12	-5
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	406	348	57	16
Postdienstleistungen und bankfremde Produkte	61	105	-43	-41
Sonstige Produkte	145	148	-3	-2
Erträge insgesamt	2.471	2.452	20	1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	135	140	-6	-4
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.801	1.836	-36	-2
Davon: Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	536	475	61	13
Aufgliederung von PBC nach Geschäftsbereich¹				
Privat- und Geschäftskundenbank:				
Erträge insgesamt	951	1.023	-73	-7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	14	20	-6	-31
Zinsunabhängige Aufwendungen	816	804	11	1
Ergebnis vor Steuern	121	199	-78	-39
Advisory Banking International:				
Erträge insgesamt	586	523	63	12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	60	66	-6	-9
Zinsunabhängige Aufwendungen	317	350	-32	-9
Ergebnis vor Steuern	208	107	101	95
Postbank:²				
Erträge insgesamt	935	906	29	3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	60	54	7	13
Zinsunabhängige Aufwendungen	668	683	-15	-2
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	207	169	37	22

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 hat PBC die internen Kostenallokationen zwischen der Privat- und Geschäftskundenbank und Advisory Banking International adjustiert. Vorperioden wurden entsprechend angepasst.

² Beinhaltet wesentliche Geschäftsaktivitäten der Postbank AG sowie von BHW und norisbank.

Trotz des derzeitigen Niedrigzinsumfelds verzeichnete PBC mit 536 Mio € im ersten Quartal 2015 ein sehr starkes Ergebnis vor Steuern. Dies entspricht einem Anstieg um 61 Mio € (13 %) im Vergleich zum Vorjahresquartal, wobei das erste Quartal 2014 von einem Einmalgewinn aus einem Geschäftsverkauf in einer vorangegangenen Berichtsperiode profitierte. Die starke Performance von PBC war sowohl auf operative Erträge im Kredit-, Wertpapier- und Versicherungsgeschäft, die von geringere Erträge aus dem Zahlungsverkehr, Einlagen-, Karten- und Kontengeschäft sowie Postdienstleistungen und bankfremden Produkten mehr als kompensiert wurden, als auch auf den Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen zurückzuführen.

In PBC erhöhten sich die Erträge im Vergleich zum Vorjahresquartal um 20 Mio €. Die Erträge im Kreditgeschäft stiegen um 83 Mio € (10 %) im Vergleich zum ersten Quartal 2014. Neben den höheren Kreditvolumina und verbesserten Kreditmargen, vor allem im Baufinanzierungs- und Bauspargeschäft, resultierte dies aus spezifischen Effekten aus den erfolgreichen Vertragsanpassungen mit Geschäftspartnern in der Postbank sowie Sondereffekten im Zusammenhang mit der Anpassung interner Refinanzierungsmodelle in der Privat- und Geschäftskundenbank. Die Erträge im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft erreichten, in einem insgesamt positiven Marktumfeld, im Berichtsquartal mit einer Zunahme um 57 Mio € (16 %) eine Rekordhöhe seit der Finanzkrise. Dies spiegelte die anhaltende positive Entwicklung des Wertpapiergeschäfts wider, in dem die Transaktionsvolumina höher waren als im Vorjahresquartal. Der Rückgang der Erträge im Einlagengeschäft

um 63 Mio € (8 %) gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres wurde vor allem durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld in Europa verursacht. Die Erträge aus Postdienstleistungen und bankfremden Produkten sanken im Vergleich zum ersten Quartal 2014 um 43 Mio € (41 %). Dieser Rückgang war auf einen neuen Vertrag mit der Deutsche Post DHL zurückzuführen und wurde teilweise durch geringere Kosten im Zusammenhang mit diesen Vertragsänderungen kompensiert. Ursächlich für die Abnahme der Erträge aus dem Zahlungsverkehr sowie dem Karten- und Kontengeschäft um 12 Mio € (5 %) gegenüber dem Vorjahresquarter waren geänderte regulatorische Vorgaben in Bezug auf Gebühren im Zahlungsverkehr und Kartengeschäft. Die Erträge aus Sonstigen Produkten reduzierten sich gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres um 3 Mio € (2 %). Im ersten Quartal 2014 wurde im Privat- und Firmenkundengeschäft ein Gewinn aus einem Geschäftsverkauf in einer vorangegangenen Berichtsperiode ausgewiesen, während im Berichtsquarter höhere Erträge aus nicht operativen Aktivitäten der Postbank und eine bessere Performance der Beteiligung an der Hua Xia Bank verzeichnet wurden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb auf dem niedrigen Niveau des ersten Quartals 2014. Dies war nach wie vor auf die Qualität des Kreditportfolios von PBC und das günstige wirtschaftliche Umfeld in Deutschland zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres um 36 Mio € (2 %) auf 1,8 Mrd €. Die Umsetzungskosten im Rahmen unseres OpEx-Programms und der Postbank-Integration gingen um 23 Mio € zurück, was die erwarteten Fortschritte bei diesen Programmen widerspiegelte. Darüber hinaus erzielte PBC dank Effizienzsteigerungen im Rahmen unseres OpEx-Programms weiterhin inkrementelle Einsparungen. Diese Effekte wurden teilweise durch höhere Infrastrukturkosten aufgehoben, die vor allem durch aufsichtsrechtliche Anforderungen und die Einrichtung neuer Kontrollfunktionen verursacht wurden.

Das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich im Vergleich zum ersten Quartal 2014 um 61 Mio € (13 %), vor allem aufgrund der positiven operativen Geschäftsentwicklung.

Die Invested Assets stiegen gegenüber dem 31. Dezember 2014 um 11 Mrd €. Dies war hauptsächlich auf positive Marktwertentwicklungen und leichte Nettomittelzuflüsse, insbesondere im Wertpapiergeschäft, zurückzuführen.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014		
Erträge insgesamt:				
Transaction Services	1.133	1.018	114	11
Summe Erträge insgesamt	1.133	1.018	114	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	15	24	-9	-39
Zinsunabhängige Aufwendungen	709	638	71	11
Davon:				
Restrukturierungsaufwand	0	2	-2	N/A
Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	409	357	53	15

N/A – Nicht aussagekräftig

Im ersten Quartal 2015 verzeichnete GTB mit 1,1 Mrd € die bisher höchsten Erträge für ein Quartal seit Begründung der Division im Jahr 2001. Dies wurde trotz des weiterhin herausfordernden Marktumfelds mit anhaltend niedrigen Zinsen und gestiegenen geopolitischen Risiken erreicht. Während das Geschäftsumfeld nach wie vor sehr wettbewerbsintensiv war, trugen die in Fremdwährung denominierten Aktivitäten aufgrund vorteilhafter Währungsschwankungen zu diesem Ergebnis bei.

In diesem Umfeld stiegen die Erträge von GTB um 114 Mio € (11 %) gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres, das einen Erlös aus dem Verkauf der registrar services GmbH beinhaltete. Die Erträge in Trade Finance profitierten von steigenden Volumina, welche die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds und anhaltenden Margendrucks mehr als ausglich. Securities Services verzeichnete dank des starken Anstiegs der Volumina, vor allem in der Region Asien-Pazifik, ein Ertragswachstum. In Cash Management nahmen die Geschäftsaktivitäten ebenfalls zu.

Im Berichtsquarter sank die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Vergleich zum ersten Quartal 2014 um 9 Mio € auf 15 Mio €. Dies war auf geringere Rückstellungen in Trade Finance und im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahresquarter um 71 Mio € (11 %). Diese Zunahme resultierte hauptsächlich aus höheren Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen sowie gestiegenen ertragsbezogenen Kosten. Im ersten Quartal 2015 beinhalteten die Aufwendungen Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms in Höhe von 12 Mio €, während sie sich im ersten Quartal 2014 auf 19 Mio € beliefen.

Das Ergebnis vor Steuern stieg aufgrund von Rekorderträgen und einer geringeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 53 Mio € (15 %).

Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014		
Erträge:				
Managementgebühren und sonstige laufende Erträge	822	613	209	34
Transaktionsbezogene Erträge	185	183	2	1
Zinsüberschuss	192	148	43	29
Sonstige Erträge	4	71	-67	-95
Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life	176	49	127	N/A
Erträge insgesamt	1.379	1.065	314	29
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	4	-1	5	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.084	899	185	21
Davon:				
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	153	52	102	197
Restrukturierungsaufwand	0	4	-5	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	-53
Ergebnis vor Steuern	291	167	125	75

N/A – Nicht aussagekräftig

Auch im ersten Quartal 2015 hat Deutsche AWM von steigenden Märkten, höheren Nettomittelzuflüssen und einer Zunahme des verwalteten Vermögens profitiert. Die Performance wird jedoch weiterhin von höheren Kosten aufgrund aufsichtsrechtlicher Anforderungen und dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld beeinflusst, die dazu führen, dass die Erträge aus Altersvorsorgeprodukten und die Margen im Einlagengeschäft unter Druck sind.

Die Erträge in Deutsche AWM lagen im Berichtsquarter mit 1,4 Mrd € um 314 Mio € (29 %) über dem Wert des Vorjahresquartals.

Die Managementgebühren und sonstigen laufenden Erträge nahmen um 209 Mio € (34 %) zu. Grund hierfür war ein Anstieg der durchschnittlichen verwalteten Vermögenswerte im Berichtsquartal nach Zuflüssen sowie positiven Markt- und Währungseffekten. Der Zinsüberschuss stieg infolge eines höheren Kreditvolumens und positiver Währungseffekte um 43 Mio € (29 %). Die Erträge aus Sonstigen Produkten sanken gegenüber dem ersten Quartal 2014 um 67 Mio € (95 %), hauptsächlich durch ungünstige Veränderungen aus Altersvorsorgeprodukten, die durch den Rückgang der langfristigen Zinssätze beeinflusst wurden, und eine Wertminderung auf Aktive Anlageprodukte aufgrund des HETA Engagements von 110 Mio €. Gestiegene Erträge aus alternativen Anlagen haben diese teilweise kompensiert. Die Marktwertschwankungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresquartal um 127 Mio €. Dies resultierte aus gestiegenen Marktgewinnen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Quartal 2015 mit 1,1 Mrd € um 185 Mio € (21 %) über dem Vergleichswert des Vorjahresquartals. Grund dafür waren höhere Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, Währungseffekte höhere ertragsgetriebene Aufwendungen und gestiegene Vergütungsaufwendungen, vor allem in Bezug auf strengere aufsichtsrechtliche Anforderungen und strategische Neueinstellungen. Diese Effekte wurden teilweise durch geringere Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms und gesunkene Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten ausgeglichen.

Das Ergebnis vor Steuern betrug im Berichtsquartal 291 Mio € und lag damit um 125 Mio € (75 %) über dem Wert des Vorjahresquartals.

Im ersten Quartal 2015 beliefen sich die Invested Assets auf 1,2 Bio €. Der Anstieg um 120 Mrd € war hauptsächlich auf Währungseffekte von 63 Mrd €, positive Marktwertentwicklungen von 46 Mrd € und Zuflüsse von 17 Mrd € zurückzuführen.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit (NCOU)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014		
Erträge insgesamt	336	63	273	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	28	67	-39	-59
Zinsunabhängige Aufwendungen	690	538	152	28
Davon:				
Restrukturierungsaufwand	0	2	-2	-95
Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	-1	1	N/A
Ergebnis vor Steuern	-381	-541	160	-30

N/A – Nicht aussagekräftig

Die Ergebnisse der NCOU im ersten Quartal reflektieren die großen Fortschritte beim Abbau von Risiken sowie Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, Wertminderungen und Entwicklungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten.

Im Berichtsquartal stiegen die Erträge der NCOU um 273 Mio € auf 336 Mio €. Dies war auf eine Zahlung im Zusammenhang mit einer speziellen Rechtsstreitigkeit in Höhe von 219 Mio € zurückzuführen. Die geringeren Portfolioerträge nach dem Verkauf der BHF-Bank und von The Cosmopolitan of Las Vegas in 2014 wurden durch den Nettoeffekt aus Bewertungs- und Marktwertanpassungen ausgeglichen. Die NCOU generierte durch ihre Aktivitäten zum Risikoabbau Erträge von 98 Mio € gegenüber Erträgen von 67 Mio € im Vergleichs-quarter 2014.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft war im ersten Quartal 2015 um 39 Mio € niedriger als im Vorjahresquartal. Dies resultierte aus einer gesunkenen Risikovorsorge im Zusammenhang mit nach IAS 39 umklassifizierten Vermögenswerten.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber dem ersten Quartal 2014 um 152 Mio € (28 %). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist vorrangig auf höhere Rückstellungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen, ausgeglichen durch niedrige Aufwendungen durch den Verkauf der BHF-BANK und von The Cosmopolitan of Las Vegas sowie den Wegfall einer einmaligen Wertminderung im Vorjahr.

Der Verlust vor Steuern verringerte sich gegenüber dem Vorjahresquartal um 160 Mio € und war hauptsächlich auf die vorgenannten Entwicklungen und Effekte zurückzuführen.

Consolidation & Adjustments (C&A)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2015	2014		
Erträge insgesamt	402	-247	650	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	1	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	436	-12	447	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-16	-20	5	-24
Ergebnis vor Steuern	-18	-216	197	-91

N/A – Nicht aussagekräftig

C&A verzeichnete im ersten Quartal 2015 einen Verlust vor Steuern von 18 Mio € nach einem Verlust vor Steuern von 216 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf Bewertungs- und zeitliche Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und der Berichterstattung gemäß IFRS zurückzuführen, die zu einem positiven Effekt von 324 Mio € gegenüber negativen 134 Mio € im Vorjahresquartal führten. Des Weiteren leistete eine Anpassung zwecks Berücksichtigung der Refinanzierungskosten von Derivaten auf interne unbesicherte Derivategeschäfte zwischen CB&S und Treasury einen positiven Beitrag von 1 Mio € im ersten Quartal 2015 gegenüber einem negativen Effekt von 95 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Diese positiven Effekte wurden teilweise durch negative Effekte aus Bankenabgaben in der Höhe von 426 Mio €, im Vergleich zu einer Gutschrift von 1 Mio € im ersten Quartal 2014, aufgehoben. Zurückzuführen ist diese Veränderung auf die Erhöhung der Bankenabgabe und den abweichenden Zeitpunkt der Erfassung im Berichtsjahr, ausgelöst durch Änderungen in den Bankenabgaberichtlinien. Diese Aufwendungen werden im Laufe des Berichtsjahres auf die Geschäftsbereiche allokiert.

Vermögenslage

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2015	31.12.2014	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Barreserve	21.645	20.055	1.590	8
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	70.659	63.518	7.142	11
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	57.908	43.630	14.278	33
Handelsaktiva	212.185	195.681	16.504	8
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	746.084	629.958	116.126	18
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	125.810	117.285	8.524	7
Davon:				
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	68.481	60.473	8.008	13
Forderungen aus Wertpapierleihen	17.880	20.404	- 2.524	- 12
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.548	405.612	22.935	6
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	165.518	115.054	50.464	44
Übrige Aktiva	127.108	117.910	9.198	8
Summe der Aktiva	1.955.465	1.708.703	246.762	14
Einlagen	572.921	532.931	39.990	8
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	19.894	13.226	6.668	50
Handelsspassiva	54.231	41.843	12.388	30
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	724.120	610.202	113.918	19
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	41.340	37.131	4.209	11
Davon:				
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	23.892	21.053	2.839	13
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	825	1.189	- 364	- 31
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.260	42.931	- 3.671	- 9
Langfristige Verbindlichkeiten	157.519	144.837	12.682	9
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	193.016	143.210	49.805	35
Übrige Passiva	75.232	69.170	6.062	9
Summe der Verbindlichkeiten	1.877.533	1.635.481	242.053	15
Eigenkapital insgesamt	77.932	73.223	4.709	6

Entwicklung der Aktiva

Der Gesamtanstieg um 247 Mrd € (oder 14 %) im Laufe des 1. Quartals 2015 war maßgeblich von der Abwertung des Euro gegenüber allen anderen Hauptwährungen beeinflusst, welche 109 Mrd € zum Anstieg in dieser Periode beitrug, davon entfielen 75 % auf die deutliche Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro. Diese durch Wechselkursveränderungen bedingten Erhöhungen sind auch in den Veränderungen pro Bilanzposition enthalten, die nachfolgend diskutiert werden.

Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sind im Berichtszeitraum um 116 Mrd € angestiegen, insbesondere aufgrund von Zins- und Währungskursschwankungen.

Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung trugen 50 Mrd € zur Gesamterhöhung bei, in Folge des üblicherweise zu verzeichnenden saisonalen Musters von niedrigeren Beständen zum Jahresende gegenüber höheren Volumina im Jahresverlauf sowie durch erhöhte Sicherheitsleistungen, die mit dem Anstieg der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten einhergingen.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft stiegen um 23 Mrd € an, insbesondere in CB&S, GTB und Deutsche AWM. Dieser Anstieg war ebenfalls hauptsächlich auf Wechselkursveränderungen, auf die 17 Mrd € der Erhöhung entfielen, zurückzuführen.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind um 20 Mrd € angestiegen, 13 Mrd € hieraus entfielen auf Wechselkursveränderungen.

Im ersten Quartal stiegen die Handelsaktiva um 17 Mrd € an, verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten sowie die Barreserve erhöhten sich um 9 Mrd €. Beide Erhöhungen waren hauptsächlich auf Wechselkursveränderungen zurückzuführen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (in den Übrigen Aktiva enthalten) erhöhten sich um 8 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg von hochliquiden Wertpapieren, die im Rahmen der strategischen Liquiditätsreserve des Konzerns gehalten werden. Dieser Anstieg resultiert aus der fortgesetzten Optimierung der Liquiditätsreserven durch den Konzern.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Die Summe der Verbindlichkeiten erhöhte sich zum 31. März 2015 um 242 Mrd € (oder 15 %) gegenüber dem Jahresende 2014.

Ähnlich wie für die Aktivseite spiegelt der Gesamtanstieg der Verbindlichkeiten ebenfalls den Effekt aus Wechselkursveränderungen während des Quartals wider.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2014 erhöhten sich negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sowie Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung um 114 Mrd € bzw. 50 Mrd €. Diese Veränderungen waren hauptsächlich auf die gleichen Ursachen zurückzuführen, die für positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sowie Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung bereits oben beschrieben wurden.

Einlagen erhöhten sich um 40 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch Anstiege unserer Refinanzierung in den Bereichen Transaction Banking, im Wesentlichen aus höheren Sichteinlagen im Zusammenhang mit Clearing-Aktivitäten, Retail sowie unbesicherter Wholesale-Refinanzierung. Wechselkursveränderungen trugen ebenfalls zu diesem Anstieg bei.

Langfristige Verbindlichkeiten haben sich um 13 Mrd € erhöht, hauptsächlich aufgrund von Wechselkurschwankungen sowie höheren Finanzierungsaktivitäten, die das Volumen der im Laufe des Berichtsjahres fällig gewordenen Verbindlichkeiten überstiegen.

Handelsspassiva erhöhten sich um 12 Mrd €, wobei mehr als zwei Drittel des Anstiegs auf Aktientitel entfielen, der Rest auf Schuldverschreibungen.

Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankguthaben, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind insgesamt um 9 Mrd € gestiegen. Dieser Anstieg resultierte aus einer gestiegenen besicherten Finanzierung unserer Handelsbestände sowie Wechselkursveränderungen.

Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen gingen um 4 Mrd € zurück, hauptsächlich aufgrund von Reduktionen in GTB, die mit einem Anstieg in Einlagen einhergingen, sowie – in geringerem Umfang – in unserer NCOU.

Liquidität

Die Liquiditätsreserven beliefen sich zum 31. März 2015 auf 203 Mrd € (im Vergleich zu 184 Mrd € zum 31. Dezember 2014), woraus im Stressszenario zum 31. März 2015 ein positives Ergebnis resultierte (in einem kombinierten Szenario).

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich zwischen dem 31. Dezember 2014 und dem 31. März 2015 insgesamt um 4,7 Mrd € erhöht. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus positiven Effekten aus Wechselkursänderungen in Höhe von 3,7 Mrd € (vor allem US-Dollar). Zum Anstieg des Eigenkapitals trugen des Weiteren das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis von 544 Mio € sowie unrealisierte Gewinne (per Saldo) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 412 Mio € bei, die hauptsächlich aus gestiegenen Marktpreisen von festverzinslichen Wertpapieren europäischer Emittenten resultierten.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die Berechnung von aufsichtsrechtlichem Eigenkapital und Kapitalquoten, die in diesem Bericht dargestellt sind, berücksichtigt die Entscheidung (EU) (2015/4) der Europäischen Zentralbank (EZB) vom 4. Februar 2015 über die Anrechnung von Jahresend- oder Zwischengewinnen im Harten Kernkapital.

Seit dem 1. Januar 2014 erfolgt die Berechnung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, unserer risikogewichteten Aktiva und unserer Kapitalquoten auf Basis der Eigenkapitalanforderungen gemäß der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive 4 (CRD 4), die am 27. Juni 2013 veröffentlicht wurde, einschließlich der darin enthaltenen Übergangsregelungen. Für die Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln verwenden wir die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen Rahmenwerks verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“.

Das Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 betrug 63,0 Mrd € zum Ende des ersten Quartals 2015 und war damit 0,9 Mrd € niedriger als am Jahresende 2014. Die CRR/CRD 4-Kernkapitalquote belief sich zum 31. März 2015 auf 14,6 % und lag damit unter den 16,1 % zum Jahresende 2014. Das CRR/CRD 4 Harte Kernkapital (CET 1) verringerte sich in den ersten drei Monaten des Jahres 2015 um 0,4 Mrd € auf 59,7 Mrd €. Die CRR/CRD 4 Harte Kernkapitalquote betrug zum Ende des Berichtsquartals 13,8 %, verglichen mit 15,2 % zum Jahresende 2014. Das Zusätzliche Kernkapital (AT1) gemäß CRR/CRD 4 verringerte sich um 0,5 Mrd € auf 3,3 Mrd €.

Der Anstieg in unseren Instrumenten und Rücklagen des Harten Kernkapitals in den ersten drei Monaten 2015 beruhte im Wesentlichen auf positiven Effekten aus Anpassungen aus der Währungsumrechnung in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung in Höhe von 3,7 Mrd € und wurde mehr als ausgeglichen durch höhere aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals in Höhe von 4,1 Mrd €, verglichen mit dem Jahresende 2014. Diese Anpassungen betreffen überwiegend Kapitalabzüge vom Harten Kernkapital, im Wesentlichen immaterielle Vermögenswerte und latente Steueransprüche, die in 2015 mit einem ‚Phase-in‘-Satz von 40 % (20 % in 2014) zu berücksichtigen sind. Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis nach Steuern aus dem ersten Quartal 2015 in Höhe von 544 Mio € wurde durch die Dividendenabgrenzung vollständig kompensiert, da gemäß der oben erwähnten EZB-Entscheidung eine Ausschüttungsquote in Höhe von 100 % zur Anwendung kommt.

Der Rückgang in unseren Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals in Höhe von 2,6 Mrd € in den ersten drei Monaten 2015 im Vergleich zum 31. Dezember 2014 war im Wesentlichen auf unsere Kündigungen von ehemals emittierten hybriden Kernkapital-Instrumenten zurückzuführen. Ein ausgleichender Effekt ergab sich aus bestimmten Abzügen (hauptsächlich immaterielle Vermögenswerte), die schrittweise abnehmend vom Zusätzlichen Kernkapital abgesetzt werden. Diese Abzüge stellen den Restbetrag von bestimmten Kapitalabzügen des Harten Kernkapitals (das heißt 60 % in 2015 verglichen mit 80 % in 2014) dar, die bei Anwendung der CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung vom Harten Kernkapital abgezogen werden, während der Übergangszeit jedoch vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen werden dürfen. Dieser Effekt führte in den ersten drei Monaten 2015 zu niedrigeren aufsichtsrechtlichen Anpassungen des Zusätzlichen Kernkapitals in Höhe von 2,1 Mrd €.

Unser CRR/CRD 4-Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 52,5 Mrd € zum 31. März 2015 und war damit 1,8 Mrd € höher als zum Jahresende 2014. Die CRR/CRD Kernkapitalquote (Vollumsetzung) belief sich zum 31. März 2015 auf 12,2 % und lag damit unter den 12,9 % zum 31. Dezember 2014. Unser CRR/CRD 4 Hartes Kernkapital in der Vollumsetzung erhöhte sich in den ersten drei Monaten 2015 um 1,8 Mrd € auf 47,8 Mrd €. Die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung belief sich zum 31. März 2015 auf 11,1 % und lag damit unter den 11,7 % zum 31. Dezember 2014.

Der Anstieg des Harten Kernkapitals basierte im Wesentlichen auf positiven Effekten aus Anpassungen aus der Währungsumrechnung in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung in Höhe von 3,7 Mrd € und wurde teilweise kompensiert durch, im Vergleich zum Jahresende 2014 höhere aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals in Höhe von 2,1 Mrd €; auch dieser Anstieg im Wesentlichen zurückgehend auf Währungsumrechnungseffekte. Der positive Effekt auf das Harte Kernkapital wurde in seiner Auswirkung auf die Quote allerdings mehr als ausgeglichen durch den Anstieg der RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen 432 Mrd € zum 31. März 2015 im Vergleich zu 397 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg um 35 Mrd € beruht größtenteils auf Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 18 Mrd € und der Berücksichtigung von branchenweiten Verlusten in unseren Berechnungsmodellen für das operationelle Risiko in Höhe von 8 Mrd €. Zusätzlich trägt die Ausweitung von Geschäftsaktivitäten zum Anstieg der RWA vor allem beim Kredit- und Marktrisiko bei.

Die RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung betragen 431 Mrd € zum 31. März 2015 und sind damit um 0,7 Milliarden geringer als die RWA unter Anwendung der Übergangsbestimmungen. Der Unterschied kommt durch niedrigere RWA aus von der künftigen Rentabilität abhängigen latenten Steueransprüchen, die aus temporären Differenzen resultieren, und direkten, indirekten und synthetischen Positionen in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält, welche in die Schwellenwert-Ausnahmeregelung gemäß Artikel 48 CRR einbezogen werden, zustande.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Zum 31. März 2015 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 7,3 Mrd € (31. Dezember 2014: 7,4 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug 7,3 Mrd € per 31. März 2015 (31. Dezember 2014: 7,4 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden vom Unternehmensbereich NCOU gehalten.

Für zusätzliche Informationen bezüglich dieser Vermögenswerte und zu den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf die Anhangangabe „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ verwiesen.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern

Die nachfolgenden Tabellen beinhalten einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung erworbener Monolineabsicherungen.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite

in Mio €	31.3.2015				31.12.2014			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹
AA Monolines: ²								
Sonstige Subprime	103	27	- 5	22	95	30	- 7	23
Alt-A	1.544	466	- 66	400	1.405	423	- 61	361
AA Monolines insgesamt³	1.647	493	- 71	422	1.500	452	- 68	384

¹ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten Credit Default Swaps (CDS) werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Monoline-Methode für Bewertungsanpassungen für Risikopositionen wird vierteljährlich vom Management überprüft.

² Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung.

³ Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolineversicherern

in Mio €	31.3.2015				31.12.2014			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹
AA Monolines: ²								
TPS-CLO	1.322	273	- 45	228	1.269	254	- 43	210
CMBS	778	- 2	0	- 2	712	- 2	0	- 2
Studentenkredite	365	51	- 10	41	322	44	- 9	35
Sonstige	567	77	- 15	62	506	72	- 14	59
AA Monolines insgesamt	3.032	400	- 70	329	2.810	368	- 66	302
Nicht-Investment-Grade Monolines: ²								
TPS-CLO	341	87	- 18	69	329	77	- 16	61
CMBS	1.647	- 2	0	- 2	1.476	- 2	0	- 2
Corporate Single Name/Corporate CDO	31	6	- 1	5	28	5	0	5
Studentenkredite	765	74	- 10	64	679	66	- 9	57
Sonstige	845	136	- 44	92	774	136	- 50	86
Nicht-Investment-Grade Monolines insgesamt	3.629	301	- 73	228	3.285	282	- 75	207
Insgesamt^{3,4}	6.661	701	- 143	557	6.095	650	- 141	509

¹ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten Credit Default Swaps (CDS) werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Monoline-Methode für Bewertungsanpassungen für Risikopositionen wird vierteljährlich vom Management überprüft.

² Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung.

³ Ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“ von 26 Mio € zum 31. März 2015 (31. Dezember 2014: 22 Mio €) ist nicht enthalten. Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

⁴ Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen zu einigen Unternehmen, an denen wir bedeutenden Anteilsbesitz halten. Zudem haben wir Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Unternehmen, bei denen Mitglieder unseres Vorstands Mandate in Aufsichtsräten oder Non-Executive Boards wahrnehmen. Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen zu diesen Unternehmen erbringen wir diverse Finanzdienstleistungen, die wir üblicherweise unseren Kunden anbieten. Weitere Informationen sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Vorstand und Aufsichtsrat

Seit 1. Januar 2015 ist Herr Christian Sewing Mitglied des Vorstands und zuständig für die Bereiche Legal, Interne Revision und Incident Management.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 22. April 2015 hat die Deutsche Bank einen Vertrag zum Erwerb zusätzlicher Postbank Aktien unterzeichnet. Mit dieser Transaktion steigt der Anteil der Deutschen Bank an der Postbank auf rund 97 %. Diese Transaktion wird im zweiten Quartal 2015 zu einem Nettoverlust von rund 93 Mio € führen.

Ausblick

Der folgende Abschnitt sollte in Verbindung mit dem Ausblick im Lagebericht des Finanzberichts für das Jahr 2014 gelesen werden, der unsere Erwartungen für 2015 und 2016 darlegt.

Die Weltwirtschaft

Für die Weltwirtschaft erwarten wir im Jahr 2015 wie im Vorjahr ein Wachstum von 3,4 % im Jahresdurchschnitt, welches damit unter dem Trend der Wachstumsrate vor der Finanzmarktkrise liegen dürfte. Die globale Inflationsrate dürfte sich durch die schwache Entwicklung der Rohstoffpreise und weiter unterausgelasteten Kapazitäten auf 3,3 % abschwächen.

Für die Industrieländer erwarten wir eine stärkere Wachstumsbeschleunigung auf 2,2 % und einen gedämpften Anstieg der Verbraucherpreise um 0,5 %. Dagegen rechnen wir mit einer Wachstumsabschwächung in den Schwellenländern auf 4,3 %. Die Inflation erwarten wir bei 5,5 %.

Das BIP der Eurozone dürfte sich, unterstützt von einer Lockerung der Kreditbedingungen, deutlich niedriger Ölpreise und einem schwächeren Euro im Jahr 2015 um 1,4 % erhöhen. Dämpfend wirken die anhaltenden geopolitischen Risiken sowie die Notwendigkeit des Abbaus der Verschuldung im privaten Sektor. Hysteresis-Effekte sowie das moderate Wachstum dürften nur für eine langsame Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Wir erwarten, dass die Arbeitslosenquote im Durchschnitt auf 11,0 % im Jahr 2015 fällt. Die schwache Rohstoffpreisentwicklung und die unterausgelasteten Kapazitäten werden voraussichtlich dafür sorgen, dass die Verbraucherpreise im Jahr 2015 stagnieren. Die Konjunktur in der Eurozone wird durch die weiter expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kräftig unterstützt, die im März 2015 im Rahmen ihrer unkonventionellen Maßnahmen den Kauf von Vermögenswerten auf monatlich 60 Mrd € erhöhte und zusätzlich zu den Covered-Bonds und ABS-Papieren auch begann, von im Euroraum ansässigen Zentralregierungen, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begebene Anleihen zu kaufen. Die politische Unsicherheit dürfte durch die anhaltend schwierigen Verhandlungen zwischen der EU, dem IWF und Griechenland, sowie den anstehenden Wahlen in Finnland, Portugal und Spanien, bei denen die eurokritischen Parteien Stimmengewinne erzielen könnten, im Verlauf des Jahres relativ hoch bleiben. Die deutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2015, hauptsächlich binnenwirtschaftlich getrieben, um 2,0 % wachsen und damit erneut stärker als die Eurozone insgesamt.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2015 ein über dem Trend liegendes Wachstum von 3,1 %. Die USA sollten damit der Hauptwachstumstreiber unter den Industrieländern sein, zumal die wetterbedingte Wachstumsverlangsamung im ersten Quartal 2015 temporär sein dürfte. Die Verbraucherpreise werden voraussichtlich im Jahr 2015 in Folge schwacher Rohstoffpreise und eines nur moderaten Lohndrucks wahrscheinlich um 0,6 % steigen. Die fortgesetzte Belebung des Arbeitsmarktes und höhere wohnungsbaubezogenen Ausgaben sorgen wahrscheinlich für ein kräftigeres Wirtschaftswachstum. Die privaten Haushalte befinden sich in einer guten finanziellen Verfassung, was zusammen mit den niedrigeren Energiekosten für einen steigenden Konsum sorgen dürfte. Die Geldpolitik der Federal Reserve dürfte die US-Konjunktur weiter unterstützen. Wir rechnen mit einer ersten Erhöhung des Leitzinses im September 2015 und mit einem Leitzins von 0,6 % zum Jahresende 2015.

Die japanische Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 um 0,9 % wachsen. Die Fiskalpolitik und die weiter extrem expansiv ausgerichtete Geldpolitik dürften weitere Wachstumsimpulse liefern. Die Inflation dürfte nach dem Auslaufen des Effekts der Mehrwertsteuererhöhung und schwacher Rohstoffpreise auf 0,7 % fallen.

Wir erwarten, dass sich das Wachstum in den Schwellenländern im Jahr 2015 über alle Hauptregionen hinweg abschwächen dürfte. Das Wachstum in Asien (ohne Japan) dürfte sich moderat auf 6,4 % verlangsamen und die Inflation bei 2,7 % liegen. Chinas Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 zum Großteil durch die Abkühlung des Immobilienmarktes nur noch um 7 % wachsen und die Inflation bei 1,8 % liegen. Die Geld- und Fiskalpolitik dürften expansiver ausgerichtet werden. In Indien dürfte sich das Wachstum im Jahr 2015 auf 7,5 % beschleunigen und die Verbraucherpreise um 5,3 % steigen.

In den Schwellenländern Osteuropas, des Nahen Ostens und Afrikas dürfte sich das Wachstum auf 0,6 % im Jahr 2015 verlangsamen und die Verbraucherpreise um 8,4 % steigen. Wir erwarten, dass der schwache Ölpreis die Ölförderländer unter Druck setzt. Getroffen wird davon vor allem die russische Wirtschaft, die in die Rezession rutschen und um 5,2 % schrumpfen dürfte. Dämpfend werden sich zudem die verhängten Sanktionen in Folge der Ukraine-Krise auswirken. Die Inflation in Russland dürfte bei 16,2 % liegen.

In Lateinamerika dürfte sich das Wachstum im Jahr 2015 auf 0,7 % abkühlen, gedämpft durch Angebotsbeschränkungen und niedrige Rohstoffpreise. Die Verbraucherpreise dürften um 12,8 % steigen. Die brasilianische Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 um 0,7 % schrumpfen, während die Verbraucherpreise vermutlich um 7,9 % steigen werden.

Risiken für unsere Prognosen können unter anderem durch den anstehenden Kurswechsel der US-Geldpolitik, der holprig verlaufen könnte und zu einem deutlich stärker als von uns unterstellten Zinsanstieg am Rentenmarkt führen könnte, entstehen. Dies hätte negative Folgen für die Finanzmärkte und könnte insbesondere in den Schwellenländern zu Problemen führen. Zudem könnte der negative Effekt der USD-Aufwertung größer als erwartet ausfallen. In Europa könnten eine aufflammende Diskussion über den weiteren Kurs der Geldpolitik, eine ausbleibende fiskalische Konsolidierung und eine Verzögerung bei der Implementierung von Struktur-reformen sowie eine gestiegene Unterstützung für eurokritische Parteien erhebliches Störpotential für unsere Prognosen entfalten. Für unseren Ausblick auf die Entwicklung in den Schwellenländern bestehen insbesondere drei Risiken. Die Nachfrage aus den Industrieländern könnte schwächer als erwartet ausfallen, die Ukraine-Krise könnte sich verschärfen und der Versuch Chinas, die Wirtschaft abzukühlen, könnte zu einer harten Landung führen.

Die Bankenbranche

Wie im Finanzbericht 2014 dargelegt, ist im Verlauf dieses Jahres bei den europäischen Banken eine bessere Geschäftsentwicklung wahrscheinlich. Wir erwarten moderates Wachstum bei den Erträgen und den Kreditvolumina des Privatsektors sowie dessen Einlagen. Von einem weiteren Rückgang der Risikovorsorge ist unter der Voraussetzung, dass sich die gesamtwirtschaftliche Lage wie erwartet weiter stabilisiert und keine neuerlichen größeren Verwerfungen im Rahmen der Schuldenkrise auftreten, auszugehen.

In den USA werden sich auf der Ertragsseite voraussichtlich verschiedene Trends überlagern. Einerseits werden die Geschäftsvolumina wohl weiter wachsen, andererseits dürfte der Margendruck anhalten und damit den Zinsüberschuss belasten. Die erwartete Wende in der Geldpolitik könnte diesbezüglich mittelfristig für Entlastung sorgen. Gleichzeitig deutet sich ein Anstieg der Kreditrisikovorsorge an, von einem sehr niedrigem Niveau aus.

Im globalen Investmentbanking scheint im Jahr 2015 eine leichte Belebung möglich. Die Aktivitäten gerade im M&A-Bereich, aber auch im Aktien- und in Teilen des Anleihesegments, könnten zunehmen.

Die Vermögensverwaltung dürfte weltweit von einer Reihe von Faktoren profitieren: von zunehmender Divergenz in der Geldpolitik auf beiden Seiten des Atlantiks und damit erhöhter Volatilität an den Kapitalmärkten, höherem Wirtschaftswachstum sowohl in Europa als auch den USA, weiterhin sehr hohen Bewertungen auf vielen Wertpapiermärkten und wachsender Risikoneigung der Investoren.

Mit Blick auf Regulierungs- und Finanzaufsichtsthemen dürften im Euroraum unter anderem die weitere Etablierung der einheitlichen Bankenaufsicht sowie der Aufbau des gemeinsamen Abwicklungsmechanismus im Vordergrund stehen. Außerdem stehen die Ausformulierung des Projekts Kapitalmarktunion und Entscheidungen zur sogenannten Bankenstrukturreform und der Finanztransaktionssteuer an. Global wird den Diskussionen über die Einführung zusätzlicher Anforderungen mit Blick auf das gesamte verlustabsorptionsfähige Kapital (TLAC) und den nominalen Verschuldungsgrad (Leverage-Ratio) unserer Meinung nach große Bedeutung zukommen. Die Belastungen aus Rechtsstreitigkeiten könnten außerdem beträchtlich bleiben.

Der Deutsche Bank-Konzern

Seit der Veröffentlichung unserer strategischen und finanziellen Ziele für 2015 im Rahmen der Strategie 2015+ haben wir signifikante Fortschritte im Hinblick auf unsere Ziele der Strategie 2015+ gemacht. Insbesondere hat sich unsere Tier-1-Kernkapitalquote seit 2012 signifikant verbessert und wir sind der Auffassung, dass wir eine ausgewogenere Bank geworden sind, da jeder unserer Kerngeschäftsbereiche ein Ergebnis vor Steuern von mehr als 1 Mrd € im Jahr 2014 erzielt hat. Trotzdem haben es das regulatorische und das anhaltende niedrige Zinsumfeld zusammen mit hohen Kosten, die aus Rechtsstreitigkeiten und Untersuchungen, denen wir ausgesetzt sind, aus regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie unserer andauernden operativen Komplexität und weiterhin hohen operativen Kostenbasis resultieren, es schwieriger gemacht, die Ziele der Strategie 2015+ zu erreichen, als wir ursprünglich angenommen hatten. Nach Abschluss einer umfassenden Strategieüberprüfung haben wir die nächste Phase unserer Strategie entwickelt, die den Zeitraum bis zum Jahr 2020 abdeckt, auf die wir von nun an als „Strategie 2020“ referieren. Wir haben die folgenden grundlegenden Entscheidungen getroffen:

- Wir beabsichtigen, die Bilanz in Corporate Banking & Securities (CB&S) zu reduzieren und solche Geschäftsbereiche zu stärken, die uns zu einer fokussierten, nachhaltigen Investmentbank mit kundenorientiertem Geschäftsmodell werden lassen. Durch diese Maßnahmen planen wir, unser CRR/CRD 4 Leverage Exposure in CB&S um brutto ungefähr 200 Mrd € bis zum Jahr 2018 zu reduzieren. Dies soll durch den Abbau von niedrig-verzinsten Vermögenswerten, einem reduzierten Produkt-Kunden-Umfang und einem Abbau von Derivaten erreicht werden, der teilweise durch Wiederanlage und Wachstum von ungefähr 50-70 Mrd € kompensiert werden soll. Wir gehen davon aus, dass der Abbau unseres Leverage Exposures zu einem dauerhaften Ertragsrückgang von ungefähr 0,6 Mrd € führen und Kosten von ungefähr 0,8 Mrd € bis zum Jahr 2018 verursachen wird. Diese Effekte werden aber durch Marktwachstum und Erträge aus der Wiederanlage unserer Vermögenswerte überkompensiert.
- Wir sind der Auffassung, dass unsere Möglichkeiten, den vollen Wert aus der Postbank-Akquisition zu realisieren, in Anbetracht des veränderten regulatorischen Umfeldes und unserer überarbeiteten Strategie nicht mehr gegeben sind. Als Teil unserer Neuausrichtung beabsichtigen wir, die Postbank zu entkonsolidieren und im Jahr 2016 einen erneuten Börsengang zu starten. Dieser Schritt wird voraussichtlich zu einem Rückgang des CRR/CRD 4 Leverage Exposures um ungefähr 140 Mrd € führen. Um die Implementierung der vorgenannten Maßnahmen zu ermöglichen, beabsichtigen wir, im Jahr 2015 einen Squeeze-Out-Prozess für die Minderheits-Aktionäre der Postbank einzuleiten. Wir erwarten durch diesen Schritt zusätzliche Flexibilität bei der Ausführung des geplanten Re-IPO der Postbank.
- Wir beabsichtigen, bis zum Jahr 2020 bis zu 1 Mrd € konzernweit zu investieren, um neue digitale Technologien auf unseren Plattformen einzusetzen mit dem Fokus auf Kundenerlebnis, neue Ertragspotentiale, Plattformverbesserungen und dem Gewinn neuer Kunden.

- Wir planen, bis zum Jahr 2020 mehr als 1,5 Mrd € in Plattformen unserer Kernprodukte in GTB und Deutsche AWM zu investieren, um das Wachstum zu beschleunigen. Für GTB erwarten wir einen Anstieg des inkrementellen CRR/CRD 4 Leverage Exposures von mehr als 50 Mrd €, das uns bei der Bereitstellung von Dienstleistungen für Firmenkunden und Finanzinstitutionen unterstützen wird. Für Deutsche AWM planen wir, unser Kreditbilanzvolumen für unsere Kunden um 5 bis 10 % jährlich, und in den kommenden 2 Jahren die Zahl der Kundenbetreuer um 15 % in Kernmärkten zu erhöhen. Als Ergebnis dieser Initiativen erwarten wir ein Bilanzwachstum in den Bereichen GTB und Deutsche AWM von ungefähr 30 – 40 % bis 2020.
- Wir beabsichtigen, unsere geografische Präsenz mit einem geplanten Marktaustritt aus 7 bis 10 Ländern und Investitionen in Wachstumszentren zu optimieren.
- Wir planen, durch einen höheren regionalen sowie Produkt- und Kundenfokus, durch Modernisierung der IT-Infrastruktur, eine fundamentale Neugestaltung des operativen und Governance-Modells eine Steigerung der Effizienz, Verringerung der Komplexität, Aufbau stärkerer Kontrollen und einfacherer Abwicklungsfähigkeit zu erreichen. Mit den geplanten aggregierten Umsetzungskosten von ungefähr 3,7 Mrd € wollen wir weitere organische Kosteneinsparungen von brutto ungefähr 3,5 Mrd € bis zum Jahr 2020 erzielen.

Mit der Implementierung der Strategie 2020 streben wir an, mittelfristig die folgenden finanziellen Ambitionen zu erreichen:

- CRR/CRD4 Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung von größer oder gleich 5 %
- Tier-1-Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) von ungefähr 11 %
- Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital von mehr als 10 %
- Organische Brutto-Kostenreduktionen von ungefähr 3,5 Mrd € und eine Aufwand-Ertrags-Relation von ungefähr 65 %
- Ausschüttungsquote, hier gemeint als Summe der gezahlten Dividenden und den Preisen der Aktien, die wir am Markt zurückkaufen, von mindestens 50 %

Wir konzentrieren uns nun eher auf die erfolgreiche Umsetzung der Strategie 2020 und den damit zusammenhängenden finanziellen Zielen als auf die Konzernkennzahlen und finanziellen Ziele, die wir im Rahmen der Strategie 2015+ kommuniziert und im Mai 2014 aktualisiert haben.

Die Umsetzung unserer strategischen Ziele beziehungsweise die Realisierung ihres erwarteten Nutzens könnten durch einige externe und interne Faktoren, wie zum Beispiel Unsicherheiten im Marktumfeld, ökonomische und politische Unsicherheiten beeinträchtigt werden. Dazu zählen wirtschaftliche Faktoren wie das erneute Auftreten extremer Turbulenzen auf den für uns relevanten Märkten, die Verschlechterung globaler, regionaler und nationaler Wirtschaftsbedingungen, inklusive des anhaltenden niedrigen Zinsumfeldes, ein verstärkter Wettbewerb am Markt und politische Instabilität, besonders in Europa. Insbesondere erwarten wir für die Non-Core Operations Unit (NCOU) mittelfristig einen negativen Effekt auf unser Ergebnis vor Steuern, da wir Risikoaktiva langsamer abbauen und weiterhin Rechtsstreitigkeiten beilegen. Darüber hinaus haben wir unsere Kosteneinsparungsziele auf Bruttobasis präsentiert. Unsere Nettokosten werden möglicherweise nicht um den vorgenannten Betrag oder überhaupt nicht sinken, auch wenn unsere Kosteneinsparungsziele auf Bruttobasis erreicht werden. Das Ausmaß unserer Zielerreichung könnte auch durch regulatorische Änderungen beeinflusst werden, die unser Geschäft anders als derzeit erwartet treffen. Insbesondere könnten Aufsichtsbehörden Änderungen an unserem Geschäftsmodell oder unserer Organisation verlangen, die die Profitabilität reduzieren könnten. Da diese behördlichen Initiativen momentan noch in Diskussion sind, können wir ihre künftigen Auswirkungen noch nicht abschätzen. Wir sind an zahlreichen Rechts- und Schlichtungsverfahren sowie aufsichtsrechtlichen Untersuchungen in Deutschland und zahlreichen Jurisdiktionen außerhalb Deutschlands, insbesondere in den USA, beteiligt, deren Ausgang unsicher ist. Wir haben zahlreiche signifikante Rechtsstreitigkeiten beigelegt und Fortschritte bei laufenden Verfahren erreicht. Uns ist bewusst, dass das Umfeld in Bezug auf Rechtsstreitigkeiten auch künftig herausfordernd sein wird. Sollten Rechtsstreitigkeiten und

regulatorische Angelegenheiten in selbem Maße wie in den vergangenen Jahren anhalten, könnten wir unsere Ziele der Strategie 2020 nicht erreichen.

Falls wir bei der Implementierung unserer strategischen Ziele teilweise oder in Gänze scheitern oder sollten die Initiativen, die implementiert werden, nicht den erwarteten finanziellen Nutzen bringen oder sollten die Kosten, die wir zur Erreichung unserer Ziele benötigen, die erwarteten 3,7 Mrd € überschreiten, könnten wir möglicherweise unsere finanziellen Ziele nicht erreichen oder einen Verlust erleiden. Auch könnte unsere Kapitalbasis erodieren und unser Aktienkurs materiell und negativ beeinflusst werden.

Die Segmente

Corporate Banking & Securities (CB&S) konnte im ersten Quartal 2015 ebenso wie die anderen Investmentbanken höhere Erträge verzeichnen. Dies spiegelt eine Erhöhung der Volatilität, gestiegene Aktienbewertungen und stabile Transaktionsvolumina in Corporate Finance wider. Für die Zukunft rechnen wir damit, dass die Erträge in der Investmentbankingbranche aufgrund des günstigeren makroökonomischen Ausblicks und der erhöhten Volatilität moderat wachsen. Jedoch wird es weiterhin Herausforderungen geben, einschließlich der anhaltend hohen regulatorischen Anforderungen und des fortgesetzten Drucks auf Ressourcen sowie der Auswirkungen potenzieller geopolitischer Ereignisse. Im Bereich Sales & Trading rechnen wir im Jahr 2015 mit einem leichten Anstieg der Erträge im weltweiten Fixed Income-Geschäft gegenüber 2014, der durch eine erhöhte Volatilität und Kundenaktivität infolge der zunehmenden Unterschiede in der Geldpolitik unterstützt wird. In Corporate Finance erwarten wir für das Jahr 2015 ein Provisionsaufkommen auf dem Niveau des Vorjahres. Dank einer gestiegenen Ertragsdynamik aus den Vorquartalen planen wir, unser Geschäft weiter fortlaufend zu optimieren und gleichzeitig unsere Kostenziele, die angestrebten Kapital- und Verschuldungsquoten sowie den Kulturwandel umzusetzen. Aus geografischer Sicht werden wir sicherstellen, dass die Ressourcen den Marktchancen entsprechend eingesetzt werden, um die Profitabilität und die Ergebnisse zu maximieren.

Private & Business Clients (PBC) strebt an, sich bietende Geschäftschancen durch eine Stärkung unserer Position als Marktführer in Deutschland wahrzunehmen. Darüber hinaus beabsichtigen wir, unser gut aufgestelltes Beratungsgeschäft in ausgewählten internationalen Märkten auszubauen. In Bezug auf unser Investmentgeschäft planen wir, den Wachstumskurs für alle unsere Geschäftsaktivitäten fortzusetzen. Unser Erfolg hängt dabei in besonderem Maße von den Veränderungen im makroökonomischen Umfeld in Europa und der Verbesserung des Kundenvertrauens in Deutschland ab. Ferner werden wir in digitale Plattformen investieren, um unser Multikanal-Angebot auszubauen und Kunden neue Erfahrungen zu bieten. Wir erwarten, dass das niedrige Zinsumfeld kurzfristig anhält und damit voraussichtlich weiter unsere Erträge aus dem Einlagengeschäft beeinflusst. Weitere Veränderungen des regulatorischen Umfeldes könnten zusätzlich unsere Möglichkeiten beeinflussen, Erträge zu realisieren.

Global Transaction Banking (GTB) wird im Jahr 2015 voraussichtlich weiter negativ von dem vergleichsweise niedrigen Zinsniveau mit sogar negativen Zinssätzen in Kernmärkten, dem äußerst wettbewerbsintensiven Umfeld sowie Herausforderungen aufgrund von geopolitischen Ereignissen beeinflusst. Wir rechnen zum Jahresende jedoch mit einer leichten Erholung des Zinsumfelds in einigen Märkten sowie einem anhaltenden Volumenzuwachs bei Handelsfinanzierungen und im Zahlungsverkehr, die diese Entwicklungen ausgleichen. Zusammen mit unserer anhaltenden Fokussierung auf den Auf- und Ausbau von Kundenbeziehungen sowie unserer umfassenden Palette an erstklassigen, innovativen Produkten und Dienstleistungen sind wir daher gut aufgestellt, um in dem schwierigen Umfeld zu bestehen und unser Geschäft weiter auszubauen.

Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) erwartet eine Fortsetzung seines Wachstumskurses. Grundlage hierfür sind ein anhaltendes Ertragswachstum durch einen höheren Marktanteil in wichtigen Kundensegmenten sowie die Bereitstellung innovativer Lösungen und einer starken Performance bei Anlageprodukten. Ferner tragen ein kontinuierlicher Fokus auf das Kostenmanagement und die erfolgreiche Umsetzung laufender Initiativen zur Optimierung unserer Betriebs- und Technologieplattform zu dem Erfolg bei. Im Wealth Management bauen wir unsere Geschäftsbeziehungen mit sehr vermögenden Privatkunden in Industrie- und Schwellenländern weiter aus. Im Asset Management kombinieren wir unsere traditionellen Stärken im aktiven Anlagemanagement mit einem steigenden Fokus auf passive und börsennotierte Fonds sowie Alternative Asset- und Multi-Asset-Lösungen, um die Bedürfnisse von Privat- und institutionellen Kunden gleichermaßen zu erfüllen. Zusätzlich planen wir in der Deutschen AWM, unsere Beziehungen zu anderen Bereichen der Deutschen Bank zu vertiefen, um den Produktvertrieb und den Kundenservice auszubauen. Wir erwarten eine fokussierte Umsetzung laufender Transformationsprojekte in Bezug auf unsere Betriebsplattform, einschließlich einer Verbesserung der Systeme für das Anlagemanagement, den Kundenservice und die Berichterstattung. Trotz der Unsicherheiten aufgrund bestimmter makroökonomischer Entwicklungen, darunter die europäische Staatsschuldenkrise, die Volatilität in den Schwellenländern und das sich verändernde aufsichtsrechtliche Umfeld, dürfte die Asset Management- und Wealth Management-Branche im Jahr 2015 von der anhaltenden Erholung der Weltwirtschaft profitieren. Dies sollte großen, lösungsorientierten Vermögensverwaltern, wie der Deutschen AWM, zugutekommen. Kurzfristig könnte sich ein Rückgang der Transaktionsaktivitäten im Wealth Management auf das Wachstum des verwalteten Vermögens und der Erträge auswirken.

Die Non-Core Operations Unit (NCOU) dürfte weiterhin einen Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele des Konzerns leisten, einschließlich des Deleveraging-Programms. Ziel ist die Reduzierung der Bilanzsumme und Freisetzung von Kapital sowie der Schutz des Aktionärsvermögens durch die Reduzierung von Risiken aus verbleibenden Vermögenswerten und Geschäftsaktivitäten. Der Schwerpunkt liegt daher auf der Reduzierung des Kapitalbedarfs, um die Kapitalquoten der Deutschen Bank zu verbessern, ohne dass es für die Aktionäre zu einem Verwässerungseffekt kommt. Künftig wird ebenfalls ein starker Fokus auf der Verkürzung der Bilanz in Übereinstimmung mit der CRR/CRD 4 liegen, um die Bank bei der Erreichung ihrer Ziele in Bezug auf den Verschuldungsgrad zu unterstützen. Weitere Schwerpunkte sind die Reduzierung wesentlicher latenter Risiken und bankfremder Vermögenswerte sowie die Anpassung der Kostenbasis des Unternehmensbereichs NCOU an den fortschreitenden Risikoabbau. Bei der erfolgreichen Umsetzung unserer Strategie zum Risikoabbau bestehen jedoch weiterhin Herausforderungen. Dazu zählen Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds und der makroökonomischen Bedingungen. Solche Veränderungen können zu Abweichungen im Zeitplan für den Risikoabbau führen und sich auf künftige Ergebnisse auswirken. Darüber hinaus fallen in der NCOU weiterhin Kosten aufgrund hochverzinslicher Verbindlichkeiten und für die Inanspruchnahme der Infrastruktur des Deutsche Bank-Konzerns an. Die Geschwindigkeit des Risikoabbaus hat sich verlangsamt, da das Portfoliovolumen gesunken ist. Neben den Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Strategie zum Risikoabbau in der NCOU rechnen wir mit einem weiterhin herausfordernden Umfeld für Rechtsstreitigkeiten und Durchsetzungen.

Risikobericht

Einführung

Rahmenwerk für das Risikomanagement

Vor dem Hintergrund unserer breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir handeln als integrierter Konzern durch unsere Konzern- und Geschäftsbereiche sowie die Infrastrukturfunktionen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen und Organisationsstrukturen sowie Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzern- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Weitere Informationen zu unserem Risiko- und Kapitalmanagement, das prinzipiell unverändert zum Jahresende 2014 ist, sind in unserem Finanzbericht 2014 enthalten.

Basel 3 und CRR/CRD 4

In der Europäischen Union wurde das neue Basel 3-Kapitalrahmenwerk durch die „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation, „CRR“), wie geändert, und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“), wie geändert, eingeführt und am 27. Juni 2013 veröffentlicht. Das CRR/CRD 4-Rahmenwerk ersetzte die Gesetze zur Umsetzung der internationalen Eigenkapitalanforderungen entsprechend den Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, allgemein als Basel 2 und Basel 2.5 bezeichnet. Um ein einheitliches „Regelwerk“ für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen in der Europäischen Union zu schaffen, wurde die CRR unmittelbar zur Anwendung für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen gestaltet, was die Notwendigkeit von einzelstaatlichen Vorschriften in Bezug auf die von ihr erfassten Regelungsbereiche vermied. Infolgedessen wurde das deutsche Kreditwesengesetz (KWG) geändert, um alle Bestimmungen zu entfernen, die durch die CRR ersetzt worden sind. Neue Bestimmungen für aufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderungen, die aufsichtsrechtliche Bewertung des Ausfallrisikos und von Verbriefungen und viele weitere für die Deutsche Bank relevante Regelungen befinden sich nun in der CRR. Ergänzend erfolgte die Umsetzung der CRD 4 in deutsches Recht über Anpassungen im deutschen KWG und in der deutschen Solvabilitätsverordnung (SolvV) sowie in den begleitenden Verordnungen. Zusammen stellen diese Gesetze und Regulierungen das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk dar, welches in Deutschland unter anderem in Bezug auf das Kapital, die Verschuldung, die Liquidität und auch Veröffentlichungen anwendbar ist.

Das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk trat am 1. Januar 2014 unter Berücksichtigung verschiedener Übergangsregeln in Kraft. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des final angestrebten Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. Gleichzeitig bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken einschließlich Basel 2.5 eingeführt wurden, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesem Fall geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln Ende 2017 gemindert werden.

Die neuen Mindestkapitalquoten wurden schrittweise bis Anfang 2015 eingeführt. Der überwiegende Teil der aufsichtsrechtlichen Anpassungen (das heißt Kapitalabzüge und aufsichtsrechtliche Filter in Korrekturposten) tritt phasenweise bis 2018 in Kraft. Kapitalinstrumente, die nach den neuen Regelungen nicht qualifiziert sind, sind bis 2022 phasenweise nicht mehr zu berücksichtigen. Neue Anforderungen zu Kapitalpuffern werden phasenweise bis 2019 eingeführt. Obwohl die aufsichtsrechtliche Berichterstattung bereits in 2014 begann, wurden bindende Mindestanforderungen für die kurzfristige Liquidität in 2015 wirksam und ein Standard für die langfristige Liquidität wird in 2018 erwartet. Die Einführung eines verpflichtenden Verschuldungsgrades wird für 2018 erwartet, während die Veröffentlichung der Kennziffer in 2015 beginnt.

Zum besseren Verständnis haben wir die Nomenklatur des CRR/CRD 4-Rahmenwerks bezüglich der Bestandteile des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals im gesamten Bericht angepasst.

Da hinsichtlich der CRR/CRD 4-Regelungen immer noch Interpretationsunsicherheiten bestehen und einige der darauf bezogenen verpflichtenden technischen Regulierungsstandards auch noch nicht final vorliegen, werden wir unsere Annahmen und Modelle kontinuierlich in dem Maße anpassen, wie unser sowie das Verständnis der Industrie und die Interpretation der Regeln sich entwickeln. Vor diesem Hintergrund können unsere CRR/CRD 4-Messgrößen von unseren früheren Erwartungen abweichen. Auch die Annahmen und Einschätzungen unserer Wettbewerber über die Einführung mögen sich verändern, so dass unsere CRR/CRD 4-Kennzahlen nicht mit ähnlich bezeichneten Messgrößen unserer Wettbewerber vergleichbar sind.

Konsolidierungsansatz

Die folgenden Abschnitte beziehen sich auf den Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den „International Financial Reporting Standards“ (IFRS). Daraus resultiert, dass die Berichterstattung grundsätzlich auf den IFRS-Regeln für Bewertungen und Konsolidierung beruht. Jedoch sind insbesondere im Rahmen von Säule 3 die aufsichtsrechtlichen Regeln zur Konsolidierung relevant, die von denen für den Konzernabschluss abweichen. Diese sind in unserem Finanzbericht 2014 genauer beschrieben. In den Fällen, in denen die aufsichtsrechtliche Abgrenzung für den Konzern angewandt wird, ist dies explizit genannt.

Zusammenfassende Risikobewertung

Zu den für uns wichtigen Risikokategorien gehören das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko (einschließlich Rechtsrisiko), das Geschäftsrisiko (einschließlich des steuerlichen und des strategischen Risikos), das Reputationsrisiko, das Liquiditätsrisiko, das Modellrisiko und das Compliance-Risiko (MaRisk, das heißt entsprechend den Mindestanforderungen an das Risikomanagement). Wir steuern die Identifikation und die Bewertung von Risiken sowie Maßnahmen zur Reduzierung der wichtigen und möglichen zukünftigen Risiken durch einen internen Governance-Prozess mithilfe von Risikomanagementtools und -prozessen. Unser Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung zielt darauf ab, Auswirkungen dieser Risiken auf unser finanzielles Ergebnis, unsere langfristigen strategischen Ziele und unsere Reputation zu reduzieren.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analyse von Risiken und deren Zusammenhängen werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung sowie eine deduktive Analyse makroökonomischer und politischer Szenarien überprüft. Dieser duale Ansatz erlaubt es uns, nicht nur Risiken zu erfassen, die sich auf unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, sondern auch solche, die nur für bestimmte Portfolios relevant sind.

Aktuelle Portfoliorisiken, auf die wir uns weiterhin konzentrieren, sind: die mögliche erneute Eskalation der europäischen Staatsschuldenkrise, insbesondere mit Blick auf die erneute Zuspitzung der Krise in Griechenland bei nur langsam vorankommenden Verhandlungen um ein Hilfspaket und den Einlagenabfluss im einheimischen Bankensektor, ein potenzieller Rückgang des asiatischen Wirtschaftswachstums, Turbulenzen durch monetäre Straffung in den USA und die damit verbundenen Auswirkungen auf Emerging Markets sowie das potenzielle Risiko eines geopolitischen Schocks einschließlich der anhaltenden Spannungen zwischen Russland und der Ukraine. Diese Risiken standen in den letzten Quartalen stets im Vordergrund. In den vergangenen Monaten haben wir darüber hinaus die Auswirkungen niedrigerer Ölpreise in den wichtigsten Produktionsländern und den entsprechenden Branchen in den Fokus genommen. Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken erfolgt durch Integration in unsere konzernweiten Stresstests, die unsere Absorptionsfähigkeit dieser Ereignisse für den Fall ihres Eintritts bewerten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigten, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken zu absorbieren, falls sie in Übereinstimmung mit den Testparametern eintreten.

In den ersten drei Monaten 2015 hielt der in 2014 beobachtete globale aufsichtsrechtliche Trend zu mehr Regulierung an, der sich aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren wahrscheinlich fortsetzen wird. Wir konzentrieren uns daher darauf, dass wir potenzielle aufsichtsrechtliche Änderungen identifizieren und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell und unsere Prozesse bewerten.

Risikoprofil

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor risikoartenübergreifenden Effekten auf Konzernebene wider.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals und risikogewichteter Aktiva im Vergleich zu Erfolgskennzahlen

1. Quartal 2015

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt in %
Kreditrisiko	6.871	3.504	2.424	388	842	38	14.067	40
Marktrisiko	5.688	3.713	189	2.044	1.102	4.551	17.287	49
Operationelles Risiko	5.746	543	604	1.173	399	0	8.464	24
Geschäftsrisiko	2.581	0	4	0	528	0	3.113	9
Diversifikationseffekte ¹	-4.910	-998	-440	-778	-456	-158	-7.740	-22
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	15.977	6.761	2.782	2.827	2.415	4.430	35.192	100
(in %)	45	19	8	8	7	13	100	N/A
IBIT	643	536	409	291	-381	-18	1.479	N/A
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Average Active Equity) (in %) ²	8	13	23	16	-18	N/A	8	N/A
Risikogewichtete Aktiva ³	213.582	76.704	51.638	21.949	46.327	21.189	431.390	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

² Die Buchkapitalallokation wird gesteuert über die risikogewichteten Aktiva und die Verschuldungsposition. Siehe auch „Segmentberichterstattung“ für eine Beschreibung der Zuordnung des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals zu den Geschäftsbereichen.

³ Risikogewichtete Aktiva basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

1. Quartal 2014¹

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt in %
Kreditrisiko	4.726	3.662	2.058	330	1.164	59	11.999	42
Marktrisiko	5.560	3.219	197	1.497	1.361	1.723	13.558	48
Operationelles Risiko	2.402	769	81	585	1.304	0	5.141	18
Geschäftsrisiko	2.162	0	5	1	676	0	2.843	10
Diversifikationseffekte ²	- 2.632	- 906	- 170	- 490	- 898	42	- 5.054	- 18
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	12.218	6.744	2.171	1.922	3.608	1.824	28.487	100
(in %)	43	24	8	7	13	6	100	N/A
IBIT	1.439	475	357	167	- 541	- 216	1.680	N/A
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Average Active Equity) (in %) ³	27	13	27	11	- 28	N/M	12	N/A
Risikogewichtete Aktiva ⁴	165.432	79.613	41.523	13.791	57.990	14.963	373.313	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Beträgszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 31. März 2015 angepasst.

² Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

³ Die Buchkapitalallokation wird gesteuert über die risikogewichteten Aktiva und die Verschuldungsposition. Siehe auch „Segmentberichterstattung“ für eine Beschreibung der Zuordnung des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals zu den Geschäftsbereichen.

⁴ Risikogewichtete Aktiva basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

Das Risikoprofil von Corporate Banking & Securities (CB&S) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Tätigkeiten als Originator, Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Weiterhin bestehen Kreditrisiken durch Ausleihungen an Unternehmen und Finanzinstitute. Im aktuellen Geschäftsmodell von CB&S stammen die verbleibenden Risiken aus operationellen Risiken und Geschäftsrisiken, hauptsächlich aufgrund möglicher Rechts- und Ertragsschwankungsrisiken. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil von CB&S hat sich deutlich erhöht und reflektiert ein erhöhtes Verlustrisikoprofil der kompletten Branche als auch eine Änderung in der Allokationsmethode innerhalb des Konzerns. Das IBIT von CB&S reduzierte sich in den ersten drei Monaten 2015 um 796 Mio € oder 55 % im Vergleich zum ersten Quartal 2014 insbesondere aufgrund von Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, erhöhten Infrastrukturkosten und durch Ausgaben für regulatorische Programme und den Ausbau der Kontrollfunktionen, teilweise kompensiert durch starke Erträge. Dementsprechend reduzierte sich im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres die Eigenkapitalrendite vor Steuern um 19 Prozentpunkte auf 8 % im ersten Quartal 2015. Diese Entwicklung liegt auch in der gestiegenen Allokation des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals als Folge der Kapitalerhöhung im Mai 2014 sowie der Erhöhung der risikogewichteten Aktiva.

Das Risikoprofil von Private & Business Clients (PBC) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden und kleinen und mittleren Unternehmen sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread-Risiken wider. Bei weitgehend unverändertem Risikoprofil von PBC erhöhte sich der berichtete Gewinn vor Steuern im Vergleich zum ersten Quartal 2014 um 61 Mio € oder 13 % aufgrund einer positiven Entwicklung im operativen Geschäft. Eine gestiegene Allokation des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals wirkte dem erhöhten Gewinn vor Steuern entgegen, was somit zu einer nahezu unveränderten Eigenkapitalrendite vor Steuern führte.

Die Umsätze von Global Transaction Banking (GTB) umfassen mehrere Produkte mit unterschiedlichen Risikoprofilen. Der Großteil der Risiken stammt von Kreditrisiken aus Handelsfinanzierungsgeschäft, während andere Geschäftsbereiche wenig bis kein Kreditrisiko haben. Der relativ geringe Anteil von Marktrisiken ergibt sich aus der Modellierung der Kundeneinlagen. Trotz einer deutlichen Steigerung des Vorsteuerergebnisses in Global Transaction Banking um 53 Mio € oder 15 % und einem Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in den ersten drei Monaten 2015 im Vergleich zum ersten Quartal 2014 reduzierte sich die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Average Active Equity) um 4 Prozentpunkte auf 23 %. Dieser Rückgang liegt vor allem in der gestiegenen Allokation des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals als Folge der Kapitalerhöhung im Mai 2014 sowie der Erhöhung der risikogewichteten Aktiva durch Wachstum im operativen Geschäft.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AWM entsprechende operationelle Risiken mit sich. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern im Bereich AWM erhöhte sich um 5 Prozentpunkte auf 16 % zum 31. März 2015 im Vergleich zum ersten Quartal 2014 durch höhere Erträge aufgrund eines Anstiegs im verwalteten Vermögen. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs resultierte hauptsächlich aus einem höheren Marktrisiko aus Nichthandelspositionen für Garantiefonds sowie einer höherer Allokation vom operationellen Risiko.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasst Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens und enthält Kreditrisiken sowie auch Marktrisiken und operationelle Risiken (inklusive Rechtsrisiken), für die der gezielte beschleunigte Risikoabbau vorgesehen ist. Basierend auf verbesserten Einnahmen und einer nur leicht erhöhten Kapitalallokation konnten Fortschritte bei der Entwicklung der Eigenkapitalrendite von NCOU erzielt werden. Obwohl die Risikoabbaustrategie zum Kapitalaufbau des Konzerns beitragen konnte, war der Nettoertrag weiterhin von rechtlichen und regulatorischen Kosten betroffen.

Consolidation & Adjustments beinhaltet hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken, das Risiko aus Pensionsverpflichtungen sowie das Aktienvergütungsrisiko. Der Anstieg im Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten im Vergleich zum ersten Quartal 2014 resultiert hauptsächlich aus einem erhöhten strukturellen Währungsrisiko beruhend auf einem stärkeren US Dollar als auch einer methodischen Änderung des Aktienvergütungsrisikos.

Behandlung von weiteren wesentlichen Risiken

Hinsichtlich der wesentlichen Risikoarten „Kreditrisiko“, „Marktrisiko“, „operationelles Risiko“ und „Liquiditätsrisiko“ sowie ihrer Entwicklung innerhalb des ersten Quartals des Jahres 2015 können weitere Details den jeweiligen Abschnitten dieses Risikoberichts entnommen werden, die den spezifischen Risikoarten gewidmet sind. In Bezug auf die weiteren wesentlichen Risikoarten „Geschäftsrisiko“, „Reputationsrisiko“, „Modellrisiko“ und „Compliance Risiko“ finden sich Informationen zu ihrer Definition, ihrer Identifizierung und ihres Managements in verschiedenen Abschnitten unseres Finanzberichts 2014 (hier sei im Besonderen auf die dezidierten Abschnitte in der „Risikoinventur“ und dem „Rahmenwerk zum Risikomanagement – Wesentliche Risikoarten“ verwiesen). Es gibt keine wesentlichen Änderungen bezüglich der Behandlung, des Managements und der Berichterstattung dieser Risikoarten im Vergleich zu den Erläuterungen und Ausführungen, die im Finanzbericht 2014 veröffentlicht wurden. Alle als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in unserem internen Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess (ICAAP) abgedeckt, der im Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“ dieses Berichts dargestellt wird. Modellierungs- und Bewertungsansätze zur Quantifizierung von Kapital und Kapitalanforderungen sind über alle wesentlichen Risikoarten implementiert. Nicht-Standard Risikoarten (Reputationsrisiko, Modellrisiko und Compliance Risiko) sind implizit durch unser Rahmenwerk zum Ökonomischen Kapital abgedeckt, hier primär im operationellen und strategischen Risiko.

Risikomanagement – Überblick

Kreditrisikoüberblick

- Globale Wachstumstreiber haben sich in den letzten Monaten verändert. Die Eurozone erholt sich angesichts des niedrigen Ölpreises und einer signifikanten, durch das Ankaufprogramm der EZB getriebenen Schwächung des Euro, was weiteres Exportwachstum erwarten läßt. Im Gegensatz dazu zeigen die Makrodaten, dass das Wachstum im ersten Quartal 2015 in den Vereinigten Staaten langsamer geworden ist, obwohl dies nur kurzfristig erwartet wird. Das Wachstum in Entwicklungsländern wird sich nun verlangsamen für das Gesamtjahr 2015 mit einer Mehrzahl an großen Volkswirtschaften mit kleinerem Jahreswachstum. Ein wesentliches Risiko ist die mögliche erneute Eskalation der Europäischen Staatsschuldenkrise, der Einfluß der US Amerikanischen Geldpolitik insbesondere in Entwicklungsländern und anhaltende geopolitische Risiken, vordergründig in Russland/Ukraine. Mögliche Einflüsse dieser Ereignisse auf unser Kreditportfolio werden eng beobachtet und wir erwarten keine größeren Kreditverluste aus diesen Ereignissen. Das Kreditengagement mit Russland nach dem Herkunftslandprinzip beträgt 4,5 Mrd € zum 31. März 2015 (im Vergleich zu 4,8 Mrd € zum 31. Dezember 2014), hauptsächlich mit Firmen in strategisch wichtigen Branchen. Das Kreditengagement für die Ukraine ist relativ klein mit 0,4 Mrd € zum 31. März 2015 (im Vergleich zu 0,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014).
- Unser Firmenkreditportfolio hat zum 31. März 2015 ein „Investment-Grade“ Rating von 72 %, welches sich verglichen mit 71 % zum 31. Dezember 2014 leicht verbessert hat. Das Firmenkreditengagement stieg um 63,3 Mrd € oder 11,6 % während der ersten drei Monate 2015 an, zum Großteil bedingt durch Wechselkurseffekte und Anstiege vor allem mit Geschäftspartnern mit „Investment-Grade Rating“.
- Zum 31. März 2015 ist unser Konsumentenkreditengagement gegenüber dem Jahresende 2014 um 0,7 Mrd € (oder 0,4 %) gestiegen, hauptsächlich in Polen, Indien und Deutschland. Der Anstieg des Konsumentenkreditengagements ausserhalb Deutschlands ist durch Währungskursveränderungen gegenüber dem EUR sehr stark beeinflusst worden. Zum 31. März 2015 verzeichneten wir für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 %.
- Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im ersten Quartal 2015 auf 218 Mio € und war damit um 28 Mio € (12 %) geringer als im Vorjahreszeitraum. Diese Verringerung resultiert insbesondere aus NCOU aufgrund einer geringeren Risikovorsorge für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte. Teilweise kompensiert wurde die Verringerung durch einen Anstieg in CB&S aufgrund höherer Risikovorsorge für unser Schiffsportfolio.
- Die risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko haben sich seit dem 31. Dezember 2014 um 16,4 Mrd € oder 7 % auf 261 Mrd € erhöht, was hauptsächlich durch Fremdwährungsbewegungen und Ausweitungen unserer Geschäftsaktivitäten im CB&S zu begründen ist. Der Anstieg wurde teilweise durch Verbesserungen unserer Portfolioqualität kompensiert.
- Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Kreditrisiko erhöhte sich zum 31. März 2015 auf 14,1 Mrd € gegenüber 12,9 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg resultierte hauptsächlich durch höhere Positionswerte in den Unternehmensbereichen CB&S und einem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für das Transferrisiko.

Marktrisikoüberblick

- Der durchschnittliche Value-at-Risk unserer Handelsbereiche betrug 49,6 Mio € innerhalb der ersten drei Monate des Jahres 2015 im Vergleich zu 51,6 Mio € im Jahr 2014. Der Rückgang ist durch eine Verbesserung des Diversifikationseffektes und durch die Reduzierung des Zinsrisikos zu erklären.
- Die RWA für das handelsbezogene Risiko stiegen seit dem 31. Dezember 2014 um 8,4 Mrd € oder um 13 % auf 72,6 Mrd €. Der Anstieg ergibt sich größtenteils aufgrund des gestiegenen Inkrementellen Risikoaufschlags und eines Anstiegs des Marktrisiko-Standardansatzes für verbriefte Positionen aufgrund der beendeten Übergangsfrist nach Artikel 337 (4) CRR und Währungsschwankungen.
- Der verwendete nicht-handelsbezogene ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten stieg zum 31. März 2015 um 2,2 Mrd € oder 22 % auf 12,1 Mrd €. Der Anstieg ist hauptsächlich auf eine veränderte Methode für das Aktienkompensationsrisiko, ein höheres strukturelles Währungsrisiko in Folge des erstarkten US Dollars und auf ein höheres Investitionsrisiko zurückzuführen.

- Der verwendete handelsbezogene ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten belief sich zum 31. März 2015 auf 5,2 Mrd €, verglichen mit 5,0 Mrd € am Jahresende 2014. Der Anstieg lässt sich hauptsächlich durch die handelsbezogene Ausfallsrisikokomponente aus dem Handelsbuch und dem zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Bankbuch.

Operationelle Risiken – Überblick

- Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 31. März 2015 auf 8,5 Mrd € im Vergleich zu 7,6 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der Erhöhung des operationellen Verlustrisikoprofils der kompletten Branche. Dies drückt sich in den externen Verlustdaten aus, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten und weitgehend der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und regulatorischen Durchsetzungsmaßnahmen geschuldet ist.
- Der Ökonomische Kapitalbedarf enthält formal weiterhin die in unserem AMA-Modell (Advanced Measurement Approach) eingebettete Sicherheitsmarge, die im Jahr 2011 zur Deckung unvorhergesehener Haftungsrisiken implementiert wurde. Risikosensitive Modellverbesserungen zur Ablösung der Sicherheitsmarge wurden im zweiten Quartal 2014 bei der BaFin eingereicht. Diese Verbesserungen werden zukünftig zu einem höheren Bedarf an Ökonomischem Kapital für operationelle Risiken im Vergleich zur Sicherheitsmarge führen. Das Management hat entschieden, diese Erhöhung ab dem zweiten Quartal 2014 zu berücksichtigen.
- Die risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko erhöhten sich zum 31. März 2015 auf 75,5 Mrd € im Vergleich zu 67,1 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg von 8,4 Mrd € ist durch die Erhöhung des operationellen Verlustprofils der kompletten Branche begründet.

Liquiditätsrisikouberblick

- Die Liquiditätsreserven zum 31. März 2015 beliefen sich auf 203 Mrd € (zum Vergleich 184 Mrd € zum 31. Dezember 2014). Wir erhielten eine positive Netto-Liquiditätsposition unter Stress zum 31. März 2015 (in einem kombinierten Szenario).
- Die Emissionsaktivitäten am Kapitalmarkt in den ersten drei Monaten 2015 betragen € 16,9 Mrd, basierend auf einem geplanten Gesamtvolumen für das Jahr 2015 in Höhe von € 30-35 Mrd.
- Unsere Refinanzierung stammte zu 75 % aus Refinanzierungsquellen, die wir als die Stabilsten einstufen. Dazu gehören Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital sowie Einlagen von Privatkunden und Transaktionsbankkunden.

Kapitalmanagementüberblick

- Die Harte Kernkapitalquote berechnet gemäß CRR/CRD 4 („Phase-in“-Rate von 40 %) betrug 13,8 % zum 31. März 2015, verglichen mit 15,2 % zum Jahresende 2014 („Phase-in“-Rate von 20 %).
- Das Harte Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 sank um 0,4 Mrd € auf 59,7 Mrd € verglichen mit 60,1 Mrd € Hartes Kernkapital zum 31. Dezember 2014. Die Verminderung ist auf aufsichtsrechtliche Anpassungen in Höhe von 4,1 Mrd € zurückzuführen, im Wesentlichen aufgrund von Abzügen des Harten Kernkapitals wie immaterielle Vermögensgegenstände, die in 2015 mit 40 % angesetzt werden im Vergleich zu 20 % in 2014. Die Reduktion in den ersten drei Monaten 2015 wurde teilweise kompensiert durch Anpassungen aus der Währungsumrechnung in unserem bilanziellen Eigenkapital in Höhe von 3,7 Mrd €.
- Das Zusätzliche Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 sank um 0,5 Mrd € auf 3,3 Mrd € verglichen mit 3,8 Mrd € Zusätzlichem Kernkapital zum Jahresende 2014.
- Die RWA sind im Jahresvergleich um 35 Mrd € von 397 Mrd € per 31. Dezember 2014 auf 432 Mrd € per 31. März 2015 gemäß CRR/CRD 4 gestiegen. Der Anstieg ist hauptsächlich durch Effekte aus Bewegungen der Fremdwährungskurse verursacht worden und reflektiert darüber hinaus die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten im Bereich Kredit- und Marktrisiko sowie höhere risikogewichtete Aktiva aus operationellen Risiken durch Einbeziehung externer Verluste.
- Die Interne Kapitaladäquanzquote reduzierte sich auf 166 % zum 31. März 2015, verglichen mit 177 % zum 31. Dezember 2014. Der Rückgang resultierte hauptsächlich aus dem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf.

— Die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung sank in den ersten drei Monaten von 11,7 % zum 31. Dezember 2014 auf 11,1 % zum 31. März 2015.

Bilanzmanagementüberblick

Zum 31. März 2015 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung 3,4 % verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2014, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 52,5 Mrd € im Verhältnis zum anzuwendenden Risikomaß in Höhe von 1.549 Mrd € (50,7 Mrd € sowie 1.445 Mrd € per 31. Dezember 2014).

Kreditrisiko

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatdarlehen, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Kredite an Selbständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner

							31.3.2015
in Mio €	Ausfallwahrscheinlichkeit ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	52.303	24.229	6.033	27.367	57.866	167.798
iA	0,04–0,11 %	49.666	44.022	18.027	19.731	3.669	135.115
iBBB	0,11–0,50 %	59.665	45.648	20.419	9.439	1.831	137.002
iBB	0,50–2,27 %	54.444	35.678	11.270	5.809	3.458	110.659
iB	2,27–10,22 %	20.992	18.456	5.117	2.123	99	46.788
iCCC und schlechter	10,22–100 %	9.684	1.717	1.383	310	51	13.145
Insgesamt		246.754	169.750	62.249	64.779	66.975	610.506

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,0 Mrd € zum 31. März 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

							31.12.2014
in Mio €	Ausfallwahrscheinlichkeit ¹	Kredite ²	Unwiderrufliche Kreditzusagen ³	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ⁴	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	46.493	22.938	6.281	23.068	50.808	149.589
iA	0,04–0,11 %	44.799	39.336	17.696	9.469	3.371	114.670
iBBB	0,11–0,50 %	54.167	40.145	20.190	7.810	1.746	124.057
iBB	0,50–2,27 %	50.183	31.492	11.640	3.926	3.140	100.380
iB	2,27–10,22 %	19.359	18.924	4.929	2.253	17	45.482
iCCC und schlechter	10,22–100 %	9.417	1.612	1.352	552	50	12.983
Insgesamt		224.418	154.446	62.087	47.078	59.132	547.161

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet vor allem in der Kategorie „iCCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 5,6 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

³ Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

⁴ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die obige Tabelle zeigt einen generellen Anstieg unseres Brutto-Firmenkreditengagements von 63,3 Mrd € oder 11,6 % in den ersten drei Monaten 2015. Der Anstieg aus Krediten von 22,3 Mrd € ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung in der „Investment-Grade“ Klasse zurückzuführen. Die Erhöhung in zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapieren ergibt sich nahezu ausschließlich aus Produkten der höchsten Bonitätsklasse. Die Qualität des Firmenkreditengagements vor Kreditrisikominderung mit „Investment-Grade“ Bewertung ist leicht angestiegen auf 72 % im Vergleich zu 71 % zum 31. Dezember 2014.

Konsumentenkreditengagement

In unserem Konsumentenkreditengagement überwachen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentenkreditengagement

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in %		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements	
	31.3.2015	31.12.2014 ¹	31.3.2015	31.12.2014 ¹	31.3.2015	31.12.2014 ¹
Konsumentenkreditengagement Deutschland	147.822	147.647	1,12	1,15	0,21	0,22
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	19.649	19.553	4,12	4,01	1,08	1,12
Immobilienfinanzierungen	128.174	128.094	0,66	0,71	0,08	0,08
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	39.287	38.761	5,32	5,32	0,63	0,68
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	13.228	13.003	10,92	10,95	1,42	1,55
Immobilienfinanzierungen	26.059	25.758	2,48	2,48	0,23	0,25
Konsumentenkreditengagement insgesamt²	187.109	186.408	2,00	2,02	0,30	0,32

¹ In 2015 beginnend haben wir unsere Berichterstattung überprüft, was zu einer Reklassifizierung von 427 Mio. € von Kleinbetriebsfinanzierungen in Immobilienfinanzierungen (im Wesentlichen Kredite betreffend Entwicklungsbanken) in Deutschland und von 1,1 Mrd € von Immobilienfinanzierungen nach Kleinbetriebsfinanzierungen (im Wesentlichen gewerbliche Baufinanzierungen) außerhalb Deutschlands führte.

² Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 4,4 Mrd € zum 31. März 2015 und 4,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

Zum 31. März 2015 ist unser Konsumentenkreditengagement gegenüber dem Jahresende 2014 um 701 Mio € oder 0,4 % gestiegen, hauptsächlich in Polen (gestiegen um 395 Mio €), Indien (gestiegen um 213 Mio €) und Deutschland (gestiegen um 175 Mio €). Der Anstieg des Konsumentenkreditengagements in Polen und Indien ist durch Währungskursveränderungen gegenüber dem EUR sehr stark beeinflusst worden.

Die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite im gesamten Konsumentenkreditengagement sank von 2,02 % per Jahresende 2014 auf 2,00 % zum 31. März 2015.

Die Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements gingen von 0,32 % per Jahresende 2014 auf 0,30 % zum 31. März 2015 zurück. Diese Entwicklung basiert auf einer sich weiter verbessernden oder stabilisierenden allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland und in den Ländern Süd-Europas, in denen wir aktiv sind.

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen¹

	31.3.2015	31.12.2014
≤ 50 %	68 %	68 %
> 50 ≤ 70 %	16 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	9 %	9 %
> 90 ≤ 100 %	2 %	2 %
> 100 ≤ 110 %	1 %	1 %
> 110 ≤ 130 %	1 %	1 %
> 130 %	2 %	1 %

¹ Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Prozent zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Werte werden regelmäßig aktualisiert. Das Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird

um den Wert dieser Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten als Immobiliensicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Zum 31. März 2015 verzeichneten wir für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 % (zum 31. Dezember 2014: 68 %).

Kreditrisikoengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehenden Tabellen ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben. Das erhöhte Risiko für die betroffenen Staaten wird von einer Reihe von Faktoren bestimmt, unter anderem hoher Staatsverschuldung und/oder Budgetdefiziten, eingeschränktem Zugang zu Kapitalmärkten, anstehenden Fälligkeiten, schwachen ökonomischen Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich niedrigen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts, geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und politischer Unsicherheit). Die wirtschaftliche Situation hat sich zu einem gewissen Grade verbessert, mit Wachstumsaussichten und stabilisierten Verhältnissen in diesen Volkswirtschaften, der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit und der Reduzierung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts (zum Beispiel Defizite in der Leistungsbilanz). Dieser Anpassungsprozess wurde durch die OMT (Outright Monetary Transactions) der EZB und des ESM (European Stability Mechanism) unterstützt, indem eine glaubwürdige, aber nicht getestete Rückfalllinie zur Verfügung gestellt wurde und damit die Finanzierungskosten niedrig gehalten werden konnten. Obwohl eine kürzliche Meinung des Generalanwalts aussagt, dass das OMT-Programm nach Europäischem Recht gültig sein sollte, wird nicht erwartet, dass der Gerichtshof der Europäischen Union eine finale Entscheidung vor dem Sommer 2015 erlassen wird. Das neu angekündigte Quantitative Easing Programm wird ebenfalls dazu beitragen, die Finanzierungskosten in der Eurozone zu senken. Die Effektivität dieser Maßnahme wurde bewiesen durch die geringe Ansteckung anderer Anleihemärkte in der Eurozone trotz einer steigenden Unsicherheit bezüglich der Zukunft von Griechenland nach der Wahl von Syriza im Januar 2015 und anschließender Unsicherheit bezüglich der Rettungsprogramme.

Für die Darstellung unserer Engagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone verwenden wir zwei grundsätzliche Konzepte wie folgt:

— In unserer „Risikomanagement-Perspektive“ berücksichtigen wir das Sitzland der Konzernmutter und spiegeln die Kreditnehmereinheit wider. Darunter werden alle Kreditlinien an eine Gruppe von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (zum Beispiel durch eine Einheit, die eine Mehrheit der Stimmrechte oder des Kapitals an einer anderen Einheit hält), unter einem Schuldner konsolidiert. Diese Gruppe von Kreditnehmern wird in der Regel dem Herkunftsland der jeweiligen Muttergesellschaft zugeordnet. Beispielsweise ist ein Darlehen an einen Geschäftspartner in Spanien ein spanisches Risiko aus Sicht des Sitzlandes der Gesellschaft, aber ein deutsches Risiko aus Risikomanagement-Perspektive, wenn die jeweilige Gegenpartei eine Muttergesellschaft mit Sitz in Deutschland hat, die nach dem oben genannten Prinzip mit einem Schuldner verbunden ist. Aufrechnungen im Derivategeschäft sowie Sicherungsgeschäfte und Kreditsicherheiten werden in der Risikomanagement-Perspektive berücksichtigt. Die Bewertung der Sicherheiten folgt denselben stringenten Methoden und Prinzipien wie an anderer Stelle in unserem Finanzbericht 2014 aufgezeigt. Ergänzend ordnen wir aus Sicht des Risikomanagements das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften dem Sitzland der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht dem Sitzland der Zweckgesellschaft zu. Ähnliche Überlegungen gelten für strukturierte Produkte. Wenn beispielsweise ein strukturiertes Wertpapier von einer Zweckgesellschaft in Irland ausgegeben wird, wird es als ein irisches Risiko in der „Sitzland-Perspektive“ betrachtet, aber wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte, die das strukturierte Wertpapier besichern, deutsche Hypothekendarlehen sind, wären die Engagements als deutsches Risiko in der Risikomanagement-Perspektive enthalten.

— In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Zusammengefasstes Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Risikomanagement-Perspektive

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014 ¹
Griechenland	528	416
Irland	2.206	1.398
Italien	14.586	14.920
Portugal	1.075	1.002
Spanien	9.346	8.273
Insgesamt	27.741	26.009

¹ Die Vorjahreszahlen wurden um Risikopositionen in Höhe von 0,8 Mrd € gegenüber Irland und Italien betreffend Verbriefungstransaktionen und Kunden im Immobilienbereich angepasst, die zum 31. Dezember 2014 irrtümlicherweise nicht erfasst waren..

Das Nettokreditengagement erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2014 um 1,7 Mrd € überwiegend durch eine Erhöhung von Verbriefungstransaktionen in Irland, sowie höhere Übernachtkredite von Banken in Spanien, die durch einen Rückgang von Handelspositionen in Italien teilweise wieder aufgehoben wurden. Das Engagement gegenüber Griechenland erhöhte sich um 0,1 Mrd € überwiegend durch in US-Dollar geführten Schiffsfinauzierungen verursacht durch den Anstieg des US-Dollar im ersten Quartal 2015 sowie Rückgänge im Sicherheitenwert durch eine Neubewertung der Schiffe.

Unser oben dargestelltes Engagement besteht hauptsächlich aus stark diversifizierten, risikoarmen Retail-Portfolios, Klein- und Mittelstandskunden in Italien und Spanien sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf größere Banken in Spanien und Italien ausgerichtet, die typischerweise besichert sind. Das Engagement gegenüber Staaten ist unserer Ansicht nach auf einem überschaubaren Niveau. Nicht beachtet wurde dabei ein grundsätzliches Ansteckungsrisiko nach einem Griechenland Ausstieg aus dem Euro.

Die folgenden, auf der Sitzland-Perspektive basierenden Tabellen zeigen unsere Bruttoexposition, die darin enthaltenen nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „darunter“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen europäischen Ländern. Die Bruttoexposition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung gekaufter Besicherung über Kreditderivate mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltenen Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere in unserem Retail-Portfolio gehalten, aber auch gegenüber Finanzinstituten – vorwiegend in Bezug auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – sowie Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. In einigen Fällen ist die Möglichkeit der Geschäftspartner für Ziehungen unter den verfügbaren Fazilitäten durch die spezifischen Vertragsvereinbarungen eingeschränkt. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen, inklusive der nominalen Nettoexposition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte Länder der Eurozone beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sein sollen. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Bruttoposition, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Sitzland-Perspektive

in Mio €	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt	
	31.3. 2015	31.12. 2014	31.3. 2015	31.12. 2014	31.3. 2015	31.12. 2014	31.3. 2015	31.12. 2014	31.3. 2015	31.12. 2014	31.3. 2015 ¹	31.12. 2014
Griechenland												
Brutto	121	100	811	716	1.804	1.176	8	8	0	34	2.743	2.033
Nicht gezogen	0	0	32	20	186	72	1	3	0	0	219	95
Netto	108	89	119	107	115	134	3	3	0	34	344	367
Irland												
Brutto	510	553	1.337	1.100	10.428	8.282	40	40	3.026 ²	2.350 ²	15.341	12.325
Nicht gezogen	0	0	40	48	3.181	2.257	1	1	439 ²	476 ²	3.661	2.783
Netto	-64	-21	587	524	7.163	5.154	5	5	3.006 ²	2.350 ²	10.697	8.012
Italien												
Brutto	5.617	4.673	6.192	5.736	9.183	8.512	19.244	19.330	695	1.310	40.930	39.560
Nicht gezogen	0	0	1.096	952	3.206	3.064	211	199	25	28	4.538	4.242
Netto	1.181	244	3.349	3.431	6.769	5.900	6.839	6.768	605	1.229	18.743	17.573
Portugal												
Brutto	18	-5	369	404	1.263	1.053	1.981	2.023	63	205	3.696	3.680
Nicht gezogen	0	0	89	37	272	122	13	31	0	0	374	191
Netto	18	-76	290	357	848	504	211	221	63	205	1.431	1.210
Spanien												
Brutto	670	696	3.000	2.465	9.859	9.345	10.572	10.585	591	840	24.692	23.931
Nicht gezogen	0	0	956	738	3.939	3.832	468	481	6	16	5.369	5.068
Netto	469	275	2.403	2.084	7.211	6.834	2.007	1.894	495	792	12.585	11.879
Brutto insgesamt	6.936	6.018	11.710	10.421	32.537	28.368	31.845	31.986	4.375	4.738	87.402	81.530
Nicht gezogen	0	0	2.212	1.795	10.784	9.348	694	715	471	520	14.161	12.378
Netto insgesamt³	1.713	511	6.747	6.504	22.106	18.526	9.065	8.892	4.169	4.609	43.800	39.041

¹ Ungefähr 59 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

² Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

³ Nettoposition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 200 Mio € zum 31. März 2015 und 300 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten Ländern der Eurozone stieg in den ersten drei Monaten im Jahr 2015 um 4,8 Mrd €. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Anstieg gegenüber Unternehmen in Irland, Italien, Portugal und Spanien und einem Anstieg gegenüber dem Staat Italien zurückzuführen, der durch einen Rückgang gegenüber sonstigen Kontrahenten in Italien und Spanien kompensiert wird.

Aggregiertes Netto-Kreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten Staaten der Eurozone

31.3.2015

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		Insgesamt ³
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹		Derivate	Sonstige	
Griechenland	170	137	133	0	118	19	406
Irland	3.474	3.444	2.811	456	1.404	2.533	10.648
Italien	10.967	9.900	4.041	866	4.434	3.360	22.601
Portugal	475	420	441	17	61	721	1.661
Spanien	5.860	5.215	3.959	118	522	2.215	12.030
Insgesamt	20.946	19.117	11.384	1.458	6.538	8.849	47.346

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

31.12.2014							
in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		Insgesamt ³
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Derivate	Sonstige	
Griechenland	201	182	92	0	85	28	387
Irland	2.101	2.068	2.707	481	843	1.728	7.827
Italien	10.785	9.775	3.791	672	4.071	3.085	21.393
Portugal	639	588	306	20	36	558	1.507
Spanien	5.622	4.983	3.642	231	510	2.015	11.381
Insgesamt	19.348	17.595	10.537	1.404	5.545	7.414	42.496

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Die obigen Tabellen enthalten keine derivativen Kreditengagements, welche separat in der folgenden Tabelle dargestellt werden. Für unsere derivativen Kreditengagements in diesen Ländern der Eurozone zeigen wir Nominalwerte für gekaufte und verkaufte Sicherungsinstrumente als Bruttowerte und die resultierenden Nett nominalwerte sowie ihre beizulegenden Zeitwerte. Eine detailliertere Beschreibung über die Verwendung von Kreditderivaten um unser Kreditrisiko zu managen befindet sich im entsprechenden Risikoabschnitt unseres Finanzberichts 2014.

Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in diesen europäischen Staaten

in Mio €	31.3.2015				31.12.2014			
	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Nettoposition	Beizulegender Zeitwert netto	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Nettoposition	Beizulegender Zeitwert netto
Griechenland	862	-924	-62	0	901	-921	-20	2
Irland	3.991	-3.943	49	-8	4.344	-4.158	186	4
Italien	41.266	-45.124	-3.858	6	41.433	-45.253	-3.821	156
Portugal	5.820	-6.050	-230	0	5.876	-6.173	-297	6
Spanien	18.082	-17.527	555	123	18.061	-17.563	498	10
Insgesamt	70.021	-73.567	-3.546	120	70.614	-74.068	-3.454	177

Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Die nachfolgende Darstellung reflektiert eine Netto-Sitzland-Perspektive für das Kreditengagement gegenüber Staaten.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter Länder der Eurozone

in Mio €	31.3.2015				31.12.2014			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²
Griechenland	121	-13	108	0	100	-11	89	1
Irland	-48	-16	-64	0	-26	4	-21	2
Italien	5.549	-4.368	1.181	0	4.600	-4.356	244	133
Portugal	-25	43	18	0	-5	-71	-76	2
Spanien	662	-193	469	6	688	-413	275	1
Insgesamt	6.259	-4.546	1.713	6	5.358	-4.848	511	139

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen, klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Der Anstieg des Nettokreditengagements um 1,2 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2014 resultierte hauptsächlich aus Änderungen in den Handelsbeständen an Staatspapieren und Derivatepositionen. Der Anstieg

bezieht sich hauptsächlich auf Veränderungen des Nettokreditengagements gegenüber Italien, wobei der Anstieg auf Änderungen in den Handelsbeständen an Staatspapieren und positiven Marktwerten bei Derivaten zurückzuführen ist. Des Weiteren ist ein leichter Anstieg im Nettokreditengagement gegenüber Spanien zu beobachten, aufgrund eines gestiegenen verkauften Schutzes in Kreditderivaten.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet Bilanzwerte für staatliche Kredite, die zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet werden und sich zum 31. März 2015 für Italien auf 277 Mio € und für Spanien auf 547 Mio € beliefen (zum 31. Dezember 2014: für Italien 279 Mio € und für Spanien 580 Mio €).

Qualität von Vermögenswerten

Dieser Abschnitt beschreibt die Qualität unserer Kredite. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldnern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neuverhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

in Mio €	31.3.2015			31.12.2014		
	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neuverhandelt oder wertgemindert	240.157	179.129	419.286	217.772	177.925	395.697
Überfällige Kredite, nicht neuverhandelt oder wertgemindert	1.259	3.111	4.370	1.307	3.652	4.959
Neuverhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	377	467	844	349	473	821
Wertgeminderte Kredite	4.961	4.402	9.363	4.990	4.358	9.348
Insgesamt	246.754	187.109	433.863	224.418	186.408	410.825

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt regelmäßig, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder ein Kreditportfolio gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, die nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind („Verlustereignis“). Bei unserer Beurteilung berücksichtigen wir entsprechend den Anforderungen in IAS10 Informationen zu solchen Ereignissen, die uns bis zum Zeitpunkt vorliegen, an dem der Geschäftsbericht zur Veröffentlichung autorisiert wird;
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte;
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags zu jedem Berichtsstichtag vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Finance durchgeführt wird. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden an ein Aufsichtskomitee berichtet und von diesem genehmigt. Es setzt sich aus Mitgliedern der höheren Führungsebene von Finance und Risk zusammen.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermit-

telt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt, und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Wir beurteilen zunächst Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sind in unserer Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in unserem Finanzbericht 2014 zu finden.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

in Mio €	31.3.2015			31.12.2014			Veränderung 2015 gegenüber 2014	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten
Corporate Banking & Securities	757	382	50	637	318	50	120	1
Private & Business Clients	4.291	2.528	59	4.269	2.486	58	22	1
Global Transaction Banking	1.554	989	64	1.574	995	63	-20	0
Deutsche Asset & Wealth Management	66	37	56	66	33	50	0	6
Non-Core Operations Unit	2.695	1.378	51	2.803	1.380	49	-108	2
Davon: gem. IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	904	486	54	986	518	53	-82	1
Insgesamt	9.363	5.315	57	9.348	5.212	56	15	1

Wertgeminderte Kredite nach Branchenzugehörigkeit

in Mio €	31.3.2015			31.12.2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Banken und Versicherungen	1	0	1	0	0	0
Fondsmanagement	62	2	64	64	0	64
Verarbeitendes Gewerbe	548	230	778	525	232	757
Handel	362	236	598	362	229	591
Private Haushalte	402	3.335	3.737	451	3.299	3.750
Gewerbliche Immobilien	1.658	314	1.972	1.733	314	2.047
Öffentliche Haushalte	53	0	53	50	0	50
Sonstige	1.875	285	2.160	1.806	284	2.090
Insgesamt	4.961	4.402	9.363	4.990	4.359	9.348

Wertgeminderte Kredite nach Regionen

in Mio €	31.3.2015			31.12.2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Deutschland	1.596	1.866	3.462	1.604	1.896	3.499
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.694	2.360	5.054	2.683	2.303	4.986
Osteuropa	112	168	279	107	152	259
Nordamerika	360	2	362	423	2	425
Mittel- und Südamerika	1	0	1	2	0	3
Asien/Pazifik	173	5	179	170	5	174
Afrika	23	1	24	0	1	1
Sonstige	2	0	2	1	0	1
Insgesamt	4.961	4.402	9.363	4.990	4.359	9.348

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

in Mio €	Jan. – Mär. 2015			Gesamtjahr 2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	4.990	4.359	9.348	5.922	4.221	10.143
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert ¹	238	649	887	2.112	2.181	4.293
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr ¹	-266	-504	-770	-1.425	-1.182	-2.607
Abschreibungen	-113	-120	-233	-1.037	-613	-1.651
Verkäufe wertgeminderter Kredite	-52	0	-52	-514	-254	-768
Wechselkursveränderungen/Sonstige	164	18	182	-68	6	-62
Bestand am Periodenende	4.961	4.402	9.363	4.990	4.359	9.348

¹ Unter Berücksichtigung von Rückzahlungen.

In den ersten drei Monaten 2015 erhöhten sich unsere wertgeminderten Kredite leicht um 15 Mio € (0,2 %) auf 9,4 Mrd €. Dies resultiert aus einem Anstieg in Höhe von 43 Mio € aus unserem Portfolio kollektiv bewerteter Kredite und wurde durch die Postbank getrieben. Die Erhöhung wurde teilweise kompensiert durch eine Verringerung unserer einzeln bewerteten wertgeminderten Kredite, welche insbesondere aus einer Reduzierung der nach IAS 39 reklassifizierten Kredite in NCOU resultiert.

Die Deckungsquote der wertgeminderten Kredite (definiert als Summe des in der Bilanz ausgewiesenen Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln wertgeminderten oder kollektiv ermittelten Kredite im Verhältnis zu den gemäß IFRS wertgeminderten Krediten (ohne Berücksichtigung von Sicherheiten)) erhöhte sich leicht von 56 % per Jahresende 2014 auf 57 % zum 31. März 2015.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 904 Mio € an reklassifizierten Krediten und Forderungen gemäß IAS 39. Diese Position reduzierte sich um 82 Mio € (8 %) im Wesentlichen in Folge von Abschreibungen und durch Verkäufe, die einen Anstieg aufgrund von Fremdwährungsschwankungen überkompensierten.

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft besteht aus den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sowie den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Mär. 2015						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	92	119	211	5	2	7	218
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	-7	0	-7	0	0	0	-7
Nettoabschreibungen:	-103	-100	-202	0	0	0	-202
Abschreibungen	-113	-120	-233	0	0	0	-233
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	10	21	31	0	0	0	31
Sonstige Veränderungen	70	24	94	3	13	15	109
Bestand am Periodenende	2.423	2.892	5.315	93	156	249	5.564
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-5	-25	-30	0	2	2	-28
In %	-5	-17	-13	-8	-5.465	35	-12
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	418	-17	401	0	0	0	401
In %	-80	20	-67	0	0	0	-67

Der Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 5,6 Mrd € am 31. März 2015 im Vergleich zu 5,4 Mrd € zum Jahresende 2014. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf Wechselkursveränderungen zurückzuführen, die in der Tabelle oben unter „Sonstige Veränderungen“ erfasst sind. Zusätzliche Risikovorsorge wurde nahezu vollständig von Abschreibungen kompensiert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich um 28 Mio € im Vergleich zum ersten Quartal 2014, aufgrund einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle um 30 Mio €. Der Rückgang der Wertberichtigung für Kreditausfälle entstand im Bereich unseres kollektiv bewerteten Kreditportfolios in Folge des andauernd positiven Kreditumfelds in Deutschland und einer Stabilisierung in den Kreditmärkten in Südeuropa. In unserem einzeln bewerteten Kreditportfolio wurden Verringerungen unserer nach IAS 39 reklassifizierten Kredite in der NCOU fast vollständig durch einen Anstieg der wertberichtigten Schiffskredite in der CB&S kompensiert.

Der Rückgang der Abschreibungen im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres um 401 Mio € wird hauptsächlich von der Postbank beeinflusst und ist auf das hohe Niveau des Vorjahres zurückzuführen, das durch einen einmaligen Effekt einer Prozessanpassung verursacht wurde.

Unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und in der NCOU berichtet werden, betrug 487 Mio € per 31. März 2015 und damit 9 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, ein Rückgang um 6 % gegenüber 518 Mio € zum Jahresende 2014 (10 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Dieser Rückgang resultierte hauptsächlich aus Nettoabschreibungen in Höhe von 61 Mio €, teilweise kompensiert durch Wechselkursveränderungen der überwiegend nicht in EUR denominierten, nach IAS 39 reklassifizierten Kredite und aus zusätzlicher Risikovorsorge für Kreditausfälle in Höhe von 2 Mio €.

Im Vergleich zu den ersten drei Monaten 2014 sank die Risikovorsorge für Kreditausfälle für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte um 27 Mio € und die Nettoabschreibungen reduzierten sich um 53 Mio €.

Jan. – Mär. 2014

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.857	2.732	5.589	102	114	216	5.805
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	97	144	241	6	0	5	246
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	- 4	0	- 4	0	0	0	- 4
Nettoabschreibungen:	- 520	- 83	- 603	0	0	0	- 603
Abschreibungen	- 528	- 107	- 634	0	0	0	- 634
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	7	24	31	0	0	0	31
Sonstige Veränderungen	- 13	- 5	- 18	0	0	0	- 18
Bestand am Periodenende	2.420	2.788	5.208	107	114	221	5.429
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	- 137	33	- 103	3	- 9	- 5	- 108
In %	- 59	30	- 30	124	- 100	- 48	- 30
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	- 424	- 28	- 453	0	0	0	- 453
In %	440	52	300	0	0	0	300

Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung

Dieser Abschnitt behandelt unsere Risikopositionswerte (Exposure at Default, EAD) sowie RWA nach regulatorischer Risikopositionsklasse und Modellansatz einschließlich unserer Verbriefungspositionen. Die Tabellen basieren für den aktuellen Berichtsstichtag und die Vergleichsperiode auf dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk. Alle dargestellten quantitativen Angaben berücksichtigen den regulatorischen Konsolidierungskreis.

Grundsätzlich wenden wir den fortgeschrittenen Internal Ratings Based Approach (IRBA) für den Großteil unseres dafür infrage kommenden Kreditportfolios zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach Maßgabe des CRR/CRD 4-Rahmenwerks und gemäß den von der BaFin erhaltenen Genehmigungen an. Der fortgeschrittene IRBA stellt den fortschrittlichsten Ansatz innerhalb des aufsichtsrechtlichen Regelwerks für das Kreditrisiko dar, wodurch wir sowohl interne Bonitätseinstufungsverfahren nutzen als auch interne Schätzungen von verschiedenen spezifischen Risikoparametern vornehmen können. Darüber hinaus wenden wir den IRBA-Basis-Ansatz für einen Teil des für den IRBA infrage kommenden Kreditportfolios der Postbank an, für den die Postbank die Genehmigung der BaFin in früheren Jahren erhalten hatte.

Wir haben die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinsichtlich der Abdeckungsquote auf Basis von EAD und RWA gemäß § 11 SolvV zu jeder Zeit eingehalten. Da die Institute angehalten sind, den fortgeschrittenen IRBA so umfassend wie möglich anzuwenden, setzen wir unsere Anstrengungen zum weiteren Ausbau unserer Abdeckungsquote fort. Wir ordnen einige wenige verbleibende, für den fortgeschrittenen IRBA infrage kommende Portfolios vorübergehend dem Standardansatz zu. Bezüglich dieser Portfolios wurde ein Implementierungs- und Genehmigungsplan in Abstimmung mit den zuständigen Behörden, der BaFin, der Bundesbank und der EZB, erstellt.

Die im Rahmen der Überprüfungsprozesse für den fortgeschrittenen IRBA erhaltenen BaFin-Genehmigungen für unsere Adressenausfallrisikopositionen ermöglichen uns, 68 intern entwickelte Bonitätseinstufungssysteme bei der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ohne Postbank zu verwenden. Die Genehmigungen, die die Postbank ohne die PB Capital Corporation von der BaFin durch deren Prüfungsprozesse für das Adressenausfallrisiko erhalten hat, ermöglichen die Anwendung von 14 intern entwickelten Bonitätseinstufungssystemen bei der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über unsere Kreditrisikopositionen unterteilt nach Modellansätzen und Geschäftsbereichen.

Die Position „Sonstige“ im fortgeschrittenen IRBA beinhaltet Risikopositionen aus Verbriefungen im Anlagebuch, bestimmte Beteiligungspositionen und sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen. Innerhalb des Standardansatzes beinhaltet die Position „Zentralregierungen oder Zentralbanken“ Risikopositionen gegenüber „Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften“, „Öffentliche Stellen“, „Multilaterale Entwicklungsbanken“ und „Internationale Organisationen“. Die Position „Sonstige“ im Standardansatz beinhaltet „durch Immobilien besicherte Positionen“, „ausgefallene Positionen“, „Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen“, „Gedeckte Schuldverschreibungen“, „Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung“, „Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)“, „Beteiligungspositionen“ (mit Bestandsschutz) und „sonstige Positionen“.

Risikopositionswert nach Modellansätzen für unsere Kreditrisikoportfolios

	31.3.2015						
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko							
Fortgeschrittener IRBA	351.452	230.221	120.219	56.428	19.321	8.555	786.195
Zentralregierungen und Zentralbanken	57.930	870	27.067	1.760	436	561	88.624
Institute	46.536	9.721	10.995	1.002	1.453	337	70.044
Unternehmen	191.481	20.694	80.299	50.630	10.032	1.717	354.853
Mengengeschäft	882	190.756	88	2.637	1.836	1	196.200
Sonstige	54.622	8.180	1.769	399	5.565	5.938	76.475
IRB-Basis-Ansatz	2.701	7.572	212	0	6	0	10.492
Zentralregierungen und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	85	0	0	0	0	85
Unternehmen	2.701	7.488	212	0	6	0	10.407
Standardansatz	111.890	32.195	15.669	3.972	13.276	21.793	198.795
Zentralregierungen oder Zentralbanken	68.439	20.526	7.651	213	519	230	97.579
Institute	35.436	2.166	104	21	33	171	37.930
Unternehmen	6.505	1.914	5.985	1.760	5.929	753	22.847
Mengengeschäft	10	5.816	845	56	950	23	7.700
Sonstige	1.500	1.773	1.084	1.921	5.845	20.617	32.740
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.585	57	1	0	2	0	1.645
Insgesamt	467.628	270.045	136.101	60.400	32.605	30.348	997.127

	31.12.2014						
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko							
Fortgeschrittener IRBA	298.982	225.016	115.780	50.954	20.890	8.248	719.868
Zentralregierungen und							
Zentralbanken	58.284	989	30.048	1.694	390	574	91.978
Institute	41.988	7.651	10.662	1.000	1.497	297	63.095
Unternehmen	151.859	19.570	72.600	46.275	11.970	1.239	303.513
Mengengeschäft	823	188.652	112	1.604	1.936	0	193.127
Sonstige	46.028	8.154	2.359	380	5.097	6.138	68.156
IRB-Basis-Ansatz	2.410	7.708	142	0	10	0	10.269
Zentralregierungen und							
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	2.410	7.708	142	0	10	0	10.269
Standardansatz	84.565	31.721	15.734	3.767	8.702	26.572	171.060
Zentralregierungen oder							
Zentralbanken	48.777	19.474	7.910	264	565	185	77.175
Institute	29.195	2.973	98	20	32	173	32.491
Unternehmen	5.323	1.522	5.720	1.529	1.340	548	15.982
Mengengeschäft	10	5.761	743	64	1.523	24	8.124
Sonstige	1.260	1.990	1.264	1.891	5.243	25.641	37.288
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.531	62	1	0	2	0	1.595
Insgesamt	387.487	264.506	131.656	54.720	29.603	34.820	902.793

Der Anstieg in den Risikopositionswerten im Berichtszeitraum wird hauptsächlich durch Fremdwährungsschwankungen verursacht, die 52,8 Mrd € der Gesamtveränderung von 94,3 Mrd € ausmachen. Weiterhin trägt die Ausweitung unserer Geschäftsaktivitäten in unserem Kernbereich zum Anstieg in der Risikopositionsklasse „Unternehmen“ im fortgeschrittenen Ansatz bei.

Die Bewegungen in den Risikopositionswerten in der Forderungsklasse „Zentralregierungen und Zentralbanken“ im fortgeschrittenen Ansatz resultieren hauptsächlich aus niedrigeren Positionen bei verzinslichen Einlagen gegenüber Zentralbanken.

Der Anstieg in den Risikopositionswerten in der Forderungsklasse „Zentralregierungen oder Zentralbanken“ im Standardansatz resultiert primär aus höheren Guthaben bei den Zentralbanken.

Der Rückgang in den Risikopositionswerten in der Forderungsklasse „Sonstige“ im Standardansatz ist hauptsächlich auf unsere leistungsorientierte Pensionsfondsvermögen zurückzuführen.

Interne Ratings und Ausfallwahrscheinlichkeiten

Alle internen Ratings und Bewertungen basieren auf einer einheitlichen Masterskala, die jedem Rating oder jedem Scoring-Ergebnis die Ausfallwahrscheinlichkeit zuweist, die für diese Klasse bestimmt ist.

Interne Ratings und die dazu korrespondierenden Bandbreiten der Ausfallwahrscheinlichkeiten

Internes Rating	Ausfallwahrscheinlichkeiten in % ¹
iAAA	> 0,00 ≤ 0,01
iAA+	> 0,01 ≤ 0,02
iAA	> 0,02 ≤ 0,03
iAA-	> 0,03 ≤ 0,04
iA+	> 0,04 ≤ 0,05
iA	> 0,05 ≤ 0,07
iA-	> 0,07 ≤ 0,11
iBBB+	> 0,11 ≤ 0,18
iBBB	> 0,18 ≤ 0,30
iBBB-	> 0,30 ≤ 0,50
iBB+	> 0,50 ≤ 0,83
iBB	> 0,83 ≤ 1,37
iBB-	> 1,37 ≤ 2,27
iB+	> 2,27 ≤ 3,75
iB	> 3,75 ≤ 6,19
iB-	> 6,19 ≤ 10,22
iCCC+	> 10,22 ≤ 16,87
iCCC	> 16,87 ≤ 27,84
iCCC-	> 27,84 ≤ 99,99
Ausfall	100,00

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit über einen Einjahreszeitraum.

Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA gegenüber Unternehmen

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA gegenüber Unternehmen einschließlich der Portfolios der Postbank. Die Darstellung beinhaltet keine Adressenausfallrisikopositionen aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften (Securities Financing Transactions, auch „SFT“). Die Risikopositionen werden, unter Angabe der Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten für jede Stufe, auf einer internen Skala der Bonitätseinstufungen verteilt. Die internen Bonitätseinstufungen entsprechen den jeweiligen externen Ratingäquivalenten von Standard & Poor's. Die aufsichtsrechtlichen Risikopositionswerte werden zusammen mit risikopositionsgewichteten Durchschnittswerten für Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, auch „PD“) und Verlustquoten bei Ausfall (Loss Given Default, auch „LGD“), risikogewichteten Aktiva (RWA) sowie durchschnittlichen Risikogewichten (Risk Weight, auch „RW“) dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Auswirkungen eines gleichzeitigen Ausfalls („Double-Default-Effekt“), sofern relevant für Positionen außerhalb der Postbank, sind in den Angaben zu den durchschnittlichen Risikogewichten berücksichtigt. Der Double-Default-Effekt unterstellt, dass für eine garantierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der vorrangige Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Unternehmen (ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern
nicht
anders
angegeben)

Interne Bonitätseinstufung	31.3.2015						31.12.2014					
	Netto EAD	Durchschnittliche PD in %	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto EAD in %	Netto EAD	Durchschnittliche PD in % ¹	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto EAD in %
iAAA	5.377	0,03	22,96	387	7,20	0,01	4.893	0,03	21,82	325	6,64	0,01
iAA+	6.216	0,03	22,77	444	7,15	0,01	5.700	0,03	20,58	326	5,72	0,01
iAA	10.866	0,03	18,88	665	6,12	0,01	11.377	0,03	16,32	534	4,69	0,00
iAA-	13.406	0,04	31,99	1.421	10,60	0,01	12.583	0,04	33,75	1.405	11,17	0,01
iA+	15.244	0,05	32,42	2.110	13,84	0,02	13.744	0,05	29,51	1.849	13,45	0,01
iA	21.552	0,07	31,76	3.652	16,94	0,02	20.367	0,07	31,06	3.363	16,51	0,02
iA-	22.352	0,09	35,88	5.343	23,91	0,03	20.146	0,09	35,14	4.756	23,61	0,03
iBBB+	21.326	0,14	34,96	6.333	29,69	0,05	19.495	0,14	34,90	5.734	29,41	0,05
iBBB	24.193	0,23	30,70	7.949	32,86	0,07	21.891	0,23	30,95	7.238	33,06	0,07
iBBB-	21.644	0,39	31,80	8.935	41,28	0,12	20.057	0,39	31,70	8.730	43,53	0,12
iBB+	16.021	0,64	31,47	8.087	50,47	0,19	13.892	0,64	29,84	6.752	48,60	0,18
iBB	15.628	1,08	27,32	8.859	56,69	0,29	13.993	1,08	26,46	7.647	54,65	0,27
iBB-	14.484	1,77	25,16	8.675	59,89	0,41	13.013	1,77	25,07	7.838	60,23	0,41
iB+	9.561	2,92	19,87	5.822	60,89	0,56	8.157	2,92	19,93	4.942	60,59	0,56
iB	8.241	4,80	22,17	6.627	80,42	1,05	8.096	4,80	20,92	6.215	76,76	1,00
iB-	4.582	7,93	16,41	3.249	70,92	1,30	4.339	7,93	17,21	3.210	73,99	1,35
iCCC+	3.151	14,60	12,08	1.861	59,07	1,63	1.382	12,99	20,65	1.420	102,72	2,69
iCCC	734	21,85	14,38	639	87,07	3,35	643	21,56	16,75	655	101,80	3,81
iCCC-	674	31,00	15,14	588	87,14	4,71	535	31,00	14,78	458	85,59	4,59
Insgesamt ohne Ausfall	235.252	1,11	29,15	81.645	34,71	0,22	214.302	0,99	28,65	73.397	34,25	0,21
Insgesamt mit Ausfall	243.165	4,30	29,07	83.855	34,48	0,22	221.832	4,36	28,58	75.360	33,97	0,21

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Eine höhere durchschnittliche PD in % als für die internen Bonitätseinstufungsskalen iAAA und iAA+ definiert resultiert aus einer Mindestausfallwahrscheinlichkeit von 3 Basispunkten für die Forderungsklasse „Unternehmen“.

Die Mehrheit dieser Engagements besteht gegenüber Kunden im Investment-Grade Bereich. Die Engagements in niedrigeren Bonitätseinstufungen sind überwiegend besichert.

Die Risikopositionswerte sind innerhalb der Berichtsperiode hauptsächlich durch Fremdwährungsschwankungen und durch die Ausweitung unserer Geschäftsaktivitäten CB&S and GTB gestiegen.

Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz gegenüber Unternehmen

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz gegenüber Unternehmen. Sie enthält keine Adressenausfallrisikopositionen aus Derivaten- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften. Die Risikopositionen werden, unter Angabe der Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten für jede Stufe, auf einer internen Skala der Bonitätseinstufungen verteilt. Die internen Bonitätseinstufungen korrespondieren mit den jeweiligen externen Standard & Poor's-Bonitätseinstufungen. Die aufsichtsrechtlichen Risikopositionswerte werden zusammen mit den ermittelten RWA sowie den durchschnittlichen RW dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungs-techniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt.

Netto-Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Unternehmen (ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern nicht anders
angegeben)

Interne Bonitätseinstufung	31.3.2015				31.12.2014			
	Netto EAD	Durch- schnittliche PD in %	RWA	Durch- schnittliche RW in %	Netto EAD	Durch- schnittliche PD in %	RWA	Durch- schnittliche RW in %
iAAA	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA	1.857	0,03	188	10,14	1.767	0,03	180	10,20
iAA-	658	0,04	76	11,48	18	0,04	2	13,26
iA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iA	26	0,06	4	16,81	26	0,06	4	16,90
iA-	249	0,09	49	19,69	814	0,08	133	16,31
iBBB+	511	0,15	122	23,92	540	0,15	121	22,32
iBBB	819	0,23	317	38,69	879	0,23	379	43,12
iBBB-	564	0,38	308	54,63	549	0,38	306	55,82
iBB+	661	0,69	460	69,62	736	0,69	494	67,12
iBB	129	1,23	94	72,36	236	1,23	162	68,79
iBB-	61	2,06	37	60,73	35	2,06	28	78,64
iB+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iB	24	3,78	17	71,03	32	3,78	17	54,16
iB-	28	7,26	40	144,09	28	7,26	32	113,90
iCCC+	0	0,00	1	0,00	5	12,76	11	198,16
iCCC	57	18,00	145	252,47	62	18,00	156	250,41
iCCC-	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Insgesamt ohne Ausfall	5.644	0,47	1.858	32,91	5.727	0,52	2.025	35,36
Ausfall	52	100,00	0	0,23	165	100,00	0	0,11
Insgesamt mit Ausfall	5.696	1,38	1.858	32,61	5.892	3,31	2.025	34,38

Der leichte Rückgang der risikogewichteten Aktiva resultiert aus Ratingverbesserungen im Postbank Factoring Portfolio.

Verbriefungen

Überblick über unsere Verbriefungsaktivitäten

Wir engagieren uns in verschiedenen Geschäftsaktivitäten, die Verbriefungsstrukturen verwenden. Die wesentlichen Ziele sind, Anlagekunden den Zugang zu Risiko- und Ertragsprofilen bestimmter Portfolios von Vermögensgegenständen zu ermöglichen, ausleihenden Kunden Zugang zu Refinanzierungen zu gewähren sowie die Steuerung unserer eigenen Kreditrisiken.

Die in den nachfolgenden Tabellen dargestellten Beträge zeigen Details zu unseren verbrieften Forderungen jeweils für das aufsichtsrechtliche Anlage- und Handelsbuch. Details zu unseren Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem Standard Marktrisiko Ansatz („MRSA“) unterliegen, sind in diesem Kapitel dargestellt, während Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem Umfassenden Risikoansatz unterliegen, im Kapitel „Marktrisiko“ beschrieben werden.

Verbriefungen im Anlagebuch

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband

in Mio €	31.3.2015			31.12.2014		
	Risiko- positions- wert	Kapital- anfor- derung, IRBA ¹	Kapitalanfor- derung, Stan- dardansatz	Risiko- positions- wert	Kapital- anfor- derung, IRBA ¹	Kapitalanfor- derung, Stan- dardansatz
≤ 10 %	52.769	290	0	44.968	246	0
> 10 ≤ 20 %	3.999	35	9	4.170	37	9
> 20 ≤ 50 %	2.415	117	8	2.427	97	1
> 50 ≤ 100 %	2.440	108	33	2.313	124	53
> 100 ≤ 350 %	609	69	1	313	40	3
> 350 ≤ 650 %	156	51	0	160	51	0
> 650 < 1.250 %	408	264	0	299	202	0
1.250 %	654	289	27	424	266	29
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	63.451	1.224	78	55.074	1.064	95

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1,2) CRR. Einschließlich der Kapitalanforderungen aus Laufzeitunterschieden von synthetischen Verbriefungen nach Risikogewichtsband, definiert als nominalgewichtetes durchschnittliches Risikogewicht des verbrieften Portfolios.

Der Risikopositionswert im Risikogewichtsband ≤ 10 % erhöhte sich auf 52,8 Mrd € hauptsächlich aufgrund von Aktivitäten als Originator und Wechselkursänderungen. Generell erhöhte sich der Risikopositionswert im Anlagebuch um 15,2 % auf 63,5 Mrd €, die Kapitalanforderung erhöhte sich um 12,4 % auf 1,3 Mrd €.

Der größte Anteil der verbrieften Forderungen im Anlagebuch wird durch den Aufsichtsrechtlichen Formelansatz (SFA) abgedeckt. Für die verbleibenden, dem IRBA zuzuordnenden Verbriefungspositionen, verwenden wir den internen Bewertungsansatz (IAA), im Wesentlichen für die von uns gesponsorten ABCP-Aktivitäten oder den ratingbasierten Ansatz (RBA).

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Ratingbasierter Ansatz (RBA)

in Mio €	31.3.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA ¹	
	Ver- briefungen	Wiederver- briefungen	Ver- briefungen ²	Wiederver- briefungen	Ver- briefungen	Wiederver- briefungen	Ver- briefungen ²	Wiederver- briefungen
≤ 10 %	5.616	0	35	0	5.295	0	33	0
> 10 ≤ 20 %	2.316	0	24	0	2.056	0	21	0
> 20 ≤ 50 %	754	1.084	72	35	854	1.064	50	34
> 50 ≤ 100 %	1.790	27	99	1	1.487	29	120	1
> 100 ≤ 350 %	53	36	5	3	78	7	7	1
> 350 ≤ 650 %	53	19	17	6	58	0	19	0
> 650 < 1.250 %	262	17	144	11	154	16	85	9
1.250 %	332	294	212	76	342	46	244	19
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	11.176	1.477	608	132	10.324	1.162	579	64

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1,2) CRR.

² Einschließlich der Kapitalanforderungen aus Laufzeitunterschieden von synthetischen Verbriefungen nach Risikogewichtsband, definiert als nominalgewichtetes durchschnittliches Risikogewicht des verbrieften Portfolios.

Der Risikopositionswert für Verbriefungen unter dem IRBA-RBA erhöhte sich um 1,2 Mrd €, im Wesentlichen aufgrund von Währungskursänderungen.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA)

in Mio €	31.3.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA ¹	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	809	0	5	0	996	0	7	0
> 10 ≤ 20 %	738	0	7	0	1.160	0	11	0
> 20 ≤ 50 %	90	34	3	1	245	33	5	1
> 50 ≤ 100 %	99	0	5	0	47	0	3	0
> 100 ≤ 350 %	117	0	25	0	166	0	28	0
> 350 ≤ 650 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 650 < 1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	1.853	34	45	1	2.614	33	53	1

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1,2) CRR.

Die Reduktion des Risikopositionswerts unter dem IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA) resultierte hauptsächlich aus einer Management-Entscheidung das Verbriefungsportfolio finanziert durch ABCP Conduits zu reduzieren. Der Risikopositionswert reduzierte sich dadurch um 29 % auf 1,9 Mrd € im ersten Quartal 2015, am 31. Dezember 2014 waren es noch 2,6 Mrd €.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Aufsichtsrechtlicher Formelansatz (SFA)

in Mio €	31.3.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA ¹		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA ¹	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	46.344	0	249	0	38.676	0	206	0
> 10 ≤ 20 %	303	56	3	1	317	49	3	1
> 20 ≤ 50 %	246	0	7	0	217	0	7	0
> 50 ≤ 100 %	45	0	3	0	5	0	0	0
> 100 ≤ 350 %	394	0	36	0	36	0	5	0
> 350 ≤ 650 %	85	0	29	0	102	0	32	0
> 650 < 1.250 %	129	0	109	0	129	0	108	0
1.250 %	1	0	1	0	7	0	3	0
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	47.547	56	438	1	39.487	49	365	1

¹ Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1,2) CRR.

Im Anlagebuch erhöhte sich der Risikopositionswert unter dem IRBA-Aufsichtsrechtlicher Formelansatz (SFA) auf 47,6 Mrd € im ersten Quartal 2015. Diese Erhöhung resultierte im Wesentlichen aus Aktivitäten als Originator, Verbriefungspositionen, die zuvor durch ABCP Conduits finanziert wurden und noch unter den IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA) fielen und Währungskursänderungen.

Der Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) wird für Verbriefungspositionen verwendet, bei denen das zugrunde liegende Portfolio vornehmlich aus Kreditrisiken besteht, die, sofern sie von uns direkt gehalten würden, als KSA-Risikopositionen eingestuft würden.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß Kreditrisiko-Standardansatz (KSA)

in Mio €	31.3.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 10 ≤ 20 %	585	0	9	0	588	0	9	0
> 20 ≤ 50 %	208	0	8	0	14	0	1	0
> 50 ≤ 100 %	480	0	33	0	745	0	53	0
> 100 ≤ 350 %	9	0	1	0	27	0	3	0
> 350 ≤ 650 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 650 < 1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1.250 %	20	7	20	7	23	6	23	6
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	1.302	7	71	7	1.398	6	89	6

Verbriefungen im Handelsbuch

Für nicht dem Umfassenden Risikoansatz zugeordnete Verbriefungspositionen wird die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko nach MRSA ermittelt. Das MRSA-Risikogewicht für Verbriefungspositionen im Handelsbuch wird generell mit den gleichen Methoden ermittelt, die auch für die Verbriefungspositionen im Anlagebuch angewandt werden.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem Marktrisiko-Standardansatz (MRSA) unterliegen

in Mio €	31.3.2015				31.12.2014			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA	
	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	11.335	0	21	0	4.540	0	26	0
> 10 ≤ 20 %	5.924	0	57	0	4.568	0	51	0
> 20 ≤ 50 %	1.251	314	28	9	1.289	249	29	8
> 50 ≤ 100 %	869	89	44	5	582	100	35	6
> 100 ≤ 350 %	2.584	103	63	16	533	96	73	14
> 350 ≤ 650 %	650	56	63	15	174	36	63	13
> 650 < 1.250 %	607	18	50	8	81	18	45	11
1.250 %	4.081	288	1.246	284	1.008	302	1.008	302
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	27.300	869	1.572	336	12.774	801	1.329	353

Der Anstieg der Verbriefungspositionen im Handelsbuch seit dem letzten Quartal ist vorwiegend auf eine regulatorische Änderung zurückzuführen, welche dazu führte, dass die Summe der netto Long und netto Short Kapitalanforderungen im Vergleich zum Maximalbetrag berücksichtigt werden muss (Artikel 337 (4) CRR). Obwohl sich der betrachtete Risikopositionswert mehr als verdoppelte, stieg die Kapitalanforderung lediglich um 13,4 %. Dies ist zum einen auf Positionen mit geringem Risikogewicht (6,8 Mrd € Anstieg im Risikogewichtsband ≤ 10 %) und zum anderen auf synthetische Verbriefungspositionen zurückzuführen, die einer Deckelung der Eigenmittelanforderungen gemäß Artikel 335 CRR unterliegen.

Marktrisiko

Marktrisiko der Handelsportfolios (ohne Postbank)

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag.

Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ¹		Rohwarenpreis- risiko	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt ²	49,6	51,6	-40,7	-34,9	20,4	25,1	35,6	31,2	15,7	14,8	17,6	13,2	0,9	2,2
Maximum ²	65,6	71,4	-46,6	-61,9	22,7	42,8	40,3	38,9	23,2	24,6	25,0	21,2	2,0	10,2
Minimum ²	39,8	35,4	-31,8	-24,4	18,2	15,7	29,6	25,9	9,2	9,9	11,4	6,9	0,5	0,7
Periodenende ³	52,7	49,0	-37,5	-36,0	21,5	18,1	32,8	29,6	18,4	15,5	16,7	20,5	0,8	1,3

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

² Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte in den ersten drei Monaten 2015 beziehungsweise im Gesamtjahr 2014 bewegten.

³ Angaben für 2015 zum 31. März 2015 und Angaben für 2014 zum 31. Dezember 2014.

Der durchschnittliche Value-at-Risk innerhalb der ersten drei Monate 2015 betrug 49,6 Mio € und ging um 2,0 Mio € gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2014 zurück. Der durchschnittliche Zins-Value-at-Risk reduzierte sich, und es ergab sich eine Erhöhung des Diversifikationseffekts in Folge einer geänderten Zusammensetzung des Portfolios. Diese Rückgänge wurden teilweise durch Erhöhungen im durchschnittlichen Währungs- und Credit-Spread-Risiko und aufgrund erhöhter Marktvolatilität aufgehoben. Des Weiteren stieg der Value-at-Risk für das Währungsrisiko in Folge einer durchschnittlich höheren US Dollar Position im Vergleich zum Jahr 2014.

In den ersten drei Monaten 2015 erzielten unsere Handelsbereiche an 95 % der Handelstage einen positiven Ertrag gegenüber 95 % im Kalenderjahr 2014.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko

Im handelsbezogenen Marktrisiko waren der umfassende Risikoansatz und der Marktrisiko-Standardansatz teilweise von der Umsetzung des neuen CRR/CRD 4 Rahmenwerks beeinflusst, wie in den entsprechenden Abschnitten erläutert.

Stress-Value-at-Risk

Die folgende Tabelle zeigt den Stress-Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) unserer Handelsbereiche.

Stress-Value-at-Risk nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ¹		Rohwarenpreis- risiko	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt ²	108,6	109,6	-147,7	-125,4	70,7	64,4	132,2	124,0	14,0	11,5	38,0	29,7	1,4	5,4
Maximum ²	135,1	161,1	-186,7	-168,0	84,2	85,9	154,5	142,8	47,8	42,6	59,8	70,3	3,1	16,7
Minimum ²	82,4	81,6	-118,3	-102,3	54,1	48,8	104,8	100,7	0,1	0,0	21,4	13,7	0,7	1,4
Periodenende ³	109,7	120,7	-128,1	-139,3	70,4	52,3	108,6	140,8	21,2	18,8	36,5	46,2	1,2	1,8

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

² Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte in den ersten drei Monaten 2015 beziehungsweise im Gesamtjahr 2014 bewegten.

³ Angaben für 2015 zum 31. März 2015 und Angaben für 2014 zum 31. Dezember 2014.

Der durchschnittliche Stress-Value-at-Risk in den ersten drei Monaten 2015 betrug 108,6 Mio € und reduzierte sich um 1,0 Mio € gegenüber dem Durchschnitt für das Jahr 2014. Der Rückgang resultierte hauptsächlich aus einem erhöhten Diversifikationseffekt, welcher sich durch eine geänderte Zusammensetzung des Portfolios ergab, teilweise durch ein erhöhtes Risiko in den verschiedenen Anlageklassen aufgewogen. Vor allem der Währungsrisiko-Stress-Value-at-Risk erhöhte sich in Folge einer gestiegenen Risikoposition in US Dollars, wie

auch der Credit-Spread-Stress-Value-at-Risk aufgrund einer erhöhten durchschnittlichen Credit-Spread-Kauf-Position in den ersten drei Monaten 2015 im Vergleich zum gesamten Jahr 2014 anstieg. Die deutliche Reduzierung des Credit-Spread-Stress-Value-at-Risk zum Periodenende lässt sich auf eine Verbesserung im Korrelationsansatz zurückzuführen, welche zur Aggregation der Komponenten innerhalb des Credit-Spread-Value-at-Risk verwendet wird.

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert des Stichtags- oder des Durchschnittswerts der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag. Der inkrementelle Risikoaufschlag für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage ist der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximum- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)³

in Mio €	Insgesamt		Fixed Income & Currencies		Structured Finance		Emerging Markets - Debt		NCOU		Sonstige	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt ¹	1.391,4	811,9	920,1	532,8	269,9	152,2	241,3	164,1	-3,4	-3,6	-36,5	-33,5
Maximum ¹	1.542,2	1.065,4	1.084,9	719,3	385,5	189,3	457,7	220,2	29,2	39,4	19,5	64,7
Minimum ¹	1.131,4	647,9	732,3	381,8	188,7	106,3	181,2	119,5	-32,7	-25,8	-145,4	-88,0
Periodenende ²	1.303,6	1.037,8	864,3	603,4	239,6	159,8	274,0	170,5	29,2	39,4	-103,5	64,7

¹ Die Werte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. März 2015 beziehungsweise am 31. Dezember 2014 endete.

² Angaben für 2015 zum 31. März 2015 und Angaben für 2014 zum 31. Dezember 2014.

³ Die Aufteilung auf die Geschäftsfelder wurde für das Reporting in 2015 angepasst, um die aktuelle Geschäftsstruktur besser abzubilden.

Der Inkrementelle Risikoaufschlag zum Ende der ersten drei Monate des Jahres 2015 betrug 1,3 Mrd € und erhöhte sich um 266 Mio € (26 %) gegenüber dem Jahresende 2014. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt inkrementelle Risikoaufschlag für die ersten drei Monate 2015 belief sich auf 1,4 Mrd € und lag damit 579 Mio € (71 %) über dem Zwölf-Wochen-Durchschnitt für die am 31. Dezember 2014 endende Periode. Dieser Anstieg ist zurückzuführen auf einen Anstieg der Risikopositionen in konzentrierten Einzeladressen, vornehmlich betreffend staatliche Emittenten, die teilweise den Inkrementellen Risikoaufschlag beeinflussen.

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem Minimumwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem Verbriefungsrahmenwerk.

Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten)

in Mio €	2015	2014
Durchschnitt ¹	221,9	246,9
Maximum ¹	242,2	257,5
Minimum ¹	213,1	223,0
Periodenende ²	199,0	222,0

¹ Der Wert für den aufsichtsrechtlichen Umfassenden Risikoansatz wurde auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. März 2015 beziehungsweise am 31. Dezember 2014 endete.

² „Spot“-Betrag des Internen Modells auf Basis des Umfassenden Risikoansatzes zum Periodenende.

Der Umfassende Risikoansatz am Periodenende der ersten drei Monate im Jahr 2015 betrug 199 Mio € und reduzierte sich um 23 Mio € (10 %) gegenüber dem Jahresende 2014. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt des Umfassenden Risikoansatzes für die ersten drei Monate 2015 betrug 222 Mio € und lag um 25 Mio € (10 %) unter dem 12-Wochen Durchschnittswert für das Jahr 2014. Der Rückgang erfolgte durch kontinuierlichen Risikoabbau in diesem Portfolio.

Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“)

Zum 31. März 2015 führten Verbriefungspositionen, für die das spezifische Zinsrisiko gemäß dem Marktrisiko-Standardansatz berechnet wird, zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 1.909 Mio €, die risikogewichteten Aktiva in Höhe von 23,9 Mrd € entsprachen. Zum 31. Dezember 2014 erzeugten diese Positionen Eigenkapitalanforderungen von 1.682 Mio € mit entsprechenden risikogewichteten Aktiva in Höhe von 21,0 Mrd €. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf das Ende der Übergangsfristen, welche in Artikel 337 (4) CRR festgeschrieben sind, zurückzuführen, da die nun geltende Berechnung auf der Summe der gewichteten Netto Kauf-Positionen sowie der Summe der gewichteten Netto Verkaufs-Positionen basiert anstatt auf der größeren der beiden Summen. Zusätzlich ergab sich eine Erhöhung aufgrund von Währungsschwankungen, welche teilweise durch den Risikoabbau ausgeglichen werden konnte.

Die Eigenkapitalanforderungen für nth-to-Default-Derivate stiegen auf 17 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 216 Mio € entsprach, verglichen mit 1 Mio € und 19 Mio € zum 31. Dezember 2014. Grund für die Anstiege sind die zuvor erwähnten regulatorischen Änderungen.

Des Weiteren beliefen sich die Eigenkapitalanforderungen für Investmentanteile im Marktrisiko-Standardansatz zum 31. März 2015 auf 89 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 1.116 Mio € entsprach, im Vergleich zu 91 Mio € und 1.139 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Die Eigenkapitalanforderungen für das Langlebigkeitsrisiko im Marktrisiko-Standardansatz betragen 32 Mio € zum 31. März 2015, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 398 Mio € entsprach, im Vergleich zu 26 Mio € und 326 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Marktrisiko des Handelsbuchs der Postbank

Den Value-at-Risk des Postbank Handelsbuchs betrug bei einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Halte-dauer von einem Tag 0 € am 31. März 2015. Die derzeitige Handelsbuch-Strategie der Postbank erlaubt keine neuen Handelsaktivitäten in Bezug auf das Handelsbuch. Daher enthielt das Handelsbuch der Postbank zum 31. März 2015 und zum 31. Dezember 2014 keine Positionen. Gleichwohl wird die Postbank als Handelsbuchinstitut klassifiziert.

Operationelle Risiken

In den ersten drei Monaten 2015 waren unsere operationellen Risikoverluste weiterhin durch Verluste aus Rechtsstreitigkeiten sowie durch Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten bestimmt. Für einen Überblick über unsere bestehenden rechtlichen und regulatorischen Verfahren verweisen wir auf das Kapitel „Sonstige Finanzinformationen“ in diesem Zwischenbericht. Unsere nicht auf Rechtsstreitigkeiten beruhenden operationellen Risikoverluste waren weiterhin geringer als in den ersten drei Monaten 2014. Der Ausblick für das verbleibende Jahr bleibt aufgrund des rechtlichen und regulatorischen Umfeldes, das sich unseres Erachtens weiterhin auf unser Geschäft auswirken wird, verhalten. Die zukunftsorientierte Steuerung unseres operationellen Risikos wird durch die Überwachung der potenziellen Gewinn- und Verlustsituation auf Basis von Trendanalysen zu eingetretenen Verlusten und Risikoindikatoren gefördert.

Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken nach Geschäftsbereichen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2015	31.12.2014	Veränderung 2015 gegenüber 2014	
			in Mio €	in %
Corporate Banking & Securities	5.746	3.569	2.177	61
Private & Business Clients	543	1.088	- 545	- 50
Global Transaction Banking	604	150	454	303
Deutsche Asset & Wealth Management	1.173	722	451	62
Non-Core Operations Unit	399	2.070	- 1.671	- 81
Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken insgesamt	8.464	7.598	866	11

Der Ökonomische Kapitalbedarf für operationelle Risiken erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2014 um 0,9 Mrd € oder 11 % und betrug zum 31. März 2015 8,5 Mrd €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus externen Verlustdaten, vorwiegend Vergleichszahlungen in den USA, die in unserem Kapitalmodell genutzt werden und ein erhöhtes operationelles Risikoverlustprofil der gesamten Branche widerspiegeln. Abgesehen von der Gesamtzunahme des ökonomischen Kapitals wurden die geschäftsbereichsbezogenen Veränderungen auf Quartalsbasis durch eine Änderung der Allokationsmethode hervorgerufen. Insbesondere wurde die Kapitalallokationsmethode für die Non-Core Operations Unit (NCOU) auf eine vermögenswertbasierte Methode angepasst. Die neue Allokation ersetzt die komplexere, jedoch ungenauere bisherige Allokation und berücksichtigt unseres Erachtens das zurückgehende Restrisiko bei dem Abbau von Geschäftseinheiten in angemessener Art und Weise.

Entwicklung des Rahmenwerks im Operationellen Risikomanagement

Um das Risikoprofil angemessen widerzuspiegeln, wird unser AMA-Modell (Advanced Measurement Approach) fortlaufend validiert und optimiert. Im Zuge der kontinuierlichen Verbesserung und Validierung unseres Modells wurden Modellveränderungen entwickelt, die wir zur Genehmigung bei der BaFin eingereicht haben und erwarten deren Genehmigung durch die gemeinschaftliche Aufsicht (BaFin und EZB). Diese Veränderungen beinhalten eine verbesserte Methode zur Validierung und Rekalibrierung der Versicherungsparameter, Modifizierungen bei der Modellierung der Verlustfrequenz sowie verbesserte Bewertungsmechanismen für die Self Assessment Ergebnisse unseres AMA-Modells.

Ferner haben wir einen weiteren Antrag auf Modellveränderung bei der BaFin eingereicht, um die in unserem AMA-Modell seit 2011 berücksichtigte Sicherheitsmarge auf das ökonomische Kapital von 1 Mrd € durch eine zukunftsgerichtete, risikosensitivere Komponente zu ersetzen. Im Ergebnis führt diese Modellveränderung, auch nach Herausnahme der Sicherheitsmarge, zu einem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf. Diese Modellveränderung verbessert unseren fortgeschrittenen Messansatz (AMA-Modell) dahingehend, dass unsere „relevanten Verlustdaten“ um die Berücksichtigung von hinreichend wahrscheinlichen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten erweitert werden. Diese hinreichend wahrscheinlichen Verluste aus Rechtsstreitigkeiten, welche aus anhängigen und auch künftigen Rechtsstreitigkeiten resultieren können, werden jedes Quartal überprüft und basieren auf Bewertungen unserer Rechtsexperten.

Obgleich unsere Gespräche mit der gemeinschaftlichen Aufsicht über diese Modellverbesserungen noch andauern, hat die Geschäftsführung beschlossen, die Auswirkungen dieser Änderungen im zweiten Quartal 2014 dann zu berücksichtigen, wenn sie zu einem Anstieg des Kapitalbedarfs gegenüber den derzeit von der BaFin genehmigten Modellen führen.

Im ersten Quartal 2015 erlaubte uns die gemeinschaftliche Aufsicht die Nutzung einer erweiterten divisionalen Kapitalallokationsmethode, die durch divisionsspezifische Verlusthöhenverteilung der Kerngeschäftsfelder sowie durch eine verbesserte Allokation auf die Non-Core Operations Unit gekennzeichnet ist. Die sich unseres Erachtens aus der Nutzung der neuen Methode ergebenden wesentlichen Vorteile sind ein gesteigertes Augenmerk auf eigenständige divisionale Risikoprofile sowie eine maßgebliche Reduzierung geschäftsfeldübergreifender Effekte. Darüber hinaus sind wir von der Nutzung einer komplexen, die Abwicklung des NCOU Geschäfts nicht vollständig widerspiegelnden Allokation, auf eine neue vermögenswertbasierte NCOU Allokation übergegangen.

Überdies wurde die Allokation der Sicherheitsmarge für das ökonomische Kapital von 1 Mrd €, die RWA von Kerngeschäftsfeldern zur Non-Core Operations Unit verschiebt, als nicht mehr angemessen erachtet und entfernt. Diese Veränderungen sind bereits umgesetzt und spiegeln sich in den Ergebnissen des ersten Quartals 2015 wider.

Liquiditätsrisiko

Zusammensetzung unserer externen Finanzierungsquellen in Milliarden Euro sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2015		31.12.2014	
Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital	227	23 %	214	23 %
Privatkunden	308	31 %	301	33 %
Transaction Banking	207	21 %	184	20 %
Sonstige Kunden ¹	77	8 %	74	8 %
Unbesicherte Wholesale Refinanzierung	62	6 %	55	6 %
Besicherte Refinanzierung und Shortpositionen	103	10 %	81	9 %
Finanzierungsvehikel ²	11	1 %	12	1 %
Externe Finanzierungsquellen insgesamt	996	100 %	919	100 %

¹ „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

² Enthält ABCP-Conduits.

Hinweis: Zum Abgleich zur Bilanzsumme sind zu berücksichtigen: Derivate- und Abwicklungssalden 803 Mrd € (660 Mrd €), Nettingeffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 98 Mrd € (75 Mrd €) und sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 59 Mrd € (54 Mrd €), jeweils zum 31. März 2015 und zum 31. Dezember 2014.

Der Anstieg von 23 Mrd € bei den Transaction-Banking Einlagen und von 22 Mrd € im Bereich besicherte Refinanzierung und Shortpositionen spiegelt ein erhöhtes Geschäftsvolumen im Vergleich zum niedrigen Jahresendniveau wider. Der höhere Betrag bei den Kapitalmarktmissionen und beim Eigenkapital um 14 Mrd € während des ersten Quartals 2015 spiegelt die erhöhten Finanzierungsaktivitäten und den Nettogewinn wider. Höhere Einlagen von AWM Kunden wurden in den 8 Mrd € Erhöhung im Privatkundenbereich reflektiert. Effekte in den Fremdwährungswechsellkursen leisten einen Beitrag zur Erhöhung in den meisten Refinanzierungsquellen.

In den ersten drei Monaten von 2015 hat die Deutsche Bank bereits 16,9 Mrd € aus dem gesamten Refinanzierungsplan für 2015 von 30 bis 35 Mrd € erfüllt, was einer Erfüllungsquote von 52 % entspricht, 27 Prozentpunkte über dem anteiligen Jahreswert (die Prozentzahlen beziehen sich auf den mittleren Wert des Refinanzierungsplans). Der durchschnittliche Aufschlag in den ersten drei Monaten des Jahres waren 49 Basispunkte gegenüber dem relevanten variablen Index, zum Beispiel LIBOR, mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 5,7 Jahren. Die bedeutendsten Transaktionen in diesem Zeitraum waren eine Tier-2 Benchmark-Anleihe von 1,25 Mrd € im Februar 2015 und eine 1,5 Mrd U.S.\$ Tier-2 Benchmark-Anleihe im März 2015, beide mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Für das restliche Jahr beabsichtigen wir den Rest unserer Anforderungen durch eine Vielzahl von Möglichkeiten einschließlich Emissionen gezielt an Privatanleger, Privatplatzierungen mit institutionellen Investoren und weiteren öffentlichen Benchmark-Emissionen sicherzustellen.

Regelmäßige Stresstestanalysen stellen sicher, dass wir zu jeder Zeit ausreichende Barreserven und liquide Aktiva zur Verfügung haben, um eine potenzielle Finanzierungslücke schließen zu können, die in einem kombinierten idiosynkratischen und marktbezogenen Stressszenario auftreten kann. Zu diesem Zweck halten wir Liquiditätsreserven vor, die verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (unter anderem Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte umfassen. Das Volumen der Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten Stresstest-Ergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so halten wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren. Somit schwankt das Gesamtvolumen der Liquiditätsreserven mit den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Diese Reserven werden in den wichtigsten Währungen und an den Hauptstandorten gehalten, an denen die Bank aktiv ist. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Gruppenebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. Die Größe und Zusammensetzung der Liquiditätsreserven unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch die Geschäftsführung. Die

angewandten Sicherheitsabschläge spiegeln unsere Annahmen des aktuellen Liquiditätswerts wider, der primär durch besicherte Refinanzierung erzielt werden könnte, und berücksichtigen die Erfahrungen, die in den besicherten Refinanzierungsmärkten unter Stress gemacht wurden.

Zusammensetzung unserer Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften

in Mrd €	31.3.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	80	80	65	65
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	70	70	54	54
Tochtergesellschaften	10	10	11	11
Hochliquide Wertpapiere (enthalten Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	106	99	103	96
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	80	75	81	75
Tochtergesellschaften	26	24	23	20
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	17	12	16	11
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	15	11	14	10
Tochtergesellschaften	2	1	2	1
Gesamte Liquiditätsreserven	203	190	184	171
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	164	155	149	139
Tochtergesellschaften	38	35	35	32

Während der ersten drei Monate im Jahr 2015 haben sich unsere Liquiditätsreserven um 19 Mrd € oder 10 % gegenüber dem Jahresende 2014 erhöht.

Kapitalmanagement

Die ordentliche Hauptversammlung 2014 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 101,9 Millionen Aktien bis Ende April 2019 zurückzukaufen. Davon können 51,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen der Hauptversammlung 2013. Wir haben von der BaFin die Zustimmung zur Umsetzung dieser Genehmigungen erhalten, wie es nach Vorschriften der CRR/CRD 4 erforderlich ist. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2014 bis zum 31. März 2015 haben wir 25,6 Millionen Aktien zurückgekauft. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet. Zum 31. März 2015 war der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien in Treasury 0,2 Millionen.

Seit der Hauptversammlung 2014 beträgt der Nennwert des dem Vorstand zur Verfügung stehenden genehmigten Kapitals 257 Mio € (100 Millionen Aktien). Das verfügbare bedingte Kapital beträgt 486 Mio € (190 Millionen Aktien). Darüber hinaus hat die Hauptversammlung 2014 die Begebung von Genussscheinen als zusätzliches Tier-1-Kapital genehmigt.

Unsere ehemals emittierten hybriden Kernkapital-Instrumente (im Wesentlichen alle nicht kumulativen Vorzugsaktien) werden unter CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln nicht mehr voll anerkannt – hauptsächlich da sie über keinen Abschreibungs- oder Eigenkapitalwandlungsmechanismus verfügen. Allerdings werden sie während der CRR/CRD 4-Übergangsphase großteils als Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier-1) und unter den CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln als Ergänzungskapital anerkannt. Während der Übergangsphase reduziert sich der maximal anerkennbare Betrag an Zusätzlichen Kernkapital-Instrumenten aus Basel 2.5-konformen Emissionen zum 31. Dezember 2012 jeweils zum Jahresanfang um 10 % oder 1,3 Mrd € bis 2022. Zum 31. März 2015 führte dies zu anrechenbaren Zusätzlichen Kernkapital-Instrumenten in Höhe von 12,1 Mrd € (4,7 Mrd € der neu begebenen AT1-Anleihen sowie noch übergangsweise anrechenbare hybride Kernkapital-Instrumente von 7,4 Mrd €). Sieben hybride Kernkapital-Instrumente mit einem Nominalbetrag von 4,0 Mrd € und einem anrechenbaren Betrag von 3,7 Mrd € wurden in den ersten drei Monaten 2015 gekündigt. 6,0 Mrd € ehemals emittierter hybrider Kernkapital-Instrumente können unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung noch als Ergänzungskapital angerechnet werden.

Am 17. Februar 2015 haben wir neue festverzinsliche nachrangige Tier 2-Anleihen mit einem Nominalvolumen von 1,25 Mrd € begeben, die als Ergänzungskapital anrechenbar sind. Die Anleihen zahlen einen Zins von 2,75 %, haben eine Stückelung von € 1.000 und werden am 17. Februar 2025 fällig. Sie wurden in Transaktionen außerhalb der USA emittiert und waren nicht Bestandteil der Registrierungsanforderungen des Securities Act von 1993, und wurden nicht in den USA angeboten oder verkauft.

Die Summe unserer Ergänzungskapital-Instrumente, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase anerkannt sind, betrug 5,6 Mrd € zum 31. März 2015. Es gibt zum 31. März 2015 keine ehemals emittierte hybride Kernkapital-Instrumente mehr, die noch als Ergänzungskapital anerkannt werden. Der Nominalbetrag der ursprünglichen Ergänzungskapital-Instrumente beträgt 7,5 Mrd €. Seit dem 31. Dezember 2014 wurden keine Ergänzungskapital-Instrumente gekündigt.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Seit dem 1. Januar 2014 wurden für die Ermittlung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4 oder „CRD 4“), die in deutsches Recht Eingang gefunden haben, berücksichtigt. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva“ basieren auf der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Gemäß den CRR/CRD 4-Übergangsregeln werden Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechnungsfähig sind, schrittweise eliminiert, während die neuen Regeln zu den aufsichtsrechtlichen Anpassungen sukzessive eingeführt werden. Diese Übergangsregeln sind zur Erleichterung des Übergangs der Banken zu den vollständig umgesetzten Regeln zugelassen. Die CRR/CRD 4-Werte bei Anwendung der Vollumsetzung berücksichtigen die Übergangsregeln nicht, d.h. alle nicht mehr anrechnungsfähigen Kapitalinstrumente werden eliminiert und alle neuen aufsichtsrechtlichen Anpassungen werden angewendet. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des final angestrebten Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. Gleichzeitig bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken einschließlich Basel 2.5 eingeführt wurden, die z.B. den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesem Fall geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln Ende 2017 gemindert werden.

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Die für den Deutschen Bank-Konzern anwendbare Mindestkapitalanforderung für das Harte Kernkapital von 4 % der risikogewichteten Aktiva (RWA) im Jahr 2014 erhöhte sich und von 2015 an beträgt sie 4,5 % der RWA.

Im März 2015 wurde die Deutsche Bank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank als global systemrelevantes Institut (G-SII) eingestuft, was zu einer zusätzlichen Anforderung von 2 % Hartes Kernkapital der RWA führt, die ab 2019 vollumfänglich in Kraft tritt. Dies steht im Einklang mit der vom Financial Stability Board (FSB) getroffenen Beurteilung der Systemrelevanz auf der Grundlage der Indikatoren, welche im Jahr 2014 veröffentlicht wurden. Diese zusätzliche Kapitalpufferanforderung wird auf Basis einer Übergangsregelung ab 2016 eingeführt.

Ferner kann die Europäische Zentralbank (EZB) gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) einzelnen Banken Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die strenger als die gesetzlichen Anforderungen sind. Am 20. Februar 2015 hat die EZB uns mitgeteilt, dass wir verpflichtet sind, eine Harte Kernkapitalquote von mindestens 10 % (basierend auf den Übergangsregelungen) zu jeder Zeit aufrecht zu erhalten.

Weitere Informationen zu den für uns anwendbaren Mindestkapitalanforderungen und zusätzlichen Kapitalpuffern sind in unserem Finanzbericht 2014 enthalten.

Zusammenfassung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten

in Mio €	31.3.2015		31.12.2014	
	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	69.585	69.944	65.750	66.175
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des harten Kernkapitals	-21.742	-10.216	-19.674	-6.072
Hartes Kernkapital	47.843	59.728	46.076	60.103
Zusätzliches Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	12.071	4.676	14.696
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	-11	-8.816	-57	-10.902
Zusätzliches Kernkapital	4.665	3.255	4.619	3.794
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	52.507	62.983	50.695	63.898
Ergänzungskapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	11.178	5.675	12.412	4.891
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2)	-27	-491	-36	-496
Ergänzungskapital	11.151	5.184	12.376	4.395
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	63.658	68.167	63.072	68.293
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	431.390	432.142	393.969	396.648
Kapitalquoten				
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,1	13,8	11,7	15,2
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,2	14,6	12,9	16,1
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	14,8	15,8	16,0	17,2

Überleitung der konsolidierten Bilanz nach IFRS zur aufsichtsrechtlichen Bilanz (nicht testiert)

in Mio €	31.3.2015			31.12.2014			Referenzen ¹
	Konzernbilanz lt. Konzernabschluss	Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	Aufsichtsrechtliche Konzernbilanz	Konzernbilanz lt. Konzernabschluss	Konsolidierungsentscheidung von Gesellschaften	Aufsichtsrechtliche Konzernbilanz	
Aktiva:							
Barreserve	21.645	- 140	21.504	20.055	- 246	19.809	
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	70.659	- 1.737	68.923	63.518	- 1.358	62.160	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	23.393	0	23.393	17.796	0	17.796	
Forderungen aus Wertpapierleihen	34.515	- 7	34.508	25.834	- 11	25.823	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	212.185	- 6.624	205.561	195.681	- 7.846	187.835	
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	746.084	495	746.579	629.958	421	630.379	
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	125.810	- 14.118	111.691	117.285	- 12.490	104.795	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.084.079	- 20.248	1.063.831	942.924	- 19.915	923.009	
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	72.336	146	72.482	64.297	434	64.731	
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	4.916	- 247	4.669	4.143	- 218	3.925	h
davon: Geschäfts- oder Firmenwert	486	0	486	430	0	430	e
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.548	- 2.860	425.687	405.612	- 3.348	402.264	
Sachanlagen	2.914	- 192	2.722	2.909	- 193	2.716	
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	15.802	- 1.770	14.032	14.951	- 1.817	13.134	e
Sonstige Aktiva	187.558	- 1.383	186.176	137.980	- 1.027	136.953	
davon: Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	1.065	0	1.065	961	0	961	g
Ertragsteuerforderungen ²	9.100	- 67	9.033	8.684	- 131	8.553	f
Summe der Aktiva	1.955.465	- 28.504	1.926.961	1.708.703	- 27.832	1.680.872	
Passiva:							
Einlagen	572.921	5.648	578.569	532.931	4.823	537.754	
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	17.078	0	17.078	10.887	0	10.887	
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.816	- 7	2.809	2.339	- 10	2.329	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	54.231	- 134	54.097	41.843	- 200	41.643	
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	724.120	886	725.006	610.202	603	610.805	
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	41.340	- 2.530	38.810	37.131	- 2.315	34.816	
Investmentverträge	9.654	- 9.654	0	8.523	- 8.523	0	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	829.345	- 11.432	817.913	697.699	- 10.435	687.264	
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.260	- 6.839	32.421	42.931	- 8.780	34.151	
Sonstige Passiva	238.723	- 13.690	225.033	183.823	- 12.628	171.195	
Rückstellungen	8.824	- 85	8.738	6.677	- 81	6.596	
Ertragsteuerverbindlichkeiten ²	3.068	- 499	2.569	2.783	- 483	2.300	
Langfristige Verbindlichkeiten	157.519	- 206	157.314	144.837	772	145.609	
davon: Nachrangige Verbindlichkeiten ³	7.226	0	7.226	6.392	0	6.392	j, k
Hybride Kapitalinstrumente ³	7.979	394	8.373	10.573	516	11.089	j, k
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	
Summe der Verbindlichkeiten	1.877.533	- 26.717	1.850.816	1.635.481	- 26.308	1.609.173	
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	0	3.531	3.531	0	3.531	a
Kapitalrücklage	33.607	- 4	33.603	33.626	- 5	33.621	a
Gewinnrücklagen	29.863	- 1.234	28.629	29.279	- 1.107	28.171	b
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 12	0	- 12	- 8	0	- 8	a
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	a
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	5.989	- 430	5.560	1.923	- 306	1.617	c
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	72.979	- 1.668	71.311	68.351	- 1.419	66.932	
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile	4.665	0	4.665	4.619	0	4.619	i
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	288	- 119	169	253	- 105	148	d
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	77.932	- 1.787	76.145	73.223	- 1.523	71.699	
Summe der Passiva	1.955.465	- 28.504	1.926.961	1.708.703	- 27.832	1.680.872	

¹ Referenzen ordnen die aufsichtsrechtlichen Bilanzpositionen, die zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals angegeben werden, in der Spalte „Referenzen“ in der Tabelle „Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten (nicht testiert)“ ein. Gegebenenfalls werden weitere detaillierte Informationen im jeweiligen Fußnotenreferenz-Abschnitt zur Verfügung gestellt.

² Ertragsteuerforderungen und –verbindlichkeiten umfassen latente und laufende Steuern.

³ Anrechenbare Instrumente für Zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital sind in diesen Bilanzpositionen mit ihren Werten nach IFRS dargestellt.

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten (nicht testiert)

in Mio €	31.3.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen					
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	37.122	37.122	37.144	37.144	a
Davon: Aktien ²	37.122	37.122	37.144	37.144	a
Gewinnrücklagen	28.086	28.086	26.509	26.509	b
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen	5.560	5.817	1.617	1.923	c
Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	0	0	0	
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (3) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im CET 1-Kapital ausläuft	N/A	0	N/A	0	
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	N/A	
Anteile ohne beherrschenden Einfluss (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET 1)	0	102	0	118	d
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden ³	- 1.182	- 1.182	481	481	b
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	69.585	69.944	65.750	66.175	
Hartes Kernkapital: aufsichtsrechtliche Anpassungen					
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag) ⁴	0	0	0	0	
Immaterielle Vermögensgegenstände (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	- 13.900	- 5.560	- 12.979	- 2.596	e
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	- 2.854	- 1.142	- 2.620	- 524	f
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	- 188	- 188	- 181	- 181	
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	- 743	- 304	- 712	- 147	
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte (negativer Betrag)	- 49	- 49	0	0	
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten ⁵	- 494	- 245	- 544	- 210	
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (negativer Betrag)	- 1.065	- 426	- 961	- 192	g
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag) ⁶	- 60	- 24	- 54	- 11	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspeditionen) (negativer Betrag) ⁷	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspeditionen) (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1.250 % zuzuordnen ist, wobei das Institut die Abzugsalternative wählt	0	0	0	0	
Davon:					
Qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Vorleistungen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 % abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	- 9	- 3	- 78	- 16	f
Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	- 2.031	- 690	- 1.199	- 202	
Davon:					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	- 931	- 316	- 499	- 84	h
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	- 1.100	- 374	- 700	- 118	f
Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	0	0	0	0	

in Mio €	31.3.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	N/A	0	N/A	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	N/A	- 1.236	N/A	- 1.648	
Vom Harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CCR-Behandlung erforderlicher Abzüge ⁸	- 348	- 348	- 345	- 345	
Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0	0	0	
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals (CET 1)	- 21.742	- 10.216	- 19.674	- 6.072	
Hartes Kernkapital (CET 1)	47.843	59.728	46.076	60.103	
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente					
Kapitalinstrumente und Emissionsagiotkonto	4.676	4.676	4.676	4.676	i
Davon:					
Gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	4.676	4.676	4.676	4.676	i
Gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	0	0	0	0	
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiotkonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	N/A	7.395	N/A	10.021	j
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	N/A	
Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals, die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	0	0	0	0	
Davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	N/A	0	N/A	0	
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	12.071	4.676	14.696	
Zusätzliches Kernkapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	- 11	- 11	- 57	- 57	i
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁷	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	- 8.805	N/A	- 10.845	
Davon:					
Immaterielle Vermögensgegenstände	N/A	- 8.340	N/A	- 10.383	e
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	N/A	- 228	N/A	- 294	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	- 237	N/A	- 168	
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 475 CRR	N/A	0	N/A	0	
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	N/A	0	N/A	0	

in Mio €	31.3.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	
Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	- 11	- 8.816	- 57	- 10.902	
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	4.665	3.255	4.619	3.794	
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	52.507	62.983	50.695	63.898	
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen					
Kapitalinstrumente und Emissionsagiotkonto ⁹	10.319	4.346	11.505	2.942	k
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (5) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiotkonten, deren Anrechnung im T2-Kapital ausläuft	N/A	247	N/A	721	k
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	N/A	
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente, die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	858	1.082	908	1.228	k
Davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	N/A	0	N/A	0	
Kreditrisikoanpassungen	0	0	0	0	
Ergänzungskapital (T2) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	11.178	5.675	12.412	4.891	
Ergänzungskapital (T2): aufsichtsrechtliche Anpassungen					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	- 27	- 26	- 36	- 34	k
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag) ⁷	0	0	0	0	
Davon:					
Neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	N/A	N/A	N/A	N/A	
Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	N/A	N/A	N/A	N/A	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0	0	0	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregeln gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	- 465	N/A	- 462	
Davon:					
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	N/A	- 228	N/A	- 294	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	- 237	N/A	- 168	
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 475 CRR	N/A	0	N/A	0	
Davon:					
Überkreuzbeteiligungen an Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals	N/A	0	N/A	0	
Direkte Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	0	
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	0	0	0	0	
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2)	- 27	- 491	- 36	- 496	
Ergänzungskapital (T2)	11.151	5.184	12.376	4.395	
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	63.658	68.167	63.072	68.293	

in Mio €	31.3.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	
Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge) ¹⁰	N/A	0	N/A	0	
Davon:					
Nicht vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Nicht von Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Posten, die nicht vom T2 in Abzug gebracht werden (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	0	
Davon:					
Indirekte und synthetische Positionen in eigenen T2-Instrumenten	N/A	0	N/A	0	
Indirekte und synthetische Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	0	
Indirekte und synthetische Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	0	
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	431.390	432.142	393.969	396.648	
Davon:					
Kreditrisiko (einschließlich Abwicklungsrisiko)	259.799	260.552	241.475	244.155	
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	23.470	23.470	21.203	21.203	
Markt- und operationelles Risiko	72.603	72.603	64.209	64.209	
Operationelles Risiko	75.517	75.517	67.082	67.082	
Kapitalquoten und -puffer					
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,1	13,8	11,7	15,2	
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,2	14,6	12,9	16,1	
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	14,8	15,8	16,0	17,2	
Institutspezifische Kapitalpufferanforderung (Mindestanforderungen an die harte Kernkapitalquote gemäß Art. 92 (1) (a) CRR zuzüglich eines Kapitalerhaltungspuffers und eines antizyklischen Kapitalpuffers, zuzüglich eines Systemrisikopuffers, zuzüglich des Puffers für systemrelevante Institute (G-SII- oder O-SII-Puffer), ausgedrückt als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva)	9,0	4,5	9,0	4,0	
Davon:					
Kapitalerhaltungspuffer	2,5	0,0	2,5	0,0	
Antizyklischer Kapitalpuffer ¹¹	N/A	N/A	N/A	N/A	
Systemrisikopuffer	0,0	0,0	0,0	0,0	
Puffer für globale systemrelevante Institute (G-SII) oder Puffer für sonstige systemrelevante Institute (O-SII) ¹²	2,0	0,0	2,0	0,0	
Verfügbares Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva) ¹³	6,2	7,8	6,9	9,2	
Beträge unterhalb der Schwellenwerte für Abzüge (vor Risikogewichtung)					
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt unter der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) ⁷	2.981	2.981	3.148	3.148	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt unter der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	3.289	3.429	2.877	2.956	
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 % abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	3.888	4.053	4.035	4.146	
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen im Ergänzungskapital					
Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0	0	0	0	
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	443	443	454	454	
Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0	0	0	0	
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	1.082	1.082	991	991	

in Mio €	31.3.2015		31.12.2014		Referenzen ¹
	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Vollumsetzung	CRR/CRD 4	
Kapitalinstrumente, für die Auslaufregelungen gelten					
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des CET 1-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	0	N/A	0	
Vom CET 1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	0	N/A	0	
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des AT1-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	8.768	N/A	10.021	
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Überschuss über der Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	0	N/A	446	
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des T2-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	2.363	N/A	2.701	
Vom T2-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Überschuss über der Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	0	N/A	0	

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Referenzen ordnen die aufsichtsrechtlichen Bilanzpositionen, die zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals angegeben werden, in der Spalte „Referenzen“ in der Tabelle „Überleitung der konsolidierten Bilanz nach IFRS zur aufsichtsrechtlichen Bilanz (nicht testiert)“ ein. Gegebenenfalls werden weitere detaillierte Informationen im jeweiligen Fußnotenreferenz-Abschnitt zur Verfügung gestellt.

² Basierend auf der Liste der EBA gemäß Artikel 26 (3) CRR.

³ Berücksichtigt die Entscheidung (EU) (2015/4) der EZB vom 4. Februar 2015 über die Anrechnung von Jahresend- und Zwischengewinnen im Harten Kernkapital.

⁴ Der technische Regulierungsstandard der EBA wurde von der Europäischen Kommission noch nicht verabschiedet und veröffentlicht. Die Deutsche Bank schätzt den Betrag für die zusätzliche Bewertungsanpassung, die sich bei künftiger Anwendung des neuen Standards ergäben, derzeit mit einem Wert zwischen 1,5 und 2,0 Mrd € ab, vor Berücksichtigung von ausgleichenden Effekten aus dem Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust.

⁵ Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten gemäß Artikel 33 (1) (b) CRR sowie Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts gemäß Artikel 33 (1) (c) CRR resultieren.

⁶ Ohne eigene Instrumente, die bereits im bilanziellen Ausweis der Kapitalinstrumente als Abzug berücksichtigt sind.

⁷ Basierend auf unserer gegenwärtigen Interpretation werden keine Abzüge erwartet.

⁸ Prudentielle Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung.

⁹ Amortisationen werden berücksichtigt.

¹⁰ Nicht enthalten sind die risikogewichteten Aktiva von Positionen im Handelsbuch, die der Behandlung während der Übergangsphase unterliegen (d.h. CRR-Restbeträge), da die Kalkulation der risikogewichteten Aktiva auf Portfolioebene erfolgt.

¹¹ Antizyklische Pufferraten sind noch nicht verfügbar.

¹² G-SII-Puffer offiziell von der BaFin im März 2015 gefordert, der auf Basis einer Übergangsregelung ab 2016 eingeführt wird.

¹³ Berechnet als Hartes Kernkapital abzüglich aller Harten Kernkapitalposten, die zur Erfüllung der Harten Kernkapital- und Gesamtkapitalanforderungen verwendet werden.

^a Stammaktien, Kapitalrücklage und Eigene Aktien im Bestand sind aufsichtsrechtlich als Hartes Kernkapital anrechenbar.

^b Die Position Gewinnrücklagen in der aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beinhaltet den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis in Höhe von 544 Mio € (2014: 1.663 Mio €). Diese Komponente ist in der Position Gewinnrücklagen innerhalb dieser Tabelle zur Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals nicht enthalten und wird separat mit der Abgrenzung für Dividenden und AT1-Kupons in Höhe von 1.726 Mio € (2014: 1.182 Mio €) in der Position Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden ausgewiesen.

^c Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf prudentiellen Filtern für unrealisierte Gewinne und Verluste.

^d Phase-out, das heißt das schrittweise Auslaufen von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss, die nach den neuen Regeln nicht mehr anrechenbar sind, mit einem Prozentsatz von 60 % in 2015 (2014: 80 %).

^e Der aufsichtsrechtlich anrechenbare Betrag ist Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 14.032 Mio € (2014: 13.134 Mio €) sowie Geschäfts- oder Firmenwert für nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen in Höhe von 486 Mio € (2014: 430 Mio €), gemäß der aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz, abzüglich Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern für immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 618 Mio € (2014: 585 Mio €). Die Abzüge vom Harten Kernkapital werden mit einem Prozentsatz von 40 % in 2015 (20 % in 2014) stufenweise berücksichtigt. Der verbleibende Betrag wird vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen.

^f Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikel 38 (2) bis (5) CRR (beispielsweise besondere Vorschriften zur Saldierung).

^g Phase-in, das heißt die schrittweise Berücksichtigung von aufsichtsrechtlichen Anpassungen mit einem Prozentsatz von 40 % in 2015 (2014: 20 %).

^h Hua Xia Bank Company Limited ist unsere wesentliche nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung und stellt den Großteil der wesentlichen Beteiligungen an den Harten Kernkapital-Instrumenten von Unternehmen des Finanzsektors, vorbehaltlich der Schwellenwert-Abzüge. Die Abzüge vom Harten Kernkapital werden mit einem Prozentsatz von 40 % stufenweise berücksichtigt. Der verbleibende Betrag wird vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen.

ⁱ Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile sind aufsichtsrechtlich als Zusätzliches Kernkapital anrechenbar.

^j Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikeln 51 bis 61 CRR (beispielsweise die aktuelle Obergrenze für Instrumente des Zusätzlichen Kernkapitals, für die Auslaufregelungen gelten).

^k Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikeln 62 bis 71 CRR (beispielsweise Restlaufzeit-Abschläge, Minderheitenanteile).

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014
	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4
Eigenkapital per Bilanzausweis	72.979	68.351
Dekonsolidierung / Konsolidierung von Gesellschaften	- 1.668	- 1.419
Davon:		
Kapitalrücklage	- 4	- 5
Gewinnrücklage	- 1.234	- 1.107
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung nach Steuern	- 430	- 306
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	71.311	66.932
Anteile ohne beherrschenden Einfluss unter Anwendung der Übergangsregeln	102	118
Abgrenzung für Dividenden und AT1 Kupons	- 1.726	- 1.182
Umkehrereffekt der Dekonsolidierung / Konsolidierung von kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen nach Steuern während der Übergangsphase	258	306
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	69.944	66.175
Prudentielle Filter	- 1.718	- 2.039
Davon:		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	0	0
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte	- 49	0
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen und durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	- 433	- 391
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	- 1.236	- 1.648
Aufsichtsrechtliche Anpassungen	- 8.498	- 4.032
Davon:		
Immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	- 5.560	- 2.596
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	- 1.519	- 657
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	- 304	- 147
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	- 426	- 192
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	- 316	- 84
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	0	0
Sonstiges ¹	- 372	- 356
Hartes Kernkapital	59.728	60.103
Zusätzliches Kernkapital	3.255	3.794
Zusätzliche Kernkapital-Anleihen	4.665	4.619
Gemäß Bilanz	4.665	4.619
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	0	0
Hybride Kapitalinstrumente	7.378	10.002
Gemäß Bilanz	7.979	10.573
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	394	516
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	- 995	- 1.087
Davon:		
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag	0	- 446
Sonstiges	- 995	- 640
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	17	19
Abzüge vom zusätzlichen Kernkapital	- 8.805	- 10.845
Kernkapital	62.983	63.898
Ergänzungskapital	5.184	4.395
Nachrangige Verbindlichkeiten	5.358	4.120
Gemäß Bilanz	7.226	6.392
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	- 1.868	- 2.272
Davon:		
Abschreibungen gemäß Art. 64 CRR	- 1.636	- 2.101
Sonstiges	- 231	- 171
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	291	737
Davon:		
Berücksichtigung des vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommenen Betrags	0	446
Sonstiges	291	291
Abzüge vom Ergänzungskapital	- 465	- 462
Gesamtkapital	68.167	68.293

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Bezieht sich im Wesentlichen auf prudentielle Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die RWA nach Modell und Geschäftsbereich. Sie beinhalten die aggregierten Effekte der segmentellen Reallokation von infrastrukturbezogenen Positionen, soweit anwendbar, sowie Reallokationen zwischen den Segmenten.

Die gezeigten Beträge basieren auf dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis der gültigen Übergangsregelungen.

Die Kategorie "Sonstige" im Kreditrisiko im fortgeschrittenen IRBA enthält RWA aus Verbriefungspositionen im regulatorischen Bankbuch, spezifische Beteiligungspositionen und kreditrisikounabhängige Aktiva. Im Standardansatz entfällt der größte Teil der Kategorie „Sonstige“ auf RWAs aus unseren Pensionsverpflichtungen und der Rest auf RWAs aus Verbriefungen im regulatorischen Bankbuch sowie Positionen, welche weiteren Risikopositionswerten zugeordnet werden, ausgenommen von Zentralstaaten, Zentralbanken, Instituten, Unternehmen und dem Mengengeschäft.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich

31.3.2015

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	95.088	71.347	46.053	8.061	18.861	21.132	260.542
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	- 2.395	520	3.693	325	73	- 2.217	0
Fortgeschrittener IRBA	88.861	60.536	35.621	4.510	12.847	14.705	217.081
Zentralstaaten und Zentralbanken	4.451	49	941	0	84	205	5.730
Institute	9.741	1.541	3.318	103	642	173	15.517
Unternehmen	63.672	10.294	31.022	3.220	4.561	1.737	114.506
Mengengeschäft	123	37.843	24	133	736	0	38.860
Sonstige	10.874	10.809	317	1.054	6.825	12.591	42.469
IRB-Basis-Ansatz	2.360	3.140	168	0	1	0	5.669
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	37	0	0	0	0	37
Unternehmen	2.360	3.103	168	0	1	0	5.631
Standardansatz	4.964	7.063	6.570	3.226	5.938	8.643	36.404
Zentralstaaten oder Zentralbanken	4	62	24	3	0	0	93
Institute	717	81	29	5	3	35	870
Unternehmen	2.823	1.697	4.856	1.186	1.053	753	12.367
Mengengeschäft	7	4.170	497	38	712	17	5.442
Sonstige	1.413	1.053	1.163	1.995	4.169	7.839	17.632
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.297	87	1	0	2	0	1.388
Abwicklungsrisiko	9	0	0	0	0	1	10
Kreditrisikobezogene							
Bewertungsanpassung (CVA)	16.988	757	9	887	4.359	470	23.470
Interner Modell-Ansatz (IMA)	16.973	722	9	878	4.359	0	22.941
Standardansatz	15	35	0	9	0	470	529
Marktrisiko	50.257	45	196	2.552	19.554	0	72.603
Interner Modell-Ansatz (IMA)	35.996	0	196	1.326	9.348	0	46.866
Standardansatz	14.261	45	0	1.226	10.205	0	25.737
Operationelles Risiko¹	51.271	4.842	5.385	10.463	3.557	0	75.517
Fortgeschrittener Messansatz	51.271	4.842	5.385	10.463	3.557	0	75.517
Insgesamt	213.613	76.990	51.643	21.963	46.331	21.603	432.142

¹ Die geschäftsbereichsbezogenen Veränderungen auf Quartalsbasis wurden durch eine Änderung der Allokationsmethode hervorgerufen.

	31.12.2014						
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	83.548	69.584	41.740	7.310	19.280	22.666	244.128
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	- 2.200	520	3.327	330	94	- 2.071	0
Fortgeschrittener IRBA	77.263	58.786	31.763	3.910	13.062	14.638	199.422
Zentralstaaten und Zentralbanken	3.948	124	1.020	0	74	218	5.385
Institute	8.359	1.538	3.103	73	623	171	13.869
Unternehmen	55.678	9.938	26.916	2.740	5.062	1.199	101.533
Mengengeschäft	121	37.852	30	91	773	0	38.867
Sonstige	9.157	9.334	694	1.006	6.529	13.049	39.769
IRB-Basis-Ansatz	2.079	3.303	107	0	1	0	5.491
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	2.079	3.303	107	0	1	0	5.490
Standardansatz	4.804	6.884	6.542	3.070	6.122	10.099	37.522
Zentralstaaten oder Zentralbanken	21	63	27	3	0	0	114
Institute	593	124	51	4	3	35	810
Unternehmen	2.841	1.401	4.747	1.111	1.075	584	11.759
Mengengeschäft	7	4.064	422	45	1.141	18	5.697
Sonstige	1.341	1.232	1.296	1.908	3.903	9.462	19.142
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.601	90	1	0	1	0	1.693
Abwicklungsrisiko	25	0	0	0	0	1	27
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	16.024	445	7	445	4.019	262	21.203
Interner Modell-Ansatz (IMA)	15.953	417	7	443	3.953	1	20.774
Standardansatz	71	28	0	2	66	261	428
Marktrisiko	44.469	92	199	2.483	16.967	0	64.209
Interner Modell-Ansatz (IMA)	31.439	0	199	1.339	8.625	0	41.602
Standardansatz	13.029	92	0	1.144	8.342	0	22.607
Operationelles Risiko	31.512	9.605	1.321	6.368	18.275	0	67.082
Fortgeschrittener Messansatz	31.512	9.605	1.321	6.368	18.275	0	67.082
Insgesamt	175.578	79.725	43.268	16.607	58.541	22.929	396.648

Die Entwicklung der RWA war in den ersten drei Monaten 2015 im Wesentlichen beeinflusst durch die Veränderung der Fremdwährungsbewegungen. Der Anstieg im operationellen Risiko resultiert aus externen Verlusten welche Einfluss in die Berechnungsmodelle fanden. Die erhöhten RWA im Kredit- und Marktrisiko resultieren hauptsächlich aus gesteigener Geschäftsaktivität und Methodenänderungen in der Marktrisikoberechnung.

Die nachfolgenden Tabellen stellen eine Analyse der wesentlichen Einflussgrößen auf die RWA-Berechnungen für das Kredit-, Markt-, operationelle Risiko und kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung in der Berichtsperiode dar.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko

in Mio €	Jan. – Mär. 2015 CRR/CRD 4		Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4	
	Kontrahenten- bezogenes Kreditrisiko	Davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte	Kontrahenten- bezogenes Kreditrisiko	Davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenanfang	244.128	41.117	202.186	29.454¹
Portfoliogröße	4.730	3.243	-5.024	-5.327
Portfolioqualität	(993)	427	-2.348	1.841
Modellanpassungen	115	0	11.676	11.676
Methoden und Grundsätze	0	0	24.110	297
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	-3.198	-62
Fremdwährungsbewegungen	13.720	3.619	11.752	3.237
Sonstige	(1.159)	0	4.974	0
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenende	260.542	48.405	244.128	41.117

¹ Der RWA-Bestand am Jahresende 2013 basiert auf Basel 2.5.

Die Klassifizierung der Kategorien für die Entwicklung der RWA für das Kreditrisiko ist mit den Anforderungen aus der „Enhanced Disclosure Task Force“ (EDTF) vollständig abgestimmt. Die Kategorie „Portfolioqualität“ zeigt hauptsächlich Effekte aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufungen, der Verlustquoten bei Ausfall, der regelmäßigen Parameter-Rekalibrierungen sowie zusätzlichen Anwendungen von Sicherheitenvereinbarungen. Die Kategorie „Portfoliogröße“ beinhaltet organische Veränderungen im Umfang wie auch in der Zusammensetzung der Portfolios. Die Kategorie „Modellanpassungen“ zeigt vornehmlich den Einfluss von Modellverbesserungen und der zusätzlichen Anwendung fortgeschrittener Modelle. RWA-Veränderungen aufgrund externer, aufsichtsrechtlich bestimmter Veränderungen, wie zum Beispiel der Anwendung neuer Regelwerke, wird in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ berücksichtigt. Die Kategorie „Akquisitionen und Verkäufe“ beinhaltet signifikante Veränderungen der Portfoliozusammensetzung, welche durch neue Geschäftsaktivitäten oder Veräußerungen von bestehenden Geschäften gekennzeichnet sind. Die Kategorie „Sonstige“ enthält alle weiteren Änderungen, welche nicht den zuvor genannten Positionen zugeordnet werden können.

Der RWA-Anstieg für das kontrahentenbezogene Kreditrisiko um 16,4 Mrd € (6,7 %) seit dem 31. Dezember 2014 ergibt sich im Wesentlichen aus den Fremdwährungsbewegungen, insbesondere der Stärkung des USDollarurses. Der Anstieg in der Kategorie „Portfoliogröße“ reflektiert hauptsächlich die Ausweitung unserer Geschäftsaktivitäten im Kerngeschäft aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften (Securities Financing Transactions) und wird teilweise durch unsere Aktivitäten zum Risikoabbau in unserem NCOU-Bereich kompensiert. Der Rückgang in der Kategorie „Portfolioqualität“ zeigt hauptsächlich eine Verbesserung der Verlustquoten bei Ausfall als auch eine Rekalibrierung der Kreditkonversationsfaktoren. Der Rückgang in der Kategorie „Sonstige“ reflektiert vornehmlich den Effekt aus Veränderungen der Behandlung von unserem leistungsorientierten Pensionsfondsvermögen im Zusammenhang mit den Übergangsregelungen.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)

in Mio €	Jan. – Mär. 2015 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für CVA am Periodenanfang	21.203	0¹
Veränderungen des Risikovolumentens	1.444	2.017
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	- 1.300	- 1.914
Modellverbesserungen	0	7.400
Methoden und Grundsätze	- 277	12.330
Akquisitionen und Verkäufe	0	0
Fremdwährungsbewegungen	2.400	1.370
RWA-Bestand für CVA am Periodenende	23.470	21.203

¹ Der Startwert für die RWA der Vergleichsperiode ist 0 €, da die Berechnung der kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen eine neue Anforderung aus dem CRR/CRD 4-Rahmenwerks ist, welches erst zum 1. Januar 2014 eingeführt wurde.

Auf Basis des CRR/CRD 4 aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks berechnen wir RWA für die CVA welche die Kreditqualität unserer Kontrahenten berücksichtigt. Die RWA für die CVA bilden das Risiko von Marktwertverlusten auf das erwartete Gegenparteiisiko für alle OTC-Derivate ab. Wir berechnen den überwiegenden Teil der CVA auf Basis unseres eigenen internen Modells, das von der BaFin genehmigt wurde. Zum 31. März 2015 beliefen sich die RWA für die CVA auf 23,5 Mrd €. Damit erhöhte sich der Betrag um 2,3 Mrd € oder 10,7 % gegenüber 21,2 Mrd € zum 31. Dezember 2014. Dieser Anstieg war sowohl auf Veränderungen des Portfolios im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit im Laufe des Quartals, als auch die Entwicklung der Fremdwährungsbewegungen zurückzuführen.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko

in Mio €	Jan. – Mär. 2015 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	64.209	47.259¹
Risikovolumentens	2.301	- 10.161
Marktdaten und Rekalibrierungen	494	- 730
Modellverbesserungen	303	5.101
Methoden und Grundsätze	3.163	20.089
Akquisitionen und Verkäufe	0	- 81
Fremdwährungsbewegungen	2.133	2.732
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	72.603	64.209

¹ Der RWA-Bestand am Jahresende 2013 basiert auf Basel 2.5.

Die Analyse für das Marktrisiko umfasst Bewegungen in unseren internen Modellen für den Value-at-Risk, den Stress-Value-at-Risk, den inkrementellen Risikoaufschlag, den umfassenden Risikoansatz sowie Ergebnisse vom Marktrisiko-Standardansatz, zum Beispiel für Handelsbuchverbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate oder Handelspositionen der Postbank. Die Marktrisiko-RWA-Bewegungen, die sich durch Veränderungen in Marktdaten, Volatilitäten, Korrelationen, Liquidität und Bonitätseinstufungen ergeben, sind in der Kategorie Marktdaten und Rekalibrierungen enthalten. Veränderungen in unseren internen Modellen für Marktrisiko-RWA, wie Methodenverbesserungen oder Erweiterung des Umfangs der erfassten Risiken, werden in die Kategorie Modellverbesserungen einbezogen. In der Kategorie Methoden und Grundsätze werden aufsichtsrechtlich vorgegebene Anpassungen unserer RWA-Modelle oder -Berechnungen berücksichtigt. Signifikante neue Geschäftstätigkeiten und Verkäufe würden in der Zeile Akquisitionen und Verkäufe einbezogen.

Der RWA-Anstieg für Marktrisiken um 8,4 Mrd € (13 %) seit dem 31. Dezember 2014 ergab sich im Wesentlichen aus Anstiegen in den Kategorien „Risikovolumentens“, „Methoden und Grundsätze“ sowie „Fremdwährungsbewegungen“. Die Erhöhung in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ resultiert hauptsächlich aus dem „Marktrisiko-Standardansatz“ aufgrund des Auslaufens des Übergangszeitraums, welcher in Artikel 337 (4) CRR garantiert war. Im Ergebnis basiert die nun geltende Berechnung auf der Summe der gewichteten Netto-Long-Positionen sowie der Summe der gewichteten Netto-Short-Positionen anstatt auf der größeren der beiden Summen. Des Weiteren ergibt sich eine Zunahme in der Kategorie Fremdwährungsbewegungen, welche auf den Marktrisiko-Standardansatz zurückzuführen ist. Darüber hinaus ist ein Anstieg im Risikovolumentens von 2,3 Mrd € zu beobachten, welcher hauptsächlich auf dem inkrementellen Risikoaufschlag zurückzuführen ist in Folge eines erhöhten Exposures gegenüber staatlichen Institutionen.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko

in Mio €	Jan. – Mär. 2015 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2014 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenanfang	67.082	50.891¹
Veränderungen des Verlustprofils (intern und extern)	9.255	9.345
Veränderung der erwarteten Verluste	(1.008)	37
Zukunftsgerichtete Risikokomponente	(536)	- 734
Modellverbesserungen	724	7.652
Methoden und Grundsätze	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	- 109
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenende	75.517	67.082

¹ Der RWA-Bestand am Jahresende 2013 basiert auf Basel 2.5.

Der Anstieg der risikogewichteten Aktiva um insgesamt 8,4 Mrd € resultierte vorrangig aus großen externen operationellen Risikoereignissen wie aufsichtlich bedingte Vergleichszahlungen von Finanzinstituten, die in unserem AMA Modell berücksichtigt werden. Dies zeigt sich in der Kategorie „Veränderung des Verlustprofils“ mit 9,3 Mrd €. Als Folge der proaktiven Berücksichtigung von Modelländerungen reagiert das AMA Modell hinsichtlich der Entwicklung erwarteter Verluste risikosensitiver, was zu einem höheren erwarteten Verlustabzug führt. Im ersten Quartal 2015 erlaubte uns die gemeinschaftliche Aufsicht die Nutzung eines erweiterten divisionalen Allokationsschlüssel, der eine RWA Zunahme in Höhe von 0,7 Mrd € zur Folge hat.

Weitere in den Modellverbesserungen enthaltene Auswirkungen auf die übrigen RWA-Komponenten des operationellen Risikos werden sich voraussichtlich im Anschluss an die erwartete BaFin-Genehmigung und Umsetzung der Modelländerungen einstellen.

Bilanzmanagement

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4 Rahmenwerks am 27. Juni 2013 haben wir die Berechnung unserer Verschuldungsquote an dieses Rahmenwerk angepasst. Unsere Berechnung des Risikomaßes der Verschuldungsquote berücksichtigt den am 10. Oktober 2014 von der Europäische Kommission verabschiedeten und am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten delegierten Rechtsakt.

Verschuldungsquote gemäß dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht-risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen.

Um die Offenlegung der Verschuldungsquote und deren Komponenten mit den Anforderungen basierend auf dem Basel Komitee Rahmenwerk und Offenlegungspflichten für die Basel 3 Verschuldungsquote in Einklang zu bringen, hat die European Banking Authority (EBA) gemäß Artikel 451 (2) CRR das Mandat erhalten, Entwürfe technischer Durchführungsstandards (ITS) zu entwickeln. Die vor diesem Hintergrund am 5. Juni 2014 veröffentlichten ITS-Entwürfe enthalten einheitliche Vorlagen zur Offenlegung der Verschuldungsquote und deren Komponenten. Wie zuvor beschrieben wurde durch die Europäische Kommission ein delegierter Rechtsakt verabschiedet und wir erwarten, dass die ITS-Entwürfe zur Offenlegung der Verschuldungsquote entsprechend verändert werden. Da finale ITS-Entwürfe nach wie vor nicht veröffentlicht wurden, haben wir zwischenzeitlich die Vorlagen entsprechend dem delegierten Rechtsakt angepasst.

Die folgenden Tabellen zeigen die Risikomaße der Verschuldungsquote auf Basis der gültigen CRR/CRD 4 Regeln:

Überleitung der Bilanzsumme nach IFRS zum Risikomaß der Verschuldungsquote

in Mrd €	31.3.2015	31.12.2014
Bilanzsumme gemäß dem veröffentlichten Konzernabschluss	1.955	1.709
Anpassungen für Unternehmen, die für Zwecke der Rechnungslegung konsolidiert werden, aber nicht in den Anwendungsbereich der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung fallen	- 29	- 28
Anpassungen bei derivativen Finanzinstrumenten	- 383	- 276
Anpassungen bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften	20	16
Anpassungen bei außerbilanziellen Positionen (z.B. Umrechnung der Kreditäquivalenzbeträge von außerbilanzielle Risikopositionen)	134	127
Andere Anpassungen	- 149	- 103
Risikomaß der Verschuldungsquote	1.549	1.445

Veröffentlichung der Schuldenquote

in Mrd € (soweit nicht anders angegeben)	31.3.2015	31.12.2014
Risikomaß aus Derivativen:		
Wiederbeschaffungswert im Zusammenhang mit Derivatetransaktionen nach Aufrechnung von in bar erhaltenen variablen Nachschusszahlungen	83	72
Aufschlag auf Wiederbeschaffungswerte im Zusammenhang mit Derivatetransaktionen	227	221
Nominalwert geschriebener Kreditderivate	58	65
Summe Risikomaß aus Derivativen	368	358
Risikomaß aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften:		
Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (brutto)	166	138
Aufschlag auf Wertpapierfinanzierungsgeschäfte für Kontrahentenrisiko	14	14
Summe Risikomaß aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften	180	152
Risikomaß aus außerbilanziellen Positionen:		
Mit 10 % Gewichtungsfaktor	4	4
Mit 20 % Gewichtungsfaktor	13	10
Mit 50 % Gewichtungsfaktor	71	69
Mit 100 % Gewichtungsfaktor	46	44
Summe Risikomaß aus außerbilanziellen Positionen	134	127
Sonstige Aktiva	888	827
Aktiva die bei der Bestimmung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung abgezogen werden	- 21	- 19
Kapital und Summe Risikomaß:		
Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung	52,5	50,7
Summe Risikomaß	1.549	1.445
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf das CRR/CRD 4 Kernkapital (Vollumsetzung) (in %)	3,4	3,5

Aufriss der Risikomaße der Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mrd €	31.3.2015	31.12.2014
Bilanzielles Risikomaß (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)	888	827
Davon:		
Risikomaß des Handelsbuchs	283	245
Risikomaß des Anlagebuchs	606	582
Davon:		
Gedekte Schuldverschreibungen	5	5
Staaten	161	147
Risikomaß gegenüber Regionalregierungen, multilaterale Entwicklungsbanken, internationale Organisationen und Unternehmen öffentlichen Rechts, die nicht bereits in der Kategorie unter Staaten berücksichtigt wurden	3	2
Institute	22	19
Durch Immobilien besichert	161	159
Mengengeschäft	36	35
Unternehmen	189	170
Ausgefallene Positionen	10	11
Sonstige (z.B. Beteiligungspositionen, Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva) nach Aufrechnung von in Bar gezahlten variablen Nachschusszahlungen	19	33

Zum 31. März 2015 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote 3,4 % verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2014 unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 52,5 Mrd € im Verhältnis zum anzuwendenden Risikomaß in Höhe von 1.549 Mrd € (50,7 Mrd € sowie 1.445 Mrd € per 31. Dezember 2014).

In den ersten drei Monaten des Jahres stieg unser Risikomaß der Verschuldungsquote um 104 Mrd € unter Berücksichtigung von Währungseffekten in Höhe von 101 Mrd €. Der Anstieg um 3 Mrd € ohne den bereits erwähnten Währungseffekt beinhaltet hauptsächlich Erhöhungen bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften, der Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten sowie Forderungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von insgesamt 31 Mrd €. Demgegenüber standen der Risikoabbau bei unserer NCOU (15 Mrd €) und Reduzierungen bei den Derivaten, außerbilanziellen Positionen und übrigen Aktiva (13 Mrd €).

Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 25 zum 31. März 2015 (23 zum 31. Dezember 2014).

Für die zentralen Treiber der Kernkapitalentwicklung verweisen wir auf den Abschnitt Liquiditäts- und Kapitalmanagement dieses Berichts.

Gesamtrisikoposition

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf, berechnet für das Kredit-, Markt-, operationelle und Geschäftsrisiko, für die angegebenen Stichtage. Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht.

Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf nach Risikoklasse

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2015	31.12.2014	Veränderung 2015 gegenüber 2014	
			in Mio €	in %
Kreditrisiko	14.067	12.885	1.182	9
Marktrisiko	17.287	14.852	2.435	16
Marktrisiko aus Handelspositionen	5.176	4.955	221	4
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	12.111	9.898	2.213	22
Operationelles Risiko	8.464	7.598	866	11
Geschäftsrisiko	3.113	3.084	29	1
Diversifikationseffekte über die Risikoarten ¹	-7.740	-6.554	-1.186	18
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	35.192	31.866	3.326	10

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko Komponente)

Zum 31. März 2015 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 35,2 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 3,3 Mrd € oder 10 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 31,9 Mrd €.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko erhöhte sich zum 31. März 2015 auf 14,1 Mrd €, 1,2 Mrd € oder 9 % höher im Vergleich zum Jahresende 2014. Der Anstieg resultierte hauptsächlich durch höhere Positionswerte in den Unternehmensbereichen CB&S und einem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für das Transferrisiko.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelspositionen erhöhte sich zum 31. März 2015 auf 5,2 Mrd € im Vergleich zu 5,0 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg resultiert aus einem höheren Kapitalbedarf für das handelsbezogene Ausfallrisiko. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen erhöhte sich um 2,2 Mrd € oder 22 %, resultierend aus Modellverbesserungen für das Risiko aus aktienbasierten Vergütungen, dem Anstieg des Risikos aus strukturellen Währungsrisiken hauptsächlich resultierend aus dem gestiegenen USD/EUR Kurs und einem Anstieg der Investitionsrisiken.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken betrug 8,5 Mrd € zum 31. März 2015, was einen Anstieg von 866 Mio € oder 11 % gegenüber 7,6 Mrd € Ökonomischem Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2014 entspricht. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus dem erhöhten Verlustprofil in Bezug auf das operationelle Risiko der kompletten Branche insgesamt.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko besteht aus einer strategischen Risikokomponente, die implizit auch Komponenten von Nicht-Standard-Risiken wie das Refinanzierungs- und das Reputationsrisiko beinhaltet, sowie einer Steuerrisikokomponente. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko stieg leicht um 29 Mio € auf 3,1 Mrd € zum 31. März 2015 an. Der Anstieg reflektierte einen leicht höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für die Steuerrisikokomponente.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs zwischen den einzelnen Risiken über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko hinweg stieg zum 31. März 2015 um 1,2 Mrd € oder 18 %. Dieser Anstieg reflektiert hauptsächlich den erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf vor Diversifikation und eine Methodenanpassung beim Diversifikationsmodell im ersten Quartal 2015.

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Die Definition des Kapitalangebots ist an die Vorschriften des CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerks angepasst.

Interne Kapitaladäquanz

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2015	31.12.2014
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	72.979	68.351
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments, in Bezug auf eigenes Kreditrisiko ¹	- 494	- 544
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds ²	- 1.065	- 961
Aktive latente Steuern	- 7.278	- 6.865
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für umklassifizierte Finanzinstrumente ³	0	0
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ⁴	0	0
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	12.871	16.158
Tier-2-Kapitalinstrumente	7.466	6.620
Kapitalangebot	84.479	82.759
Kapitalanforderung		
Ökonomischer Kapitalbedarf	35.192	31.866
Immaterielle Vermögensgegenstände	15.802	14.951
Kapitalanforderung	50.993	46.817
Interne Kapitaladäquanzquote in %	166	177

¹ Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

² Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzgl. Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.

³ Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.

⁴ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass unser gesamtes Kapitalangebot ausreicht, die über die Risikopositionen ermittelte Kapitalanforderung abzudecken. Diese Quote betrug 166 % zum 31. März 2015 im Vergleich zu 177 % zum 31. Dezember 2014. Die Änderung der Quote resultierte aus dem erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf. Die Erhöhung des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 4,6 Mrd € resultierte hauptsächlich aus einem Anstieg der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aufgrund von Wechselkursveränderungen. Der Rückgang der Hybriden Tier-1-Instrumente um minus 3,3 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus gekündigten Kapitalinstrumenten. Der Anstieg der Tier-2-Kapitalinstrumente um 846 Mio. € reflektiert vornehmlich die Neuemission von Kapitalinstrumenten. Der Anstieg der Kapitalanforderung resultiert hauptsächlich den höheren Ökonomischen Kapitalbedarf, der im Abschnitt „Gesamtrisikoposition“ näher erläutert ist und einem Anstieg der Immaterielle Vermögenswerte um 851 Mio. €.

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement.

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Kapitalflussrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. März 2015, die Bestandteile des Quartalsfinanzberichts nach § 37x Abs. 3 WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) verlautbart worden sind, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frankfurt am Main, den 25. April 2015

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Beier
Wirtschaftsprüfer

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
Zinsen und ähnliche Erträge	6.457	6.246
Zinsaufwendungen	2.247	2.871
Zinsüberschuss	4.210	3.375
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	218	246
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.992	3.129
Provisionsüberschuss	2.914	3.038
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	2.495	1.616
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	185	73
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	201	154
Sonstige Erträge	370	136
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	6.166	5.018
Personalaufwand	3.433	3.349
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	5.069	3.010
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	153	52
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0
Restrukturierungsaufwand	23	56
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	8.678	6.466
Ergebnis vor Steuern	1.479	1.680
Ertragsteueraufwand	920	577
Gewinn nach Steuern	559	1.103
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	16	20
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	544	1.083

Ergebnis je Aktie

	Jan. – Mär.	
	2015	2014
Ergebnis je Aktie:¹		
Unverwässert	0,39 €	1,01 €
Verwässert	0,38 €	0,98 €
Anzahl der Aktien in Millionen:¹		
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	1.384,7	1.073,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert)	1.417,4	1.104,3

¹ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor Juni 2014 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung (nicht testiert)

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn, nach Steuern	559	1.103
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung		
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden		
Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	– 188	28
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	229	87
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können		
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	703	313
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	– 177	– 59
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	– 4	– 14
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	5	7
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	0	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	0	1
Anpassungen aus der Währungsumrechnung		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	3.642	– 128
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	0	– 3
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen		
Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	4	3
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	– 79	– 77
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	4.135	158
Gesamtergebnis, nach Steuern	4.695	1.262
Zurechenbar:		
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	44	21
Den Deutsche Bank-Aktionären	4.651	1.241

Konzernbilanz (nicht testiert)

Aktiva

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014
Barreserve	21.645	20.055
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	70.659	63.518
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	23.393	17.796
Forderungen aus Wertpapierleihen	34.515	25.834
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	212.185	195.681
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	746.084	629.958
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	125.810	117.285
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.084.079	942.924
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	72.336	64.297
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	4.916	4.143
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.548	405.612
Sachanlagen	2.914	2.909
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	15.802	14.951
Sonstige Aktiva	187.558	137.980
Ertragsteuerforderungen ¹	9.100	8.684
Summe der Aktiva	1.955.465	1.708.703

Passiva

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014
Einlagen	572.921	532.931
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	17.078	10.887
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.816	2.339
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva	54.231	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	724.120	610.202
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	41.340	37.131
Investmentverträge	9.654	8.523
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	829.345	697.699
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.260	42.931
Sonstige Passiva	238.723	183.823
Rückstellungen ²	8.824	6.677
Ertragsteuerverbindlichkeiten ¹	3.068	2.783
Langfristige Verbindlichkeiten	157.519	144.837
Hybride Kapitalinstrumente	7.979	10.573
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Summe der Verbindlichkeiten	1.877.533	1.635.481
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	3.531
Kapitalrücklage	33.607	33.626
Gewinnrücklagen	29.863	29.279
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	-12	-8
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ³	5.989	1.923
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	72.979	68.351
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ⁴	4.665	4.619
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	288	253
Eigenkapital insgesamt	77.932	73.223
Summe der Passiva	1.955.465	1.708.703

¹ Ertragsteuerforderungen und -verbindlichkeiten umfassen latente und laufende Steuern.

² Beinhalten Rückstellungen für operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten von 5,3 Mrd € zum 31. März 2015 und von 3,6 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

³ Ohne Neubewertungseffekte in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

⁴ Beinhalten Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapitalrücklage	Gewinn- rücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziel- len Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ¹
Bestand zum 31. Dezember 2013	2.610	26.204	28.376	- 13	0	303
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	1.083	0	0	178
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	0	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	115	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 189	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungs- plänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	394	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktien- basierten Vergütungsplänen	0	- 18	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 47	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 3.542	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	3.153	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	- 3	0	0	0	0
Sonstige	0	46	0	0	0	0
Bestand zum 31. März 2014	2.610	25.993	29.574	- 9	0	481
Bestand zum 31. Dezember 2014	3.531	33.626	29.279	- 8	0	1.675
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	544	0	0	412
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	0	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	41	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 36	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungs- plänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	234	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktien- basierten Vergütungsplänen	0	22	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 34	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 2.641	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	2.403	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	1	0	0	0	0
Sonstige	0	28	0	0	0	0
Bestand zum 31. März 2015	3.531	33.607	29.863	- 12	0	2.086

¹ Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

² Ohne Neubewertungsgewinne/-verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern	Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ²	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ³	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital insgesamt
- 101	2	- 2.713	53	- 2.457	54.719	0	247	54.966
- 5	1	- 134	3	43	1.126	0	21	1.147
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	115	0	0	115
0	0	0	0	0	- 189	0	0	- 189
0	0	0	0	0	394	0	0	394
0	0	0	0	0	- 18	0	0	- 18
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 47	0	0	- 47
0	0	0	0	0	- 3.542	0	0	- 3.542
0	0	0	0	0	3.153	0	0	3.153
0	0	0	0	0	- 3	0	0	- 3
0	0	0	0	0	46	0	- 5	42
- 107	3	- 2.847	56	- 2.415	55.753	0	264	56.017
79	0	151	18	1.923	68.351	4.619	253	73.223
0	0	3.650	4	4.066	4.610	0	44	4.654
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	41	0	0	41
0	0	0	0	0	- 36	0	0	- 36
0	0	0	0	0	234	0	0	234
0	0	0	0	0	22	0	0	22
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 34	0	0	- 34
0	0	0	0	0	- 2.641	0	0	- 2.641
0	0	0	0	0	2.403	0	0	2.403
0	0	0	0	0	1	0	0	1
0	0	0	0	0	28	46 ⁴	- 9	65
79	0	3.802	22	5.989	72.979	4.665	288	77.932

³ Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

⁴ Beinhaltet die Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
Gewinn nach Steuern	559	1.103
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	218	246
Restrukturierungsaufwand	23	56
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-209	-101
Latente Ertragsteuern, netto	506	332
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	124	708
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-199	-154
Gewinn nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	1.022	2.190
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	7.234	-4.459
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	-12.369	-4.856
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-4.673	4.640
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-16.155	-3.769
Sonstige Aktiva	-45.208	-61.961
Einlagen	33.399	-11.516
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge ¹	4.085	5.169
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	5.891	508
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	-4.649	-4.701
Sonstige Passiva	48.515	54.158
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ²	11.657	1.077
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	-1.563	20.972
Sonstige, per Saldo	-8.178	-1.280
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	19.008	3.828
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	3.280	3.331
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.643	3.168
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	6	4
Verkauf von Sachanlagen	2	4
Erwerb von:		
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-9.100	-9.157
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-45	-42
Sachanlagen	-97	-112
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	0	333
Sonstige, per Saldo	-277	-163
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	-4.588	-2.634
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	1.460	4
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	-855	-1.364
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	393	48
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	-4.040	-1.582
Begebene Stammaktien	0	0
Kauf Eigener Aktien	-2.641	-3.542
Verkauf Eigener Aktien	2.405	3.139
Nettoerlöse aus Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen ³	46	0
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-9	16
Gezahlte Bardividende	0	0
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-3.241	-3.281
Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.561	110
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	13.740	-9.633
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.960	56.041
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	65.699	46.407
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	222	12
Gezahlte Zinsen	2.457	3.403
Erhaltene Zinsen und Dividenden	6.406	6.496
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserve	21.645	16.433
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 26.605 Mio € per 31. März 2015 und von 43.719 Mio € per 31. März 2014)	44.055	29.973
Insgesamt	65.700	46.406

¹ Einschließlich Emissionen von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 2.560 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 2.923 Mio € bis zum 31. März 2015 (bis 31. März 2014: 2.620 Mio € und 2.809 Mio €).

² Einschließlich Emissionen in Höhe von 25.269 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 10.894 Mio € bis zum 31. März 2015 (bis 31. März 2014: 18.399 Mio € und 10.525 Mio €).

³ Beinhaltet die Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften (zusammen der „Konzern“) und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Einige im Lagebericht enthaltene IFRS-Anhangangaben sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzernzwischenabschlusses. Diese sind die Segmentergebnisse in den Angaben zur Segmentberichterstattung, die im „Überblick zur Finanz- und Ertragslage: Segmentüberblick“ des Lageberichts dargestellt sind. Die Darstellung dieser Informationen erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 34 und IFRS 8 „Operating Segments“.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn- und Verlustrechnung, zur Bilanz und zu Sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2014 gelesen werden, der mit Ausnahme der in der Anhangangabe „Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden“ dargelegten erstmals angewandten Rechnungslegungsvorschriften nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen und wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen aufgestellt wurde.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen.

Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres gewertet werden.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses zur Anwendung kamen.

Änderungen der IFRS 2010–2012 und 2011–2013 („Improvements to IFRS 2010–2012 and IFRS 2011–2013 Cycles“)

Zum 1. Januar 2015 setzte der Konzern mehrere Änderungen bestehender IFRS um. Diese resultierten aus den IASB Annual-Improvement-Projekten „Improvements to IFRS 2010–2012 and IFRS 2011–2013 Cycles“. Sie umfassen Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

IFRS 9, „Classification and Measurement“, „Impairment“ und „Hedge Accounting“

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9“). Der Standard ersetzt IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ („IAS 39“). IFRS 9 führt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten für Unternehmen ein, erfordert Änderungen der Bilanzierung der Effekte aus der Veränderungen des eigenen Kreditrisikos für aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen, ersetzt die derzeitigen Regelungen zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten und ändert die Bilanzierungsvorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen.

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und –verpflichtungen

IFRS 9 verlangt, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens und die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts die Klassifizierung und dessen Bewertung bestimmen. Zum erstmaligen Ansatz wird der jeweilige finanzielle Vermögenswert entweder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung“, als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen“, klassifiziert. Da die Anforderungen an die Klassifizierung von den bestehenden Beurteilungen unter IAS 39 abweichen sind einige Unterschiede zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten unter IAS 39 zu erwarten.

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen unter IFRS 9 bleibt weitgehend unverändert zu den derzeitigen Regelungen. Allerdings werden die aus dem eigenen Kreditrisiko resultierende Zeitwertveränderungen von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten ausgegebenen Schuldverschreibungen unter IFRS 9 in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Die Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 werden auf zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertete Vermögenswerte und auf außerbilanzielle Kreditzusagen wie Kreditzusagen und Finanzgarantien, angewandt. Das Wertminderungsmodell ändert sich von einem Modell, bei dem Kreditausfälle bei Eintritt eines auslösenden Ereignis erfasst werden, hin zu einem Modell, bei dem Rückstellungen für Kreditausfälle bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts (oder dem Zeitpunkt an dem der Konzern Vertragspartner der Kreditzusage oder der Finanzgarantie wird) auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potentieller Kreditausfälle erfasst werden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei Erstansatz basiert auf den erwarteten Kreditausfällen für die ersten 12 Monate. Zu jedem Quartalsabschluss muss der Konzern anschließend beurteilen, ob sich das Kreditrisiko des Vermögenswerts signifikant erhöht hat. In diesem Fall muss die Risikovorsorge die über die Laufzeit zu erwartenden gesamten Kreditausfälle des finanziellen Vermögenswerts (üblicherweise als 'lifetime expected losses' bezeichnet) widerspiegeln. Als Folge der Regelungsänderungen zur Wertminderung kommt es unter IFRS 9 zu einer erhöhten Subjektivität, da die Risikovorsorge auf zukunftsorientierten und wahrscheinlichkeitsgewichteten Informationen basiert, die fortlaufend überwacht und über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts aktualisiert werden. Das steht im Gegensatz zur Erfassung von Wertminderungen unter IAS 39, dessen Regeln für die Erfassung einer Risikovorsorge den Eintritt eines oder mehrerer Verlustereignisse erfordern. Es wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer übergreifenden Erhöhung des Risikovorsorgelevels führen wird. Diese Einschätzung beruht auf der Anforderung zum Ansatz einer Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditausfälle für die ersten 12 Monate auch für solche Instrumente bei denen sich das Kreditrisiko seit Erstansatz nicht wesentlich erhöht hat. Darüber hinaus beruht es auf der Einschätzung, dass der Bestand an Vermögenswerten, auf die der „lifetime expected loss“ angewendet wird, wahrscheinlich grösser ist, als der Bestand an Vermögenswerten, bei denen Verlustereignisse nach IAS 39 bereits eingetreten sind.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 beinhaltet auch neue Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel, die Bilanzierung mit dem Risikomanagement in Einklang zu bringen. Grundsätzlich sind einige der Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt worden, so dass eine grössere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar werden.

IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern beurteilt im Moment die Auswirkungen der Bilanzierungsvorschriften von IFRS 9. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“ („IFRS 15“). Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden, haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsgebietes von IFRS 9/IAS 39 entstehen. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS Vorschriften und Interpretationen, die im Moment die Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben an die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 15. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Änderungen der IFRS 2012–2014 („Improvements to IFRS 2012–2014 Cycles“)

Im September 2014 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projektes „Improvements to IFRS 2012–2014 Cycles“ mehrere Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Es wird nicht erwartet, dass die Änderungen wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben werden. Die Änderungen bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IAS 1

Im Dezember 2014 veröffentlichte das IASB, als Teil einer Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen bezüglich Darstellung und Anhangangaben, Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ („IAS 1“). Diese Änderungen stellen klar, dass das Prinzip der Wesentlichkeit auf den gesamten Finanzabschluss anzuwenden ist, dass professionelle Einschätzungen bei der Bestimmung von Anhangangaben anzuwenden sind und dass die Aufnahme von nicht materiellen Informationen zu einer reduzierten Effektivität der Anhangangaben führen kann. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen zu IAS 1 haben nur Einfluss auf die Anhangangaben des Konzerns. Die Änderungen bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Managementansatz“, demzufolge Segmentinformationen auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen sind. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Zu Beginn des ersten Quartals 2014 wurde der Zinsüberschuss als Teil der Erträge, des Ergebnisses vor Steuern und darauf bezogener Kennzahlen für US-amerikanische steuerfreie Wertpapiere im Bereich Corporate Banking & Securities als voll steuerpflichtig ausgewiesen. Dadurch ist es dem Management möglich, die Performance steuerpflichtiger und steuerfreier Wertpapiere in Corporate Banking & Securities zu vergleichen. Durch diese Modifizierung des Bilanzausweises erhöhte sich der Zinsüberschuss in CB&S im ersten Quartal 2015 um 25,8 Mio € nach 8,0 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Dieser Anstieg wird in den konsolidierten Konzernzahlen durch einen umgekehrten Betrag in Consolidation & Adjustments ausgeglichen. Der für die Ermittlung des Zinsüberschusses – bei einer unterstellten vollen Steuerpflicht – angewandte Steuersatz beträgt für den überwiegenden Teil der steuerfreien US-Wertpapiere 35 %. Die in der NCOU gehaltenen US-amerikanischen steuerfreien Wertpapiere werden aufgrund unterschiedlicher Methoden bei der Steuerung von zum Kerngeschäft und nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten als nicht voll steuerpflichtig ausgewiesen.

Mit Beginn des ersten Quartals 2015 werden spezifische Ertrags- und Kostenpositionen, z. B. die Bankenabgabe, die bisher in C&A erfasst wurde, den Geschäftsbereichen zugewiesen. Die Bankenabgabe wird über das Geschäftsjahr allokiert. Der anzuwendende Steuersatz für die Berechnung der Eigenkapitalrendite nach Steuern wurde ebenfalls geändert. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden angepasst, um diese Änderungen widerzuspiegeln.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichterstattungssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden bei geringfügigen organisatorischen Änderungen angepasst, wenn diese in den internen Berichterstattungssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Im ersten Quartal 2015 haben wir die nachstehenden Investitionen beziehungsweise Desinvestitionen vorgenommen:

Wir haben bekannt gegeben, dass wir eine Vereinbarung über den Verkauf des Fairview Container Terminals in Port of Prince Rupert, Kanada, einem Geschäftsbereich von Maher Terminals, geschlossen haben. Diese Vereinbarung sieht vor, dass DP World, ein in Dubai domizilierter Betreiber von Hafen-Terminals, 100 % des Fairview Container Terminals zu einem Preis von 424 Mio € (580 Mio Kanadische Dollar) erwirbt. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt aufsichtsrechtlicher Genehmigungen. Maher Terminals ist ein in der NCOU als Altbestand geführter nicht strategischer Vermögenswert.

Allokation des durchschnittlichen Active Equity

Der zugewiesene Gesamtbetrag des durchschnittlichen Active Equity wird nach dem höheren Wert des ökonomischen Risikoprofils und des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs des Konzerns bestimmt. Mit Wirkung ab 2015 berücksichtigt der Konzern bei der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente die bekannt gegebenen angestrebten Kapital- und Verschuldungsquoten. Nach der neuen Methode werden, jeweils auf Konzernebene, der interne Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital ausgehend von einer Tier-1-Kernkapital-Quote von 10 % und die Verschuldung auf Basis der angestrebten Verschuldungsquote (nach CRD 4) von 3,5 % berechnet. Bei beiden Positionen wird von einem voll implementierten CRR/CRD 4-Regelwerk ausgegangen. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den höheren Wert der Verschuldung oder des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs, wird der Mehrbetrag C&A zugeordnet. Vorjahresvergleichszahlen wurden entsprechend angepasst.

Segmentergebnisse

Weitere Informationen zu den Segmentergebnissen einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS enthält der Abschnitt „Lagebericht: Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Segmentergebnisse“ dieses Zwischenberichts.

Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
Zinsüberschuss	4.210	3.375
Handelsergebnis ¹	2.338	1.699
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	157	-83
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	2.495	1.616
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	6.705	4.991
Sales & Trading (Equity)	838	604
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.676	2.052
Sales & Trading insgesamt	3.514	2.655
Kreditgeschäft	166	145
Übrige Produkte ³	235	-60
Corporate Banking & Securities	3.915	2.740
Private & Business Clients	1.521	1.533
Global Transaction Banking ⁴	546	556
Deutsche Asset & Wealth Management	942	332
Non-Core Operations Unit	-211	-234
Consolidation & Adjustments	-8	64
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	6.705	4.991

¹ Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten sowie aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

² Beinhaltet Gewinne von 5 Mio € für das erste Quartal 2015 (erstes Quartal 2014: Gewinn von 1 Mio €). Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von -1 Mio € für das erste Quartal 2015 (erstes Quartal 2014: 28 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

³ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

⁴ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie Sonstigen Produkten.

Provisionsüberschuss

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	1.059	873
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	734	971
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	1.122	1.195
Provisionsüberschuss insgesamt	2.914	3.038

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
Dienstzeitaufwand	83	67
Nettozinsaufwand/-ertrag (-)	- 1	0
Gesamtaufwand leistungsdefinierter Pläne	82	67
Gesamtaufwand beitragsdefinierter Pläne	114	108
Pensionsaufwendungen insgesamt	196	175
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	61	62

Die erwarteten regulären Zuführungen des Konzerns zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne werden im Geschäftsjahr 2015 voraussichtlich 265 Mio € betragen. Rückübertragungen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2015 werden nicht erwartet.

Diskontierungszinssatz zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung

in %	31.3.2015	31.12.2014
Deutschland	1,4	2,0
Großbritannien	3,5	3,7
USA	3,7	3,9

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
EDV-Aufwendungen	865	804
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	463	551
Aufwendungen für Beratungsleistungen ¹	520	466
Kommunikation und Datenadministration ¹	203	175
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation ¹	100	109
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen ¹	135	168
Marketingaufwendungen	68	63
Konsolidierte Beteiligungen	105	200
Sonstige Aufwendungen ^{1,2}	2.610	473
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	5.069	3.010

¹ Vorjahresangaben wurden angepasst, um Änderungen in der Kostenberichterstattung des Konzerns zu berücksichtigen.

² Einschließlich Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 1.544 Mio € für das erste Quartal 2015 (erstes Quartal 2014: Belastungen von 0 Mio €), sowie Bankenabgaben von 561 Mio € für das erste Quartal 2015 (erstes Quartal 2014: 34 Mio €)

Restrukturierung

Restrukturierung ist Teil des Operational Excellence (OpEx)-Programms des Konzerns. Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten, als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen.

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Bereichen

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
Corporate Banking & Securities	- 22	- 44
Private & Business Clients	- 1	- 3
Global Transaction Banking	0	- 2
Deutsche Asset & Wealth Management	0	- 4
Non-Core Operations Unit	0	- 2
Infrastructure/ Regional Management	0	0
Consolidation & Adjustments	0	0
Restrukturierungsaufwand insgesamt	- 23	- 56

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Aufwandsart

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
Restrukturierungsaufwand - Personalaufwand	- 23	- 56
davon:		
Abfindungsleistungen	- 18	- 45
Beschleunigte Amortisation aufgeschobener Vergütung	- 5	- 10
Sozialversicherung	- 1	0
Restrukturierungsaufwand - Sachaufwand ¹	0	- 1
Restrukturierungsaufwand insgesamt	- 23	- 56

¹ Aufwand für vorzeitige Vertragsbeendigung, vornehmlich für Mietverhältnisse für vom Konzern genutzte Gebäude und Technologien.

Die Restrukturierungsrückstellungen betragen am 31. März 2015 95 Mio € (31. Dezember 2014: 120 Mio €). Der überwiegende Teil der aktuellen Restrukturierungsrückstellung wird voraussichtlich im Jahr 2015 verbraucht werden.

Im ersten Quartal des Jahres 2015 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften durch Restrukturierungsmaßnahmen um 217 reduziert. Diese Reduzierungen betreffen die Bereiche wie folgt:

	Jan. - Mär.
	2015
Corporate Banking & Securities	59
Private & Business Clients	55
Global Transaction Banking	3
Deutsche Asset & Wealth Management	23
Non-Core Operations Unit	0
Infrastructure/Regional Management	77
Mitarbeiterzahl insgesamt	217

Effektive Steuerquote

Der Ertragsteueraufwand lag im Berichtsquartal bei 920 Mio € nach 577 Mio € im ersten Quartal 2014. Die effektive Steuerquote von 62 % im laufenden Quartal wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst. Die effektive Steuerquote des ersten Quartals 2014 betrug 34 %.

Angaben zur Konzernbilanz (nicht testiert)

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands:		
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	193.983	177.639
Sonstige Handelsaktiva ¹	18.202	18.041
Handelsaktiva insgesamt	212.185	195.681
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	746.084	629.958
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands insgesamt	958.269	825.639
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	68.481	60.473
Forderungen aus Wertpapierleihen	17.880	20.404
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	15.820	15.331
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	23.629	21.078
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	125.810	117.285
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.084.079	942.924

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 16,3 Mrd € zum 31. März 2015 (31. Dezember 2014: 16,7 Mrd €).

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands:		
Handelspassiva:		
Wertpapiere	53.009	41.112
Sonstige Handelspassiva	1.222	731
Handelspassiva insgesamt	54.231	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	724.120	610.202
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands insgesamt	778.351	652.045
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	23.892	21.053
Kreditzusagen	68	99
Langfristige Verbindlichkeiten	10.656	9.919
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	6.725	6.061
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	41.340	37.131
Investmentverträge ¹	9.654	8.523
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	829.345	697.699

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufswerte den beizulegenden Zeitwerten.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014
Festverzinsliche Wertpapiere	66.975	59.132
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.285	1.283
Sonstiger Anteilsbesitz	1.025	976
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.051	2.906
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	72.336	64.297

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden gemäß den Änderungen qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	0,0	- 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
Obere Grenze	13,1 %	9,9 %
Untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte je Bilanzkategorie

in Mio €	31.3.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	2.099	2.288	1.983	2.124
Schuldtitel	989	1.063	1.067	1.160
Kredite	1.068	809	1.146	888
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	4.156	4.160	4.197	4.171
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.897	1.859	1.782	1.743
Schuldtitel	1.252	1.362	1.378	1.493
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	3.149	3.221	3.160	3.236
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	7.305¹	7.381	7.357¹	7.408

¹ Zusätzlich zu den Buchwerten der umgewidmeten Vermögenswerte, die in der Tabelle dargestellt werden, existiert ein dazugehöriger Effekt auf die Buchwerte der Derivate, die zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts, hier zur Absicherung gegen Marktinzinsänderungen, genutzt werden. Dieser Effekt führte zu einem Anstieg der Buchwerte um 85 Mio € zum 31. März 2015 (31. Dezember 2014: 86 Mio €).

Alle umgewidmeten Vermögenswerte werden in der NCOU verwaltet und Verkaufsentscheidungen über dieses Portfolio werden von der NCOU entsprechend ihrer Zuständigkeit, Entscheidungen zum Risikoabbau zu fällen, getroffen. Im ersten Quartal 2015 verkaufte der Konzern umgewidmete Vermögenswerte mit einem Buchwert von 562 Mio €. Die Verkäufe haben im Berichtszeitraum zu einem Gewinn von 49 Mio € geführt und zu weiteren 7 Mio € in Zusammenhang mit Wertaufholungen verkaufter Positionen.

Zusätzlich zu den erwähnten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert umgewidmeter Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Handelsaktiva“ umgewidmet worden sind, aufgrund von Rückzahlungen und Fälligkeiten um 117 Mio €. Der Buchwert der Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet worden waren, reduzierte sich aufgrund von Rückzahlungen und Fälligkeiten um 125 Mio €. Die Buchwertminderung wurde in diesem Zeitraum durch gegenläufige Währungseffekte aufgehoben.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umwidmungen vorgenommen worden wären

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	49	139
Wertminderungen (–) aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	0	– 6
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	11	73

Ergebnisbeitrag vor Steuern der umgewidmeten Vermögenswerte

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
Zinserträge	43	38
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 2	– 27
Sonstige Erträge ¹	24	0
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	65	11
Zinserträge	21	19
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	– 6
Sonstige Erträge ¹	24	0
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	46	13

¹ Dies ist auf Gewinne und Verluste aus der Veräußerung umgewidmeter Vermögenswerte zurückzuführen.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte: Buchwerte und beizulegende Zeitwerte je Bilanzkategorie

Alle gemäß IAS 39 umgewidmeten Vermögenswerte wurden in die NCOU übertragen, nachdem dieser neue Unternehmensbereich im vierten Quartal 2012 gegründet worden war. Die NCOU wurde damit beauftragt, den Risikoabbau zu beschleunigen, um den Kapitalbedarf und die bereinigte Bilanzsumme zu reduzieren. Zur Bestimmung, ob und wann Vermögenswerte verkauft werden sollen, werden zahlreiche Faktoren berücksichtigt. Dazu zählen die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, das Aufsichtsrechtliche Eigenkapital und Auswirkungen auf die Verschuldungsquote. Die Veränderungen des Buchwerts und des beizulegenden Zeitwerts werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Buch- und Marktwerte von in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerten

in Mio €	31.3.2015			31.12.2014		
	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)
Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere						
US-Kommunalschuldverschreibungen	2.079	2.257	178	2.302	2.503	201
Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere	1.656	1.724	68	1.464	1.529	65
CDO/CLO	700	672	-28	717	689	-28
Pfandbriefe	899	1.037	138	893	987	95
Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	199	206	7	187	192	5
Durch Wohn-Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	93	102	9	83	92	9
Andere ¹	610	573	-37	566	528	-38
Summe Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere	6.236	6.572	335	6.211	6.520	309
Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
Gewerbliche Hypothekendarlehen	126	128	2	227	226	0
Wohn-Hypothekendarlehen	889	631	-258	871	616	-255
Andere	54	51	-3	49	46	-3
Summe Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.068	809	-259	1.146	888	-259
Summe Finanzielle Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	7.305	7.381	76	7.357	7.408	51

¹ Enthält durch Wertpapiere abgesicherte Vermögenswerte der Luftfahrtindustrie und andere verbriefte Vermögenswerte und Schuldverschreibungen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Inventar des Konzerns zu bewertende ist.

Hierzu zählen hochliquide Schatzanweisungen sowie Derivate, Eigenkapitaltitel und Anleihen, die in sehr liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade Kreditanleihen, einige Credit Default Swaps (CDS), eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, Private-Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.3.2015			31.12.2014		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	88.074	110.563	13.548	82.020	100.505	13.155
Wertpapiere des Handelsbestands	87.529	97.376	9.078	81.789	86.894	8.957
Sonstige Handelsaktiva	544	13.188	4.470	232	13.611	4.198
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	8.498	726.430	11.155	5.439	614.960	9.559
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	10.061	110.452	5.297	8.826	104.307	4.152
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	42.098	25.621	4.616	36.272	23.597	4.427
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	4.823 ²	0	0	4.335 ²	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	148.731	977.890	34.616	132.558	847.705	31.294
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelspassiva	38.349	15.765	117	25.290	16.510	43
Wertpapiere des Handelsbestands	38.317	14.575	117	25.244	15.826	43
Sonstige Handelspassiva	32	1.190	0	46	685	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	8.796	708.214	7.110	5.890	597.759	6.553
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	0	38.585	2.755	2	34.763	2.366
Investmentverträge ³	0	9.654	0	0	8.523	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	8.396 ²	-498 ⁴	0	5.561 ²	-552 ⁴
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	47.146	780.614	9.484	31.181	663.117	8.410

¹ Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ im Finanzbericht 2014 dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ im Finanzbericht 2014 für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

⁴ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

Es gab keine signifikanten Transfers von Finanzinstrumenten zwischen Level 1 und Level 2 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts.

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel – Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“) – Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite – Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente – Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangs-

parameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktpräferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option – Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen – Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere – In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie private und gewerbliche MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Der Anstieg im Berichtszeitraum war hauptsächlich auf eine Kombination aus Marktwertgewinnen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level-3-Derivate enthalten kundenspezifische Derivate forderungsbesicherter Schuldverschreibungen, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Der Anstieg im Berichtszeitraum war hauptsächlich auf eine Kombination aus Marktwertgewinnen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level-3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Anstieg im Berichtszeitraum war im Wesentlichen durch Käufe und Marktwertgewinne aus den Instrumenten verursacht.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen – Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Der Anstieg der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruht hauptsächlich auf neuen Emissionen und Marktwertgewinnen aus diesen Instrumenten. Der Anstieg der Verpflichtungen war auf eine Kombination von Marktwertgewinnen und Umklassifizierungen zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten notleidende Kredite, für die keine Handelsabsicht besteht, sowie börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Der Anstieg der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruhte hauptsächlich auf Käufen und Gewinnen aus Marktwertänderungen.

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

	31.3.2015									
in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwicklungen ³	Umklassifizierungen in Level 3 ⁴	Umklassifizierungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Periodenende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	8.957	0	773	468	-717	0	-195	916	-1.123	9.078
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.559	0	1.645	0	0	0	-293	982	-738	11.155
Sonstige Handelsaktiva	4.198	0	398	344	-351	94	-132	213	-296	4.470
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	4.152	0	496	195	0	820	-392	58	-33	5.297
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.427	0	289 ⁵	174	-100	0	-214	58	-18	4.616
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	31.294	0	3.601^{6,7}	1.181	-1.168	915	-1.225	2.227	-2.208	34.616
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	43	0	7	0	0	0	32	42	-6	117
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.553	0	981	0	0	0	-113	669	-981	7.110
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.366	0	208	0	0	157	-67	112	-22	2.755
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-552	0	-55	0	0	0	64	31	14	-498
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	8.410	0	1.142^{6,7}	0	0	157	-84	854	-996	9.484

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die obige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts im Berichtszeitraum werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 47 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 10 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 716 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 208 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

	31.3.2014									
in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwicklungen ³	Umklassifizierungen in Level 3 ⁴	Umklassifizierungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Periodenende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	6.960	0	123	360	-783	0	-146	1.225	-1.224	6.514
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.556	0	-314	0	0	0	-210	1.031	-786	10.277
Sonstige Handelsaktiva	5.065	0	-16	637	-720	306	-70	286	-639	4.847
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	3.123	0	24	61	-9	379	-431	166	-76	3.236
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.329	0	-56 ⁵	93	-59	0	-221	148	-50	3.183
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁶	1	-1	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	29.033	-1	-240^{7,8}	1.150	-1.572	685	-1.078	2.856	-2.775	28.058
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	24	0	0	0	0	0	0	0	-2	22
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	8.321	0	-221	0	0	0	-123	571	-1.030	7.517
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	1.442	0	-102	0	0	57	56	663	-51	2.065
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-247	0	8	0	0	0	-5	0	191	-53
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	9.539	0	-315^{7,8}	0	0	57	-71	1.234	-892	9.552

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die obige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts im Berichtszeitraum werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 10 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 1 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Beinhaltet eine Umklassifizierung aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen hinsichtlich der BHF-BANK.

⁷ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 26 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 3 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁸ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. März 2015 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 3,4 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 3,0 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2014 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 3,3 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 2,9 Mrd € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, bewertete der Konzern bestimmte Finanzinstrumente neu, indem bestmögliche alternative Parameter herangezogen werden, oder nutzt eine Bewertungsmethode, die Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne berücksichtigt. Die Wertanpassung für Kosten der Vertragsaufhebung basiert auf der Geld-/Briefspanne, die gezahlt werden muss, um eine gehaltene Position in Finanzinstrumenten oder eine Risikokomponente zu schließen, und spiegelt als solche Faktoren wie Illiquidität oder Unsicherheit am Markt wider.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben weder eine Vorhersage noch eine Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern¹

in Mio €	31.3.2015		31.12.2014	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Wertpapiere:				
Schuldtitel	795	721	833	725
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	30	23	57	47
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	260	253	235	229
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	53	53	63	37
Unternehmensschuldtitel und andere Schuldtitel	451	392	478	412
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	124	214	124	224
Derivate:				
Kreditderivate	452	543	432	457
Aktienderivate	152	107	157	115
Zinsderivate	396	207	392	184
Wechselkursderivate	6	6	4	2
Sonstige	61	55	75	74
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.291	1.107	1.175	988
Kreditzusagen	5	5	6	5
Sonstige	72	67	79	79
Insgesamt	3.355	3.032	3.277	2.854

¹ Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Die nicht beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level-3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern sowie zwischen den Erstgenannten. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level-3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant und deshalb können die Spannen bestimmter Parameter groß sein. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquide Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Im Folgenden werden die wesentlichen Parameterarten kurz beschrieben und signifikante Zusammenhänge zwischen diesen erläutert.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum referenzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleiheinhaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von

Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an die Bank zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleihehaber beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR“) und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate – „CPR“) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten besonders relevant, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrunde liegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung. Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrunde liegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrunde liegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) multipler Ansatz kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höheres Vielfaches eines Unternehmenswerts/EBITDA resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden, und Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren Parametern

31.3.2015

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	219	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 155	107 % 2.730
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	2.380	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 63 0 % 0 % 0 %	184 % 1.659 83 % 16 % 20 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.599	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel	5.978	1.487	Kursverfahren	Kurs	0 %	345 %
Handelsbestand	5.545	117	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	9	2.115
Schuldtitel staatlicher und quasi-staatlicher Emittenten	812					
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	4.734					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	433					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	0	1.370				
Eigenkapitaltitel	1.885	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	40 % 1	100 % 18
Handelsbestand	933	0				
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	33					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	919		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 %	13 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.071	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	138 %
Handelsbestand	4.415	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	40	3.040
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	4.700			Konstante Ausfallrate	1 %	21 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.956			Erlösquote	0 %	67 %
Kreditzusagen	0	67	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Ausnutzungsgrad	3 20 % 0 %	900 75 % 100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	928 ²	1.318 ³	DCF-Verfahren	IRR	2 %	24 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	23.461	2.872				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 55 Mio € sonstige Handelsaktiva, 564 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 309 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1,2 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 116 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.12.2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere						
	342	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	106 %
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	246	1.375
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere						
	2.342	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	184 %
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	72	1.648
				Erlösquote	0 %	97 %
				Konstante Ausfallrate	0 %	13 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 %	22 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt						
	2.684	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere						
Schuldtitel						
	5.936	1.202	Kursverfahren	Kurs	0 %	286 %
Handelsbestand						
	5.477	43	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	32	1.629
Schuldtitel staatlicher und quasi-staatlicher Emittenten						
	835					
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel						
	4.643					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	459					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen						
	0	1.159				
Eigenkapitaltitel						
	1.719	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert	49 %	100 %
Handelsbestand						
	795	0		Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	1	18
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen						
	29					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	895		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	6 %	13 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
	10.648	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	137 %
Handelsbestand						
	4.148	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	95	3.040
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte						
	3.719			Konstante Ausfallrate	2 %	21 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	2.781			Erlösquote	0 %	67 %
Kreditzusagen						
	0	87	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	115	1.000
				Erlösquote	20 %	80 %
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen						
	748 ²	1.121 ³	DCF-Verfahren	IRR	2 %	24 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt						
	21.735	2.409				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 50 Mio € sonstige Handelsaktiva, 405 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 293 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 104 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.3.2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	4.035	2.505	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	4	2.242
				Zinssatz bei Inflationsswaps	- 1 %	7 %
				Konstante Ausfallrate	1 %	27 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 %	18 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	10 %	176 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	- 2 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	- 70 %	95 %
Kreditderivate	4.297	2.068	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	2	15.048
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	0 %	95 %
Aktienderivate	1.289	1.189	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	9 %	93 %
				Indexvolatilität	12 %	78 %
				Korrelation zwischen Indizes	- 4 %	98 %
				Korrelation zwischen Aktien	9 %	97 %
Devisenderivate	391	426	Optionspreismodell	Volatilität	1 %	28 %
Sonstige Derivate	1.142	424 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	350	1.500
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	5 %	98 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	- 30 %	90 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt	11.155	6.612				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

31.12.2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.324	2.211	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	42	2.418
				Zinssatz bei Inflationsswaps	- 1 %	8 %
				Konstante Ausfallrate	2 %	27 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 %	21 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	1 %	101 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	- 2 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	- 70 %	95 %
Kreditderivate	3.586	1.921	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	155	9.480
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	96 %
Aktienderivate	1.118	1.258	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	8 %	84 %
				Indexvolatilität	8 %	99 %
				Korrelation zwischen Indizes	48 %	98 %
				Korrelation zwischen Aktien	9 %	95 %
Devisenderivate	264	242	Optionspreismodell	Volatilität	6 %	26 %
Sonstige Derivate	1.267	368 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	44	1.500
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	138 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	- 30 %	60 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt	9.559	6.001				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus den am Bilanzstichtag gehaltenen, originären Level-3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie ist sowohl im Zinsüberschuss als auch im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	1. Quartal	
	31.3.2015	31.3.2014
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	655	216
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.604	68
Sonstige Handelsaktiva	264	37
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	342	66
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	201	20
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	3.067	407
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	2	-2
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-975	106
Sonstige Handelspassiva	-1	1
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	-94	62
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	60	-32
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	-1.007	136
Insgesamt	2.060	543

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Handelstaggewinne seit Jahresbeginn, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	31.3.2015	31.3.2014
Bestand am Jahresanfang	973	796
Neue Geschäfte während der Periode	157	66
Abschreibung	-90	-90
Ausgelaufene Geschäfte	-55	-17
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	-14	-36
Wechselkursveränderungen	19	-1
Bestand am Periodenende	991	718

Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Dieser Abschnitt sollte in Zusammenhang mit der Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ im Finanzbericht 2014 des Konzerns gelesen werden.

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, entsprechen denen, die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Finanzberichts 2014 aufgeführt sind. Wie im Abschnitt „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus „zu Handelszwecken gehalten“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Finanzberichts 2014 erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente normalerweise nicht gehandelt werden.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.3.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Finanzaktiva:				
Barreserve	21.645	21.645	20.055	20.055
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	70.659	70.659	63.518	63.518
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	23.393	23.393	17.796	17.796
Forderungen aus Wertpapierleihen	34.515	34.515	25.834	25.834
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.548	434.530	405.612	410.769
Sonstige Finanzaktiva	171.828	171.817	120.838	120.827
Finanzpassiva:				
Einlagen	572.921	572.590	532.931	532.581
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	17.078	17.078	10.887	10.887
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.816	2.816	2.339	2.339
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.260	39.246	42.931	42.929
Sonstige Finanzpassiva	210.362	210.362	159.930	159.930
Langfristige Verbindlichkeiten	157.519	159.100	144.837	146.215
Hybride Kapitalinstrumente	7.979	9.425	10.573	12.251

¹ Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ des Finanzberichts 2014 dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ unseres Finanzberichts 2014 zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

in Mio €	31.3.2015						
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
					Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	25.510	- 6.825	18.685	0	0	- 18.649	36
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	4.709	0	4.709	0	0	- 4.159	550
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	15.213	0	15.213	0	0	- 14.649	564
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.302	0	19.302	0	0	- 18.587	715
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	212.647	- 461	212.185	0	- 11	- 302	211.872
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	939.140	- 223.958	715.182	- 603.485	- 75.048	- 15.322	21.327
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	30.902	0	30.902	0	0	0	30.902
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	108.084	- 41.358	66.726	- 5.047	- 1.759	- 50.775	9.145
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	59.084	0	59.084	0	0	- 35.216	23.868
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.349.856	- 265.777	1.084.079	- 608.531	- 76.819	- 101.614	297.114
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.613	- 65	428.548	0	- 17.306	- 50.177	361.064
Sonstige Aktiva	213.648	- 26.089	187.558	- 83.080	- 183	- 8	104.286
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.565	- 5.672	4.893	- 4.217	0	0	676
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	197.372	0	197.372	0	- 573	- 460	196.339
Summe der Aktiva	2.254.222	- 298.757	1.955.465	- 691.612	- 94.882	- 208.304	960.668

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

31.3.2015

in Mio €	Nicht bilanzierte Beträge						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz-instrumenten	Nettobetrag
Einlagen	572.987	- 65	572.921	0	0	0	572.921
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	9.598	- 6.825	2.773	0	0	- 2.773	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	14.305	0	14.305	0	0	- 1.804	12.501
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	2.062	0	2.062	0	0	- 2.062	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	754	0	754	0	0	- 223	531
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	55.214	- 983	54.231	0	0	0	54.231
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	913.117	- 224.418	688.699	- 599.465	- 78.863	- 10.371	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	35.421	0	35.421	0	0	- 8.305	27.116
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	59.401	- 40.377	19.024	- 2.998	0	- 16.026	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	31.970	0	31.970	0	- 12.214	- 5.693	14.063
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	1.095.123	- 265.777	829.345	- 602.462	- 91.077	- 40.395	95.410
Sonstige Passiva	264.812	- 26.089	238.723	- 91.523	0	0	147.200
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	13.909	- 5.672	8.237	- 8.237	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	216.650	0	216.650	0	0	0	216.650
Summe der Passiva	2.176.291	- 298.757	1.877.533	- 693.986	- 91.077	- 47.257	1.045.214

Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2014						
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
				Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	17.051	- 2.419	14.632	0	0	- 14.602	29
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	3.164	0	3.164	0	0	- 2.386	779
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	11.891	0	11.891	0	0	- 11.406	485
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	13.943	0	13.943	0	0	- 13.294	649
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	196.157	- 476	195.681	0	- 11	- 1.049	194.621
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	823.578	- 217.158	606.421	- 519.590	- 61.518	- 15.330	9.982
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	23.537	0	23.537	0	0	0	23.537
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	101.845	- 37.075	64.770	- 2.782	- 1.924	- 50.245	9.819
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	52.516	0	52.516	0	0	- 31.358	21.158
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.197.633	- 254.708	942.924	- 522.373	- 63.453	- 97.982	259.117
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.673	- 61	405.612	0	- 16.259	- 46.112	343.242
Sonstige Aktiva	157.771	- 19.792	137.980	- 67.009	- 239	- 13	70.720
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.723	- 6.320	4.403	- 3.837	0	0	566
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	178.557	0	178.557	0	- 874	- 451	177.231
Summe der Aktiva	1.985.683	- 276.980	1.708.703	- 589.381	- 80.825	- 186.246	852.252

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

31.12.2014

in Mio €	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
				Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	
Einlagen	532.992	-61	532.931	0	0	0	532.931
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	5.673	-2.419	3.254	0	0	-2.966	288
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	7.633	0	7.633	0	0	-2.278	5.356
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.791	0	1.791	0	0	-1.614	177
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	549	0	549	0	0	-209	339
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	42.960	-1.117	41.843	0	0	0	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	803.073	-217.597	585.475	-518.364	-63.172	-3.939	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	24.726	0	24.726	0	0	-11.996	12.731
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	52.517	-35.994	16.523	-2.782	0	-13.741	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	29.132 ¹	0	29.132 ¹	0	-3.130	-5.718	20.283 ¹
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	952.408 ¹	-254.708	697.699 ¹	-521.146	-66.302	-35.394	74.856 ¹
Sonstige Passiva	203.614 ¹	-19.792	183.823 ¹	-71.645	0	0	112.178 ¹
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	11.383	-6.320	5.063	-5.063	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	207.801	0	207.801	0	0	0	207.801
Summe der Passiva	1.912.461	-276.980	1.635.481	-592.791	-66.302	-42.460	933.927

¹ Die Zahlen wurden angepasst, indem EUR 67 Mrd aus der Zeile Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar) in Sonstige Passiva verschoben wurden.

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ des Finanzberichts 2014 beschriebenen Kriterien aufgerechnet wurden.

In der Spalte „Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen zur Abwicklung auf Nettobasis/Simultanabwicklung oder weil die Rechte zur Aufrechnung abhängig vom Ausfall der Kontrahenten sind, nicht aufgerechnet wurden. Die Beträge für sonstige Aktiva und Passiva beinhalten Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Sicherheitsleistungen.

In den Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ sind die bezogen auf die Gesamtsumme der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erhaltenen beziehungsweise verpfändeten Beträge von Barsicherheiten und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ausgewiesen, einschließlich solcher, die sich auf Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beziehen, die nicht aufgerechnet worden sind.

Rechtlich nicht durchsetzbare Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen gelten für Verträge in Jurisdiktionen, in denen die Aufrechnungsansprüche nach Maßgabe des dort geltenden Konkursrechts möglicherweise nicht anerkannt werden.

Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den Sonstigen Passiva beziehungsweise Sonstigen Aktiva bilanziert.

Die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und die Barsicherheiten zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Jan. – Mär. 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	92	119	211	5	2	7	218
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	-7	0	-7	0	0	0	-7
Nettoabschreibungen:							
Abschreibungen	-103	-100	-202	0	0	0	-202
Abschreibungen	-113	-120	-233	0	0	0	-233
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	10	21	31	0	0	0	31
Sonstige Veränderungen	70	24	94	3	13	15	109
Bestand am Periodenende	2.423	2.892	5.315	93	156	249	5.564
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-5	-25	-30	0	2	2	-28
In %	-5	-17	-13	-8	-5.465	35	-12
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	418	-17	401	0	0	0	401
In %	-80	20	-67	0	0	0	-67

Jan. – Mär. 2014							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.857	2.732	5.589	102	114	216	5.805
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	97	144	241	6	0	5	246
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	-4	0	-4	0	0	0	-4
Nettoabschreibungen:							
Abschreibungen	-520	-83	-603	0	0	0	-603
Abschreibungen	-528	-107	-634	0	0	0	-634
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	7	24	31	0	0	0	31
Sonstige Veränderungen	-13	-5	-18	0	0	0	-18
Bestand am Periodenende	2.420	2.788	5.208	107	114	221	5.429
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-137	33	-103	3	-9	-5	-108
In %	-59	30	-30	124	-100	-48	-30
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	-424	-28	-453	0	0	0	-453
In %	440	52	300	0	0	0	300

Sonstige Aktiva und Passiva

Sonstige Aktiva

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	82.337	65.096
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	15.143	10.785
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	7.636	4.741
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	60.402	34.432
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	165.518	115.054
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	2.904	2.791
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	546	180
Sonstige	18.591	19.955
Sonstige Aktiva insgesamt	187.558	137.980

Sonstige Passiva

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	90.530	70.558
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	38.126	33.985
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	6.088	3.473
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	58.273	35.195
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	193.016	143.210
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	2.776	2.953
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	15	0
Sonstige	42.916	37.659
Sonstige Passiva insgesamt	238.723	183.823

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	92.581	84.795
Mit variabler Verzinsung	38.876	34.651
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	3.298	2.689
Mit variabler Verzinsung	2.582	2.358
Sonstige	20.183	20.344
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	157.519	144.837

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	31.3.2015	31.12.2014
Ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Eigene Aktien im Bestand	0,5	0,3
Davon:		
Aktienrückkaufprogramm	0,2	0,1
Sonstige Bestände	0,3	0,2
Ausstehende Stammaktien	1.378,8	1.379,0

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, unter anderem auch Fronting Commitments, sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Für den Fall, dass der Konzern Zahlungen an einen Begünstigten von Fronting Commitments zu leisten hat, würde der Konzern sofort seine Rückgrifforderung an die anderen Kreditgeber des Konsortiums stellen. Die oben genannten Verträge werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen sind, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014
Unwiderrufliche Kreditzusagen	169.750	154.446
Eventualverbindlichkeiten	62.248	62.087
Insgesamt	231.999	216.533

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

Rechtsstreitigkeiten

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren und Untersuchungen verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Die rechtlichen und aufsichtsbehördlichen Verfahren, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat oder für die wesentliche Eventualverbindlichkeiten bestehen, bei denen die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich ist, werden nachfolgend beschrieben. Vergleichbare Verfahren werden zu einer Gruppe zusammengefasst, und einige Verfahren umfassen mehrere Ansprüche. Diese und andere Verfahren könnten signifikante finanzielle und andere Auswirkungen für die Bank nach sich ziehen. Die für diese Verfahren geschätzten Verluste wurden, soweit eine Schätzung möglich ist, nicht für einzelne Verfahren ausgewiesen, da der Konzern davon ausgeht, dass diese Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinträchtigen würde. Die Anhangangabe 29 „Rückstellungen“ des Finanzberichts 2014 beschreibt, wie der Konzern Rückstellungen und erwartete Verluste in Bezug auf Eventualverbindlichkeiten schätzt und welche Ungewissheiten sowie Einschränkungen prozessimmanent sind. Für diese und andere Verfahren, die für den Konzern materiell sind und bei denen eine Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 31. März 2015 mögliche zukünftige Verluste, bei denen die Möglichkeit eines Eintritts größer als unwahrscheinlich, aber klei-

ner als wahrscheinlich ist, insgesamt auf circa 3,2 Mrd € (31. Dezember 2014: 2,0 Mrd €) belaufen. Diese Zahl schließt Eventualverbindlichkeiten für Verfahren ein, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet und erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren per Vergleich beenden, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Er kann dies tun, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, aufsichtsrechtliche Folgen oder Nachteile für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass durchgreifende Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien deren Verluste auch in solchen Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Laufende Einzelverfahren

Kartellrechtliche Verfahren zu Kreditausfall-Swaps. Am 1. Juli 2013 richtete die Europäische Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte („die Mitteilung“) an die Deutsche Bank, die Markit Group Limited (Markit), die International Swaps and Derivatives Association, Inc. (ISDA) sowie zwölf andere Banken. In dieser hat sie wettbewerbswidriges Verhalten gemäß Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowie gemäß Artikel 53 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum („EWR-Abkommen“) behauptet. Die Mitteilung legt vorläufige Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission dar, denen zufolge (i) Versuche bestimmter Unternehmen, im Geschäft mit börsengehandelten ungedeckten Kreditderivaten tätig zu werden, durch unzulässiges kollektives Verhalten im Zeitraum 2006 bis 2009 vereitelt wurden und (ii) das Verhalten von Markit, der ISDA, der Deutschen Bank und zwölf anderen Banken eine einzelne und fortgesetzte Verletzung von Artikel 101 AEUV und Artikel 53 EWR-Abkommen darstellte. Sollte die Europäische Kommission letztlich zu dem Ergebnis gelangen, dass eine Verletzung vorgelegen hat, könnte sie die Verhängung von Bußgeldern oder andere Maßnahmen gegen Markit, die Deutsche Bank, ISDA und die zwölf anderen Banken anstreben. Im Januar 2014 gab die Deutsche Bank eine Stellungnahme ab, in der sie die vorläufigen Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission anfecht. Die Deutsche Bank und andere Banken, an die die Mitteilung ergangen ist, haben die Kernelemente ihrer Stellungnahmen bei einer mündlichen Anhörung im Mai 2014 vorgetragen. Anschließend hat die Europäische Kommission angekündigt, eine weitere Untersuchung des Sachverhalts durchzuführen.

Zivilrechtliche Verfahren zu Kreditausfall-Swaps. Gegen die Deutsche Bank, zahlreiche andere Banken, die Kreditausfall-Swaps ausgegeben haben, sowie Markit und die ISDA sind derzeit distriktübergreifend als zivilrechtliche Sammelklagen bezeichnete Verfahren beim United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Die Kläger reichten am 11. April 2014 eine zweite zusammengeführte und erweiterte Sammelklage ein, derzufolge die Banken mit Markit und der ISDA konspiriert hätten, um den Handel mit börsengehandelten Kreditausfall-Swaps zu verhindern und dadurch die Preise für außerbörslich gehandelte Kreditausfall-Swaps in die Höhe zu treiben. Die Kläger wollen natürliche und juristische Personen in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern vertreten, die vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2013 direkt Kreditausfall-Swaps von den Beklagten in den Vereinigten Staaten gekauft oder dort an diese verkauft haben. Die Beklagten beantragten am 23. Mai 2014 die Abweisung der zweiten zusammengeführten und erweiterten Sammelklage. Am 4. September 2014 hat das Gericht dem Antrag auf Klageabweisung teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Das Beweisverfahren (Discovery) zu den übrigen Klagen wird fortgesetzt.

Kreditkorrelationen. Einige Aufsichtsbehörden untersuchen das Handelsbuch für Kreditkorrelationsprodukte der Deutschen Bank sowie bestimmte Risiken in diesem Buch während der Kreditkrise. So werden beispielsweise die Methoden zur Bewertung der Handelsbuchpositionen sowie die Stabilität der Kontrollen überprüft, die für die Anwendung von Bewertungsmethoden maßgeblich sind. Die Deutsche Bank führt Gespräche mit Vertretern der SEC über die Einstellung der Untersuchungen in dieser Angelegenheit. Es kann jedoch nicht garantiert werden, dass eine solche Einstellung erfolgt.

Dole Food Company. Die DBSI und die Deutsche Bank AG New York („DBNY“) sind gemeinsam Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem Delaware Court of Chancery, das von ehemaligen Aktionären der Dole Food Company, Inc. („Dole“) angestrengt wurde. Die Kläger behaupten, dass der Beklagte David H. Murdock und bestimmte Mitglieder des Board und Managements der Dole (die ebenfalls als Beklagte benannt wurden) ihre treuhänderischen Verpflichtungen verletzt sowie dass die DBSI und die DBNY diese Verstöße im Zusammenhang mit der Privatisierung der Dole durch Herrn Murdock, die am 1. November 2013 abgeschlossen wurde (die „Transaktion“), unterstützt und gefördert haben. Die Kläger fordern Schadensersatz in Höhe von rund 642 Mio US-\$, die Zubilligung von Zinsen, die Herausgabe jeglicher Gewinne der DBSI und der DBNY aus der Transaktion sowie die Erstattung von Kosten und Aufwendungen. Die Verhandlung in dieser Angelegenheit fand zwischen 23. Februar 2015 und 9. März 2015 statt. Die Phase der Erläuterung des Urteils („Post-trial Briefing“) endet am 29. Mai 2015, und die Erörterung von Argumenten („Post-trial Argument“) ist für den 18. Juni 2015 geplant. Die DBSI und die DBNY haben im Zusammenhang mit der Transaktion eine handelsübliche Freistellungsvereinbarung mit der Dole (und einigen ihrer Tochtergesellschaften) geschlossen sowie die Dole (und ihre relevanten Tochtergesellschaften) darüber informiert, dass sie eine Freistellung verlangen.

Esch-Fonds-Rechtsstreit. Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA („Sal. Oppenheim“) war vor dem Erwerb durch die Deutsche Bank in 2010 an der Vermarktung und Finanzierung von Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds beteiligt. Diese Fonds waren als Personengesellschaften bürgerlichen Rechts in Deutschland organisiert. In der Regel führte die Josef Esch Fonds-Project GmbH die Planung und Projektentwicklung durch. Sal. Oppenheim war über ein Joint Venture indirekt an dieser Gesellschaft beteiligt. In Bezug darauf wurden zahlreiche zivilrechtliche Klagen gegen Sal. Oppenheim eingereicht. Einige dieser Klagen sind auch gegen ehemalige Geschäftsführer von Sal. Oppenheim und andere Personen gerichtet. Die gegen Sal. Oppenheim erhobenen Ansprüche betreffen Investitionen von ursprünglich rund 1,1 Mrd €. Die Investoren verlangen eine Rücknahme ihrer Beteiligung an dem Fonds und eine Haftungsfreistellung für mögliche Verluste und Schulden aus der Investition. Die Ansprüche basieren teilweise auf der Behauptung, Sal. Oppenheim habe nicht ausreichend über Risiken und andere wesentliche Aspekte informiert, die für die Anlageentscheidung wichtig gewesen seien. Auf Grundlage der Fakten der Einzelfälle haben manche Gerichte zugunsten von Sal. Oppenheim entschieden, andere die Haltung der Deutschen Bank bestätigt. Die Berufungsurteile stehen noch aus.

Untersuchungen und Verfahren im Devisenhandel. Die Deutsche Bank hat weltweit Auskunftersuchen von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel und andere Aspekte des Devisenmarkts untersuchen, erhalten. Die Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Hierzu führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen des Devisenhandels und anderer Aspekte ihres Devisengeschäfts weltweit durch. Im Zusammenhang mit dieser Überprüfung hat die Bank, sofern entsprechende Tatsachen oder Umstände vorlagen, disziplinarische Maßnahmen gegen Mitarbeiter eingeleitet und wird dies auch künftig tun. Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in drei als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurden und in denen auf Kartellrecht basierte Ansprüche im Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen geltend gemacht werden. Zwei davon wurden von Nicht-US-Klägern und eines von US-amerikanischen Klägern angestrengt. Am 28. Januar 2015 gab der für die Sammelklagen zuständige Richter auf bundesstaatlicher Ebene dem Klageabweisungsantrag ohne Recht auf erneute Klageerhebung in den beiden Klagen seitens Nicht-US-Klägern statt, wies ihn jedoch für die Klage von US-amerikanischen Klägern ab. Ein Nicht-US-Kläger hat Berufung vor dem U.S.-amerikanischen Gericht eingelegt.

Hochfrequenzhandel/Dark-Pool-Handel. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichtsbehörden Auskunftersuchen in Bezug auf den Hochfrequenzhandel und den Betrieb ihres alternativen Handelssystems („ATS“, bzw. „Dark Pool“) SuperX erhalten. Die Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Auskunftersuchen. Die Deutsche Bank war zunächst Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, in denen mit Blick auf den Hochfrequenzhandel Verstöße gegen die US-amerikanischen Wertpapiergesetze geltend gemacht werden. In der am 2. September 2014 eingereichten zusammengeführten und erweiterten Klage haben die Kläger die Deutsche Bank jedoch nicht als Beklagte benannt.

Interbanken-Zinssatz. Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in Europa, Nordamerika und der Region Asien/Pazifik Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 4. Dezember 2013 als Teil eines Gesamtvergleichs mit der Europäischen Kommission eine Vereinbarung zum Abschluss der Untersuchungen bezüglich des wettbewerbswidrigen Verhaltens im Handel mit Euro-Zinssatz-Derivaten und Yen-Zinssatz-Derivaten erzielt. Im Rahmen des Vergleichs hat die Deutsche Bank zugestimmt, insgesamt 725 Mio € zu zahlen.

Die Deutsche Bank hat am 23. April 2015 separate Vergleichsvereinbarungen mit dem U.S. Department of Justice (DOJ), der U.S. Commodity Futures Trading Commission (CFTC), der U.K. Financial Conduct Authority (FCA) und dem New York State Department of Financial Services (NYSDFS) zur Beendigung von Untersuchungen wegen Fehlverhaltens bezüglich der Festlegung von LIBOR, EURIBOR und TIBOR getroffen. In den Vereinbarungen hat die Deutsche Bank zugestimmt, Strafzahlungen in Höhe von 2,175 Mrd US-\$ an das DOJ, die CFTC und das NYDFS und 226,8 Mio GBP an die FCA zu leisten. Die Vereinbarungen enthalten des Weiteren Bestimmungen über verschiedene Verpflichtungen im Hinblick auf künftige Übermittlungen von Benchmark Rates durch die Deutsche Bank, sowie Regelungen welche die Ernennung eines unabhängigen Aufsehers betreffen. Die Deutsche Bank ist weiterhin verpflichtet, disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Mitarbeiter zu ergreifen, die zur Zeit der Vereinbarung in der Bank tätig waren.

Als Teil der Vereinbarung mit dem DOJ akzeptiert die Deutsche Bank ein sogenanntes „Deferred Prosecution Agreement“ mit dreijähriger Laufzeit. Dieses beinhaltet neben anderen Punkten, daß die Deutsche Bank der Einreichung einer Anklage in zwei Punkten im United States District Court für den District of Connecticut zustimmt, in welcher der Deutschen Bank „Wire-Fraud“ und einen Verstoß gegen den Sherman-Act im Zusammenhang mit Preisfixings vorgeworfen wird. Als weiteren Teil sieht die Vereinbarung vor, daß die DB Group Services (UK) Ltd. (eine indirekte gehaltene, hundertprozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank) mit dem DOJ eine Schuldanerkenntnisvereinbarung trifft, in der die Gesellschaft sich verpflichtet, sich in einer im selben Gericht erhobenen Anklage wegen „Wire-Fraud“ schuldig zu bekennen. Die Deutsche Bank übermittelte ein Vergleichsangebot an die CFTC, das akzeptiert wurde, um ein Entscheidung über ein Verfahren gemäß Section 6 (c) und 6 (d) des Commodity Exchange Acts, die Feststellungen von Tatsachen und die Auferlegung von Sanktionen zu erledigen. Die FCA hat eine Entscheidung im Zusammenhang mit dem Abschluss ihrer Untersuchungen erlassen, und die NYSDFS hat mit der Deutschen Bank einen Vergleich unter §§ 44 and 44-a des New York Banking Law geschlossen.

Andere regulatorische Untersuchungen gegen die Deutsche Bank, welche die Festsetzungen verschiedener weiterer Interbankenzinssätze betreffen, bleiben anhängig, und die Deutsche Bank bleibt weiteren regulatorischen Maßnahmen und Zivilklagen ausgesetzt.

Gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Banken wurde eine Reihe zivilrechtlicher Klagen, einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren, beim United States District Court for the Southern District of New York (SDNY) eingereicht. Alle bis auf zwei dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten auf US-Dollar lautende LIBOR-bezogene Finanzderivate oder andere Finanzinstrumente gehalten oder mit diesen gehandelt und aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Festsetzung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten.

Mit zwei Ausnahmen werden alle zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen, die beim SDNY anhängig sind, in einem distriktübergreifenden Rechtsstreit (US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation) behandelt. Im März 2013 und Juni 2014 hat das Gericht Klageabweisungsanträgen teilweise stattgegeben und sie teilweise abgelehnt, die sich auf einige der ursprünglich eingereichten Klagen beziehen. Das Gericht hat einigen Ansprüchen unter dem Commodity Exchange Act (CEA) sowie bestimmten landesrechtlichen Ansprüchen und Ansprüchen we-

gen ungerechtfertigter Bereicherung stattgegeben, während es bestimmte Ansprüche unter dem CEA als verjährt abwies sowie alle Ansprüche, die auf Bundes- und Landeskartellrecht und auf dem Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) basieren, ablehnte.

Eine Gruppe von Klägern in der US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation, deren landeskartellrechtliche Ansprüche abgewiesen wurden oder deren Anträgen auf einstweilige Verfügung vom District Court zugelassen wurden, legen Berufung vor dem U.S. Court of Appeals for the Second Circuit ein. Der Second Circuit hat dem Antrag auf Zusammenführung der Beklagten stattgegeben. (Der Second Circuit hat den Antrag einer getrennten Gruppe von Klägern abgelehnt, ihre Klage wiederaufzunehmen, die in 2013 ursprünglich vom Second Circuit als nicht fristgerecht erhoben abgewiesen worden war. Diese Klägergruppe hat nun erneut Berufung eingelegt, gegen die die Beklagten einen Abweisungsantrag gestellt haben.)

Zahlreiche in eigenem Namen handelnde Kläger haben erweiterte Klagen eingereicht. Die Parteien haben Anträge auf Klageabweisung vorbereitet, über die vor Gericht mündlich verhandelt wurde. Kläger in dem von Hauseigentümern und Kreditgebern angestregten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren haben ebenfalls erweiterte Klagen eingereicht. Die Parteien haben Anträge auf Klageabweisung vorgetragen. Auch die Bank hat einen Klageabweisungsantrag wegen fehlender persönlicher Zuständigkeit eingereicht. Diese beziehen sich auf einen Anspruch von Klägern in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die behaupten, sie hätten mit auf US-Dollar lautenden LIBOR-bezogenen börsengehandelten Finanzinstrumenten gehandelt. Dieser Antrag wurde vollständig vorgetragen.

Das Gericht hat in einem zusätzlichen Verfahren zum US-Dollar-LIBOR, das getrennt vor dem SDNY anhängig ist, den Klageabweisungsanträgen der Beklagten stattgegeben. In dieser Klage gestattete das Gericht dem Kläger, seine Klage zu erweitern, um Mängel in Bezug auf seine Anschuldigungen zur Verletzung von Kartellrecht am 1. Juni 2015 zu beheben.

Darüber hinaus wurde am 16. April 2015 eine neue Zivilklage zum US-Dollar-LIBOR gegen die Bank eingereicht, wurde aber noch keinem Gericht zugewiesen. Die Bank wurde darüber hinaus als Beklagte in einer im Central District of California anhängigen US-Dollar-LIBOR-Klage benannt. Das Gericht hat dem Klageabweisungsantrag der Bank stattgegeben und ebenfalls die Ansprüche gegen die anderen Beklagten in dem Fall abgewiesen. Der Kläger legt zurzeit Berufung vor dem Court of Appeals for the Ninth Circuit ein.

Gegen die Deutsche Bank und andere Banken wurde eine Sammelklage wegen des Vorwurfs der Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR eingereicht. Am 28. März 2014 hat der SDNY den Klageabweisungsanträgen der Beklagten auf Grundlage des US-amerikanischen Bundeskartellrechts und der ungerechtfertigten Bereicherung stattgegeben. Gleichzeitig wurden jedoch die Anträge der Beklagten in Bezug auf Ansprüche unter dem CEA abgelehnt. Am 31. März 2015 lehnte das Gericht Anträge ausländischer Beklagter mit Niederlassungen in New York (einschließlich der Deutschen Bank) auf Klageabweisung wegen fehlender persönlicher Zuständigkeit ab. Diese Beklagten hatten keine Vereinbarungen mit dem Kläger geschlossen, die ihr Recht auf das Stellen solcher Anträge regelt. Am 15. April 2015 reichten die Beklagten (einschließlich der Deutschen Bank) den Antrag ein, das Gericht möge seine Entscheidung überdenken oder einen unmittelbaren Antrag auf einstweilige Verfügung vor dem Second Circuit zulassen. Ebenfalls am 31. März 2015 hat das Gericht einem Antrag des Klägers, seine Klage zu erweitern, teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Ferner hat das Gericht für die Bank relevante Anträge des Klägers auf Geltendmachung von Ansprüchen gemäß RICO sowie auf die Aufnahme zweiter weiterer namentlich genannter Kläger, die vorgeblich mit auf Yen lautenden Devisenfutures und Devisenterminkontrakten gehandelt hatten, abgewiesen. Das Gericht gewährte dem Kläger das Recht, seine Klage zu erweitern und einen dritten namentlich genannten Kläger aufzunehmen, der vorgeblich mit einigen Beklagten, einschließlich der Bank, Geschäfte in auf Yen lautenden Terminkontrakten abgeschlossen hat, und im Namen des neuen Klägers landesrechtliche Ansprüche und Ansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung geltend zu machen. Zusätzlich bestätigte das Gericht kürzlich, dass das Beweisverfahren bis 15. Mai 2015 ausgesetzt ist und danach Beweisfragen an einen Richter zur weiteren Verhandlung verwiesen würden.

Gegen die Deutsche Bank wurde ebenfalls ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren wegen des Vorwurfs der Manipulation des EURIBOR angestrengt. Das Gericht hat einem Antrag auf Aussetzung des Beweisverfahrens bis 12. Mai 2015 stattgegeben. Die Frist für eine Stellungnahme der Beklagten wurde vorbehaltlich einer Erweiterung der Klage ausgesetzt. Die Schadensersatzforderungen in diesen Rechtsfällen wurden auf verschiedene Rechtsgrundlagen gestützt, einschließlich der Verletzung des CEA, kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des RICO sowie anderer Bundes- und einzelstaatlicher Gesetze.

Kaupthing CLN. Im Juni 2012, hat die Kaupthing hf, eine isländische Aktiengesellschaft, (vertreten durch den Winding-up Ausschuss) auf isländisches Recht gestützte Anfechtungsklagen über ca. 509 Mio € (plus Zinsen) gegen die Deutsche Bank in Island und England erhoben. Die geltend gemachten Ansprüche stehen im Zusammenhang mit Credit Linked Notes auf Kaupthing, welche die Deutsche Bank in 2008 an zwei British Virgin Island Spezialvehikel („SPVs“) herausgegeben hat. Diese SPVs gehörten ultimativ sehr vermögenden Privatpersonen. Kaupthing behauptet, daß die Deutsche Bank gewußt habe oder hätte wissen müssen, daß Kaupthing selbst den Risiken aus den Transaktionen ausgesetzt war, weil sie die SPVs finanziert habe. Es wird behauptet, daß Kaupthing die Transaktionen aus verschiedenen Gründen anfechten könne, da die Transaktionen unter anderem deshalb unzulässig waren, weil es Kaupthing so möglich war, direkten Einfluß auf die Quotierung eigener CDS (Credit Default Swaps) und damit eigener börsennotierter Anleihen zu nehmen. Im November 2012 wurde eine weitere, auf englisches Recht gestützte Klage (gestützt auf Vorwürfe, die den Vorwürfen der auf isländisches Recht gestützten Klagen vergleichbar sind) gegen die Deutsche Bank in London erhoben. Die Deutsche Bank hat Ihre Klageerwiderungen für die isländischen Verfahren im Februar 2013 eingereicht und verteidigt sich weiter. Im Februar 2014 wurden die beiden in England anhängigen Verfahren bis zur endgültigen Entscheidung in den isländischen Verfahren ausgesetzt. Darüber hinaus wurden der Deutschen Bank von den SPVs und deren Abwicklern im Dezember 2014 weitere Klagen zugestellt, die sich auf eine weitgehend vergleichbare Anspruchsbegründung stützen, sich auf CLN Transaktionen beziehen und sich gegen die Deutsche Bank und weitere Beschuldigte in England richten. Wir erwarten nicht, daß die von den SPVs erhobenen Klagen die Höhe der möglichen Verpflichtungen der Deutschen Bank im Zusammenhang mit CLN Transaktionen, über die bereits von Kaupthing unmittelbar erhobenen Ansprüche hinaus, erhöhen.

Kirch. Im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren ermittelte und ermittelt die Staatsanwaltschaft München I weiterhin gegen mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG sowie gegen die aktuellen Vorstandsmitglieder Jürgen Fitschen und Dr. Stephan Leithner. Das Kirch-Verfahren umfasste mehrere zivilrechtliche Verfahren zwischen der Deutschen Bank AG und Dr. Leo Kirch beziehungsweise dessen Medienunternehmen. Die zentrale Streitfrage in den Zivilverfahren war, ob der damalige Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG, Dr. Rolf Breuer, durch seine Äußerungen in einem Interview mit dem Fernsehsender Bloomberg im Jahre 2002 die Insolvenz der Kirch Unternehmensgruppe herbeigeführt habe. In diesem Interview äußerte sich Dr. Rolf Breuer zu der mangelnden Finanzierungsmöglichkeit der Kirch Unternehmensgruppe. Im Februar 2014 schlossen die Deutsche Bank und die Erben von Dr. Leo Kirch einen umfangreichen Vergleich, der sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien beendete.

Das Ermittlungsverfahren gegen Jürgen Fitschen und mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder ist abgeschlossen. Anfang August 2014 hat die Staatsanwaltschaft Anklage beim Landgericht München erhoben. Die Staatsanwaltschaft hat die Anordnung der Nebenbeteiligung der Deutschen Bank in Bezug auf eine mögliche Ordnungswidrigkeit gemäß § 30 OWiG beantragt. Die Anklageschrift wurde den ehemaligen Vorstandsmitgliedern, Jürgen Fitschen und der Deutschen Bank AG im September 2014 zugestellt. Am 2. März 2015 hat das Landgericht München die Anklage zugelassen und das Hauptverfahren gegen alle Angeschuldigten eröffnet. Des Weiteren wurde die Nebenbeteiligung der Deutsche Bank AG angeordnet.

Die Ermittlungen gegen Dr. Stephan Leithner dauern noch an.

Die Staatsanwaltschaft wirft den derzeitigen Vorstandsmitgliedern vor, versäumt zu haben, Tatsachenbehauptungen, die von den für die Deutsche Bank in dem Kirch-Verfahren tätigen Rechtsanwälten in Schriftsätzen an das Oberlandesgericht München und den Bundesgerichtshof vorgebracht wurden, rechtzeitig zu korrigieren, nachdem sie angeblich Kenntnis erlangt hatten, dass diese Ausführungen nicht korrekt gewesen sein sollen.

Nach deutschem Recht haben die Parteien eines Zivilverfahrens die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass alle vor Gericht abgegebenen Erklärungen über tatsächliche Umstände vollständig sind und der Wahrheit entsprechen. Die Verfahren gegen Jürgen Fitschen und Dr. Stephan Leithner werden geführt, weil ihnen – im Gegensatz zu ihren derzeitigen Vorstandskollegen – vorgeworfen wird, dass sie Spezialwissen oder -verantwortung im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren gehabt haben sollen. Das Verfahren gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder beruht auf dem Vorwurf, dass diese vor dem Oberlandesgericht München falsch ausgesagt haben sollen.

Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Deutschen Bank AG haben Gutachten von einer internationalen Rechtsanwaltskanzlei sowie von einem ehemaligen Präsidenten eines führenden deutschen Berufungsgerichts eingeholt. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass für die strafrechtlichen Vorwürfe der Staatsanwaltschaft gegen Jürgen Fitschen und Dr. Stephan Leithner keine Grundlage besteht. Die Deutsche Bank kooperiert vollumfänglich mit der Staatsanwaltschaft.

Auflösung einer Position auf den KOSPI-Index. Nachdem der Korea Composite Stock Price Index 200 („KOSPI 200“) während der Schlussauktion am 11. November 2010 um rund 2,7 % gefallen war, leitete die koreanische Finanzdienstleistungsaufsicht („FSS“) eine Untersuchung ein und äußerte die Sorge, der Fall des KOSPI 200 sei darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Bank einen Aktienkorb im Wert von rund 1,6 Mrd € verkauft hatte, der Teil einer Indexarbitrage-Position auf den KOSPI 200 gewesen war. Am 23. Februar 2011 prüfte die koreanische Finanzdienstleistungskommission (Korean Financial Services Commission), die die Arbeit der FSS beaufsichtigt, die Ermittlungsergebnisse und Empfehlungen der FSS und beschloss, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Erstellen von Strafanzeige bei der südkoreanischen Staatsanwaltschaft gegen fünf Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen des Verdachts auf Marktmanipulation und gegen die Deutsche-Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Securities Korea Co. („DSK“) wegen Haftung für fremdes Verschulden sowie (ii) Verhängen eines sechsmonatigen Eigenhandelsverbots zwischen 1. April 2011 und 30. September 2011 gegen die DSK, das sich auf den Handel mit Aktien am Kassamarkt und mit börsengehandelten Derivaten sowie auf den Aktien-Kassahandel über DMA-Systeme (Direct Market Access) erstreckte, und Verpflichtung der DSK, einen bestimmten Beschäftigten für sechs Monate zu suspendieren. Eine Ausnahme vom Eigenhandelsverbot wurde insofern gewährt, als es der DSK weiterhin erlaubt sein sollte, Liquidität für bestehende an Derivate gekoppelte Wertpapiere bereitzustellen. Am 19. August 2011 teilte die koreanische Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung mit, gegen die DSK und vier Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen mutmaßlicher Spot-/Futures-Marktmanipulationen Klage zu erheben. Das Strafverfahren hat im Januar 2012 begonnen. Ein Urteil in dieser Strafsache gegen die DSK und eine der vier Einzelpersonen könnte im Lauf des Jahres 2015 ergehen. Darüber hinaus strengten Parteien, die behaupten, durch den Fall des KOSPI 200 am 11. November 2010 Verluste erlitten zu haben, vor koreanischen Gerichten eine Vielzahl von zivilrechtlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und die DSK an. Die Kläger machen Schadensersatzforderungen von insgesamt rund 250 Mio € (zum aktuellen Umrechnungskurs) zuzüglich Zinsen und Kosten geltend. Diese Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Phasen. Bei einigen könnte im Jahresverlauf 2015 eine Entscheidung fallen.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen in diesen Absätzen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, einschließlich Mitgliedern der Residential Mortgage-Backed Securities Working Group der US Financial Fraud Enforcement Task Force. Diese Auskunftersuchen beziehen sich auf ihre Aktivitäten bei der Ausreichung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und/oder dem Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapieren (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS), durch Grundpfandrechte auf Gewerbeimmobilien besicherten Wertpapieren (Commercial Mortgage Backed Securities – CMBS), forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS) und Kreditderivaten. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer vom US-Bundesstaat Virginia erhobenen Zivilklage, in der Ansprüche wegen Betrugs und Verstoßes gegen den Virginia Fraud Against Taxpayers Act geltend gemacht werden, nachdem der Rentenfonds des Staates Virginia (Virginia Retirement System – VRS) durch die Deutsche Bank emittierte oder garantierte RMBS gekauft hatte. Die Deutsche Bank ist eines von dreizehn als Beklagte benannten Finanzinstituten. In der Klageschrift werden die von den Beklagten jeweils geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben, jedoch Schadensersatzansprüche von insgesamt 1,15 Mrd US-\$ geltend gemacht. Die Klageschrift wurde ursprünglich von einer Privatperson versiegelt eingereicht. Nachdem der Attorney General des US-Bundesstaates von Virginia beschlossen hatte, der Klage beizutreten, wurde sie am 16. September 2014 entsiegelt. Der Fall befindet sich noch in einem frühen Stadium, und die Deutsche Bank ficht die Behauptung des VRS an, dass das Gericht des Bundesstaates Virginia persönlich für die Angelegenheit zuständig ist.

Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Rollen einschließlich als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS benannt. Zu diesen im Folgenden beschriebenen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere und Klagen von Treuhändern im Namen von RMBS-Treuhandvermögen. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen seien oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die sich auf ihre Rolle und die anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der IndyMac MBS, Inc. begebener RMBS beziehen. Am 8. September 2014 vereinbarten die Deutsche Bank und bestimmte weitere Finanzinstitute als Beklagte sowie die Hauptkläger, das Verfahren mit einem Vergleich beizulegen. Am 30. September 2014 erging ein gerichtlicher Entscheid zur Genehmigung und Bekanntmachung des Vergleichs. Am 23. Februar 2015 erließ das Gericht eine Anordnung, wonach der Vergleich genehmigt und die Klage abgewiesen ist. Laut Vergleichsvereinbarung haben die Beklagten insgesamt 340 Mio US-\$ gezahlt. Die von der Deutschen Bank anteilig zu leistende Vergleichszahlung ist nicht wesentlich. Pacific Investment Management Company, LLC („PIMCO“) reichte auf Anordnung des Gerichtes vom 23. Februar 2015 am 25. März 2015 eine Beschwerde ein. PIMCO hatte vorher einen Einspruch bezüglich der Begleichung eingelegt für den Zweck, einer gerichtlichen Überprüfung zur Klärung bzw. Verengung des Zwecks der Entlassung/ Veröffentlichung welches in der Begleichungsvereinbarung dargelegt ist, welches vom Gericht überstimmt wurde.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren, das sich auf ihre Rolle und die anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Novastar Mortgage Corporation begebener RMBS bezieht. Am 4. Februar 2015 hob das Gericht per Urteil seine frühere Entscheidung auf, mit der fünf der sechs RMBS-Angebote von der Klage ausgeschlossen worden waren. Das Gericht ordnete an, dass die Kläger ihre Klage um die zuvor abgewiesenen Angebote erweitern. Das Beweisverfahren (Discovery), das während des laufenden Antrags der Kläger ausgesetzt worden war, wird nun wieder aufgenommen.

Am 18. Dezember 2013 wies der United States District Court for the Southern District of New York die Ansprüche gegen die Deutsche Bank in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren in Bezug auf die von der Residential Accredited Loans, Inc. und ihren verbundenen Unternehmen begebenen RMBS ab.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen nicht als Sammelklage bezeichneten Verfahren und Schiedsverfahren, die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen einschließlich Aozora Bank, Ltd., Commerzbank AG, Federal Deposit Insurance Corporation (als Verwalterin für Colonial Bank, Franklin Bank S.S.B., Guaranty Bank, Citizens National Bank and Strategic Capital Bank), Federal Home Loan Bank of Boston, Federal Home Loan Bank of San Francisco, Federal Home Loan Bank of Seattle, HSBC Bank USA, National Association (als Treuhänder für bestimmte RMBS-Treuhandvermögen), Knights of Columbus, Mass Mutual Life Insurance Company, Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der WestLB AG

entweder geschaffen oder geführt werden), Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die geschaffen wurden, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben), Sealink Funding Ltd. (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der Sachsen Landesbank und ihren Beteiligungen entweder geschaffen oder geführt werden), Texas County & District Retirement System und The Charles Schwab Corporation eingeleitet wurden.

Am 18. Dezember 2014 wurde eine Vereinbarung eingereicht, gemäß der Ansprüche gegen die Deutsche Bank endgültig abgewiesen wurden, die Mass Mutual Life Insurance Company im Zusammenhang mit Angeboten seitens mit Countrywide verbundener Unternehmen geltend gemacht hatte. Nach Dafürhalten der Deutschen Bank wurde die Klage in Bezug auf diese Angebote infolge einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung abgewiesen, an der die Deutsche Bank nicht beteiligt war. Die Deutsche Bank ist weiterhin Beklagte in einem getrennten Verfahren, das Mass Mutual Life Insurance Company zu Zertifikaten angestrengt hat, die nicht von mit Countrywide verbundenen Unternehmen begeben wurden.

Am 14. Januar 2015 gab das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der Klage seitens Aozora Bank, Ltd. in Bezug auf eine forderungsbesicherte Schuldverschreibung (Collateralized Debt Obligation – CDO) der Blue Edge ABS CDO Ltd. statt. Am 17. Februar 2015 reichte Aozora Bank, Ltd. einen Antrag ein, die Klage erneut zu verhandeln oder eine erweiterte Klage einzureichen. Gegen diesen Antrag hat die Deutsche Bank Einspruch eingelegt. Die Deutsche Bank ist weiterhin gemeinsam mit der UBS AG und verbundenen Unternehmen Beklagte in einem von der Aozora Bank angestregten Verfahren in Bezug auf eine CDO der Brooklyn Structured Finance CDO, Ltd. Hier ist ein Antrag auf Klageabweisung aktuell vor Gericht anhängig.

Am 22. Januar 2015 stimmte die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung mit der Deutschen Bank vom 14. Januar 2015 zu, Ansprüche, die sie gegen die Deutsche Bank in Bezug auf sieben RMBS-Angebote geltend gemacht hatte, ohne Recht auf erneute Klageerhebung fallen zu lassen. Am 26. Januar 2015 erließ die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung zwischen der Federal Home Loan Bank of San Francisco und Countrywide die Anweisung, laut der Ansprüche gegen die Deutsche Bank seitens der Federal Home Loan Bank of San Francisco in Bezug auf 15 Angebote von mit Countrywide verbundenen Unternehmen rechtskräftig eingestellt werden. Nach Dafürhalten der Deutschen Bank wurde die Klage in Bezug auf diese 15 Angebote infolge einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung abgewiesen, an der die Deutsche Bank nicht beteiligt war. Die Deutsche Bank ist nach wie vor Beklagte in einem Verfahren zu einem RMBS-Angebot und zwei Angeboten, die als Weiterverbriefung von RMBS-Zertifikaten beschrieben wurden. Die Klage befindet sich im Stadium des Beweisverfahrens (Discovery).

Die Deutsche Bank und Monarch Alternative Capital LP sowie bestimmte von dessen Beratungskunden und verwaltete Investmentvehikel (Monarch) einigten sich am 18. Dezember 2014 darauf, der HSBC Bank USA, National Association (HSBC) eine Vergleichsvereinbarung zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten zu drei RMBS-Treuhandvermögen anzubieten. Gemäß der Vereinbarung mit Monarch forderte das Investmentvehikel, dass HSBC eine Abstimmung unter den Zertifikateinhabern jedes Treuhandvermögens durchführt, um deren Zustimmung oder Ablehnung zu dem vorgeschlagenen Vergleich zu erfragen. HSBC hat die jeweiligen Zertifikateinhaber über die vorgeschlagenen Vergleichsvereinbarungen in Kenntnis gesetzt und sie informiert, dass das Unternehmen zurzeit eine Überprüfung der vorgeschlagenen Vereinbarungen durchführt sowie beabsichtigt, in Kürze Mitteilungen zu den vorgeschlagenen Vereinbarungen an die Zertifikateinhaber zu schicken. Das Gericht führt ein Rechtsstreit bis zum Abschluss der Vergleichsvereinbarungen fort. Sollten ein oder mehrere Vergleichsvereinbarungen zustande kommen, würde ein wesentlicher Teil der von der Deutschen Bank gezahlten Vergleichsgelder von einer nicht an dem Verfahren beteiligten Drittpartei zurückerstattet. Die wirtschaftlichen Nettoauswirkungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Es ist möglich, dass diese potenziellen Klagen eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben. Zusätzlich hat die Deutsche Bank mit einigen dieser juristischen Personen Vergleiche abgeschlossen, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind.

Die Deutsche Bank National Trust Company („DBNTC“) und die Deutsche Bank Trust Company Americas („DBTCA“) wurden in Bezug auf ihre Rollen als Treuhänder für bestimmte RMBS-Treuhandvermögen in einem Zivilverfahren von Investoren verklagt. Am 18. Juni 2014 erhob eine Gruppe von Investoren eine Zivilklage gegen die DBNTC und DBTCA vor dem New York State Supreme Court, vorgeblich im Namen und zugunsten von 544 im Private-Label-Verfahren verwaltete RMBS-Treuhandvermögen. Dabei werden Ansprüche wegen der behaupteten Verletzung des Trust Indenture Act von 1939 (TIA), Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Verpflichtungen und Fahrlässigkeit seitens der DBNTC und DBTCA wegen der angeblichen Nichterfüllung ihrer Pflichten als Treuhänder für die Treuhandvermögen geltend gemacht. Die Kläger haben inzwischen ihre Klage vor dem State Court zurückgezogen und eine erweiterte Klage beim U.S. District Court for the Southern District of New York (SDNY) eingereicht. Ebenfalls am 18. Juni 2014 strengte Royal Park Investments SA/NV gegen die DBNTC ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren im Namen von Investoren in 10 RMBS-Treuhandvermögen an. Bei dem Verfahren, das vor dem SDNY anhängig ist, werden Ansprüche wegen behaupteter Verstöße gegen den TIA, Vertragsbruchs sowie Vertrauensbruchs aufgrund der angeblichen Nichterfüllung treuhänderischer Pflichten seitens der DBNTC gegenüber den Treuhandvermögen geltend gemacht. Die DBNTC beantragte die Abweisung der Klage. Am 7. November 2014 reichte das National Credit Union Administration Board als Investor in 121 RMBS-Treuhandvermögen eine Klage gegen DBNTC als Treuhänder dieser Vermögen beim SDNY ein. Darin wird der DBNTC wegen der behaupteten Nichterfüllung angeblicher gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen die Verletzung des TIA und des New York Streit Act vorgeworfen; am 5. März 2015 wurde von den Klägern eine erweiterte Anklageschrift im Zusammenhang mit 97 Trusts und damit zusammenhängenden Ansprüchen für Vertragsbruch, sowie Vertrauensbruch und Fahrlässigkeit geltend gemacht. Am 23. Dezember 2014 reichten bestimmte CDO-Investmentvehikel, die von 21 RMBS-Treuhandvermögen begebene RMBS-Zertifikate halten, eine Klage gegen die DBNTC als Treuhänder der Vermögen vor dem SDNY ein. Darin wurden Ansprüche wegen der Verletzung des TIA und Streit Act, Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Verpflichtungen, Fahrlässigkeit, grober Fahrlässigkeit und fahrlässiger Falschangaben und der angeblichen Nichterfüllung der Pflichten als Treuhänder der Vermögen geltend gemacht. Am 24. März 2015 reichten sechs Versicherungsgesellschaften incl Western & Southern Life Insurance Klage gegen DBNTC und HSBC ein in ihrer Eigenschaft als RMBS Treuhänder von 18 Trusts (davon 12, die von DBTNC verwaltet werden) wegen Schadensersatzanspruch von TIA und Streit Act wegen Vertragsbruch, Vertrauensbruch und Fahrlässigkeit ein, basierend auf DBNTC's Unfähigkeit, seinen Pflichten als Treuhänder für die Trusts nachzukommen.

Untersuchungen und Rechtsstreitigkeiten im Bereich Edelmetalle. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Auskunftersuchen in Bezug auf den Handel mit und einige andere Aspekte zu Edelmetallen erhalten. Die Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. In diesem Zusammenhang führt die Deutsche Bank eigene Untersuchungen zum Handel mit Edelmetallen und anderen Aspekten ihres Edelmetallgeschäfts durch. Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren vor dem United States District Court for the Southern District of New York, in denen die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen der USA und des U.S. Commodity Exchange Act aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Ermittlung des Gold- und Silberpreises über das Londoner Gold- und Silberfixing behauptet wird.

Unangemessene Einstellungspraktiken. Einige Aufsichtsbehörden untersuchen zurzeit unter anderem, inwieweit die Deutsche Bank bei der Einstellung von Kandidaten, die von bestehenden oder potenziellen Kunden und Staatsbediensteten empfohlen worden waren, sowie bei der Beauftragung von Beratern in der Region Asien-Pazifik den Foreign Corrupt Practices Act und andere Gesetze eingehalten hat. Die Deutsche Bank liefert die erforderlichen Informationen und kooperiert auch weiterhin bei diesen Untersuchungen.

US-Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens bestimmter Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich ihrer historischen Abwicklung von Zahlungsaufträgen in US-Dollar erhalten, die sie durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US-Embargos unterlagen. Die Anfragen richten sich darauf, ob diese Abwicklung mit US-amerikanischem Bundes- und Landesrecht in Einklang standen. In 2006 hat die Deutsche Bank freiwillig entschieden, dass sie keine US-Dollar-Geschäfte mit Kontrahenten im Iran und Sudan, in Nordkorea und auf Kuba sowie mit einigen syrischen Banken tätigen wird. Ferner hat sie beschlossen, aus US-Dollar-Geschäften mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. In 2007 hat die Deutsche Bank entschieden, dass sie kein Neugeschäft in jeglicher Währung mit Kontrahenten im Iran und Sudan sowie in Syrien und Nordkorea eingehen wird beziehungsweise aus dem bestehenden Geschäft in allen Währungen mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus hat sie beschlossen, ihr Nicht-US-Dollar-Geschäft mit Kontrahenten auf Kuba zu beschränken. Die Deutsche Bank stellt Informationen zur Verfügung und kooperiert in jeder Hinsicht mit den Ermittlungsbehörden.

Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten

Von 2005 bis 2008 hat die Deutsche Bank im Rahmen ihres mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekarkreditgeschäfts in den USA Kredite in Höhe von circa 84 Mrd US-\$ in Form von Verbriefungen und circa 71 Mrd US-\$ durch Veräußerung von Krediten verkauft. Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, Investoren oder Kreditversicherern zurückzukaufen oder diese von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 31. März 2015 bestanden gegenüber der Deutschen Bank noch unerledigte Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten, auf die nicht im Rahmen einer Vereinbarung verzichtet wurde, in Höhe von circa 4,8 Mrd US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Kreditbetrags). Diese bestehen in erster Linie aus Forderungen im Hinblick auf Verbriefungen mit einem Dritten seitens der Treuhänder oder deren Servicegesellschaften. Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank zum 31. März 2015 Rückstellungen in Höhe von 808 Mio US-\$ (752 Mio €) bilanziert. Die Deutsche Bank ist Begünstigte in Haftungsübernahmevereinbarungen der Originatoren oder Verkäufer bestimmter Hypothekenkredite, auf die sich diese Forderungen beziehen. In diesem Zusammenhang konnte die Deutsche Bank zum 31. März 2015 Ansprüche von 359 Mio US-\$ (334 Mio €) bilanzieren. Die Nettorückstellungen für die Forderungen beliefen sich zum 31. März 2015 nach Abzug solcher Ansprüche auf 449 Mio US-\$ (418 Mio €).

Zum 31. März 2015 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Kreditbetrag in Höhe von rund 5,3 Mrd US-\$ Rückkäufe getätigt, Vereinbarungen über einen Verzicht erzielt oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen, Vereinbarungen und Vergleichen ist die Deutsche Bank aus möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen der Deutschen Bank resultieren könnten, in Höhe von circa 72,9 Mrd US-\$ entlastet.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten gegen die Deutsche Bank angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Diese potenziellen Forderungen könnten eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben.

Die Deutsche Bank rechnet damit, dass zusätzliche Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten in Bezug auf die verkauften Hypothekenkredite gestellt werden. Deren Zeitpunkt und Höhe können jedoch nicht zuverlässig geschätzt werden und unter anderem von folgenden Faktoren abhängen: Entscheidungen der Gerichte zur Verjährung von Verstößen gegen Zusicherungen und Gewährleistungen, unter anderem in Bezug auf ein vor dem New York Court of Appeal ausstehendes Berufungsurteil zu einem von der Deutschen Bank begebenen durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapier.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und, es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten wie für vergleichbare Geschäfte mit fremden Dritten.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank-Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 31. März 2015 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 5 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 21 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2014 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 3 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 16 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei der Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Begebene Kredite und gewährte Garantien

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2015	31.12.2014
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	321	357
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	182	596
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	170	657
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-1
Wechselkursveränderungen/Sonstige	28	27
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand¹	361	321
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	3	5
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	0	0
Garantien und sonstige Verpflichtungen	225	45

¹ Davon waren zum 31. März 2015 3 Mio € Forderungen überfällig (31. Dezember 2014: 3 Mio €). Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. März 2015 Sicherheiten in Höhe von 131 Mio € (31. Dezember 2014: 70 Mio €).

Erhaltene Einlagen

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2015	31.12.2014
Einlagen, Anfangsbestand	128	167
Einlagenzuflüsse	345	245
Einlagenabflüsse	359	244
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-43
Wechselkursveränderungen/Sonstige	4	4
Einlagen, Endbestand	119	128

Sonstige Geschäfte

Zum 31. März 2015 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 123 Mio € (31. Dezember 2014: 87 Mio €). Zum 31. März 2015 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 2 Mio € (31. Dezember 2014: 0 Mio €).

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 31. März 2015 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

In der Bilanz werden die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva ausgewiesen. Dieser Abschnitt erläutert die Art der zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und deren finanzielle Auswirkungen zum 31. März 2015.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum Bilanzstichtag

Zum 31. März 2015 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 546 Mio € (31. Dezember 2014: 180 Mio €) und die Veräußerungsgruppen enthielten Verbindlichkeiten in Höhe von 15 Mio € (31. Dezember 2014: 0 Mio €).

Im ersten Quartal 2015 hat der Konzern seine Beteiligung am Fairview Container Terminal in Port of Prince Rupert, Kanada, als eine zum Verkauf gehaltene Veräußerungsgruppe innerhalb der Non-Core Operations Unit klassifiziert. Das Fairview Container Terminal gehört zu Maher Terminals, einem der weltweit größten Betreiber von Containerhäfen. Gemäß der vorgesehenen Veräußerungstransaktion wird DP World, ein Seehäfen-Betreiber mit Sitz in Dubai, 100 % des Fairview Container Terminals für 424 Mio € (580 Mio CAD) übernehmen. Die Transaktion unterliegt noch der Genehmigung durch die entsprechenden Aufsichtsbehörden und wird voraussichtlich innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden. Die Klassifizierung als eine zum Verkauf gehaltene Veräußerungsgruppe führte nicht zu einer Wertminderung.

Zum 31. März 2015 und zum 31. Dezember 2014 wurden keine unrealisierten Gewinne im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 22. April 2015 hat die Deutsche Bank einen Vertrag zum Erwerb zusätzlicher Postbank Aktien unterzeichnet. Mit dieser Transaktion steigt der Anteil der Deutschen Bank an der Postbank auf rund 97 %. Diese Transaktion wird im zweiten Quartal 2015 zu einem Nettoverlust von rund 93 Mio € führen.

Sonstige Informationen (nicht testiert)

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlicht wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Größen des historischen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows des Konzerns, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter eingeschlossener oder ausgeschlossener Beträge im Vergleich zu den am besten passenden und gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden.

Vollumgesetzte CRR/CRD 4-Verschuldungsquote

Als Teil seines Bilanzmanagements verwendet der Konzern eine CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis der Vollumsetzung, die das Kernkapital auf Basis der Vollumsetzung im Verhältnis zum CRR/CRD 4-Risikomaß setzt. Das Risikomaß wird durch Anpassungen der Bilanzsumme gemäß IFRS ermittelt. Diese Kennzahl wird in diesem Bericht im Abschnitt "Lagebericht: Risikobericht: Bilanzmanagement" erläutert.

Eigenkapitalrendite vor Steuern und nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (eine nicht nach IFRS ermittelte Messgröße) basiert auf dem prozentualen Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern am durchschnittlichen Active Equity des Konzerns. Beide werden nachfolgend definiert.

Für den Konzern werden die Eigenkapitalrenditen nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital sowie basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die 62 % für das erste Quartal 2015 (erstes Quartal 2014: 34 %) betrug. Für die Segmente wird für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity eine Steuerquote von 35 % angewendet (erstes Quartal 2014: 35 %).

Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern: Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis vor Steuern wie folgt.

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
Ergebnis vor Steuern	1.479	1.680
Abzüglich des den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis vor Steuern	- 16	- 20
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern	1.464	1.660

Durchschnittliches Active Equity: Der Konzern berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu vereinfachen, und verweist auf das Active Equity bei der Berechnung verschiedenster Kennziffern. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Der Konzern bereinigt das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital um die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung ausgezahlt wird.

in Mio €	1. Quartal	
	2015	2014
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	71.153	55.348 ¹
Durchschnittliche Dividendenabgrenzungen	- 1.164	- 860
Durchschnittliches Active Equity	69.990	54.488

¹ Das Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital wurde angepasst um -6 Mio €.

Die Eigenkapitalrenditen vor Steuern und nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity werden nachfolgend dargestellt. Zum Vergleich werden die Eigenkapitalrenditen vor Steuern und nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) dargestellt. Diese sind als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern beziehungsweise des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses nach Steuern an dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital definiert.

in %	1. Quartal	
	2015	2014
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	8,2	12,0
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	8,4	12,2
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	3,1	7,8
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	3,1	8,0

Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren materiellen Eigenkapital

Die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital wird als den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis nach Steuern, dividiert durch das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare materielle Eigenkapital, ermittelt. Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis nach Steuern ist als Ergebnis nach Steuern, abzüglich des den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis nach Steuern, definiert. Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare materielle Eigenkapital wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital in der Bilanz subtrahiert wird.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal	
	2015	2014
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital ¹	71.153	55.348
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte	- 15.462	- 13.963
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares materielles Eigenkapital	55.691	41.385
Ergebnis vor Steuern ²	559	1.103
Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis nach Steuern	- 16	- 20
Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis nach Steuern	544	1.083
Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital (in %)	3,9	10,5

¹ Das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare materielle Eigenkapital wird ermittelt als Durchschnitt der letzten vier Monatswerte.

² Für den Konzern basiert die Berechnung auf einer Steuerquote von 62 % im ersten Quartal 2015 und 34 % für das erste Quartal 2014.

Nettovermögen und materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)

Das Nettovermögen und das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) sind finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Sie werden von Investoren und Analysten als verlässliche Kennzahlen zur Beurteilung der Kapitaladäquanz genutzt. Das Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert). Das materielle Nettovermögen errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital abzüglich der Position „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“. Das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) entspricht dann dem materiellen Nettovermögen dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert).

Materielles Nettovermögen

in Mio €	31.3.2015	31.12.2014
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (Nettovermögen)	72.979	68.351
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 15.802	- 14.951
Materielles Nettovermögen	57.177	53.400

Ausstehende Stammaktien (unverwässert)

in Mio (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2015	31.12.2014
Anzahl ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Aktien im Eigenbestand	- 0,5	- 0,3
Gewährte Aktienrechte (unverfallbar)	6,9	6,8
Ausstehende Stammaktien (unverwässert)	1.385,7	1.385,8
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	52,67	49,32
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	41,26	38,53

Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation und bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der kommunizierten Strategie hat die Deutsche Bank die den Konzern betreffenden Ziele für die bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation und die bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity, veröffentlicht. Beides sind nicht nach IFRS ermittelte Messgrößen. Die bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity wurde auch für den Geschäftsbereich CB&S veröffentlicht.

Die bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation wird, wie unten angegeben, mittels Division der bereinigten Kostenbasis durch die (veröffentlichten) Erträge ermittelt.

Die bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity wird durch Division des (nachstehend beschriebenen) den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses nach Steuern durch das oben genannte durchschnittliche Active Equity berechnet.

Die bereinigte Kostenbasis ist eine nicht nach IFRS ermittelte Messgröße und am ehesten direkt vergleichbar mit den nach IFRS ermittelten zinsunabhängigen Aufwendungen. Die bereinigte Kostenbasis wird wie folgt berechnet: Die Zinsunabhängigen Aufwendungen gemäß IFRS werden bereinigt um (i) die Umsetzungskosten (CtA) des konzernweiten Operational Excellence (OpEx)-Programms, (ii) weitere Abfindungszahlungen, (iii) Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, (iv) Kosten für Rechtsstreitigkeiten, (v) Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie andere immaterielle Vermögenswerte und (vi) weitere spezifische Kosten.

Das bereinigte und den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis vor Steuern ist eine nicht nach IFRS ermittelte Messgröße und am ehesten direkt vergleichbar mit dem nach IFRS berechneten Ergebnis vor Steuern. Dieses wird durch Bereinigung des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (eine, wie oben angegeben, nicht nach IFRS ermittelte Messgröße basierend auf dem Ergebnis vor Steuern nach IFRS) um folgende Positionen ermittelt: (i) CVA (Marktwertschwankungen bei verbundenen Sicherungsgeschäften), DVA und FVA gemäß CRR/CRD 4, (ii) Umsetzungskosten für OpEx, (iii) weitere Abfindungszahlungen, (iv) Kosten für Rechtsstreitigkeiten und (v) Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie andere immaterielle Vermögenswerte.

Das bereinigte, den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis nach Steuern ist eine nicht nach IFRS ermittelte Messgröße und am ehesten direkt vergleichbar mit dem nach IFRS berechneten Ergebnis nach Steuern. Es wird ermittelt, indem das bereinigte, den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis vor Steuern um Effekte aus dem Ertragsteueraufwand/-ertrag für die Berichtsperiode angepasst wird.

Bewertungsanpassungen

Bei der Überleitung zur Ermittlung des bereinigten Ergebnisses vor Steuern und des Ergebnisses nach Steuern sowohl des Konzerns als auch des Segments CB&S werden die kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (CVAs), die forderungsbezogenen Bewertungsanpassungen DVAs und die refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (FVAs) als Bereinigungsgrößen ausgewiesen.

Wie im Finanzbericht 2014 in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ erläutert, wird die CVA auf Derivatepositionen angewandt und durch Einschätzung der potenziellen Kredit-schulden gegenüber einem Kontrahenten bestimmt. Bei der Ermittlung der CVA werden alle gehaltenen Sicherheiten, die Effekte von Aufrechnungsvereinbarungen, die erwarteten Verluste bei Ausfall sowie die Kreditrisiken nach Maßgabe der vorliegenden Marktinformationen, einschließlich Prämien für Kreditabsicherungen (CDS-Spreads), berücksichtigt.

Die regulatorischen CVAs erhöhen die risikogewichteten Aktiva (RWA) gemäß den CRR/CRD 4-Kapitalvorschriften. Der Konzern versucht diese CVA RWA durch Absicherungen über Kreditderivate-Swaps zu reduzieren. Diese Absicherungen der regulatorischen CVA RWA erfolgt zusätzlich zu den Absicherungen für CVA-Exposures nach Maßgabe der IFRS-Vorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und führen daher zu Marktwertschwankungen in der GuV, die als Ertragsposten ausgewiesen werden. Diese Schwankungen im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Absicherungen für CVAs werden bei der Ermittlung des bereinigten Ergebnisses vor Steuern und des Ergebnisses nach Steuern in den Überleitungspositionen als „CVA“ ausgewiesen.

Die DVA berücksichtigt die Auswirkungen des eigenen Kreditrisikos des Konzerns bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Verpflichtungen (einschließlich Derivatekontrakten). Durch DVAs ausgelöste ergebniswirksame Schwankungen werden bei der Ermittlung des bereinigten Ergebnisses vor Steuern und des Ergebnisses nach Steuern in den Überleitungspositionen als „DVA“ ausgewiesen.

Die FVA wird auf nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegte Derivatepositionen angewandt. Sie reflektiert die marktimplizierten Refinanzierungskosten für Aktiva und Passiva und berücksichtigt bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegter Derivatepositionen den aktuellen Wert der Finanzierungskosten. Durch FVAs ausgelöste ergebniswirksame Schwankungen werden bei der Ermittlung des bereinigten Ergebnisses vor Steuern und des Ergebnisses nach Steuern in den Überleitungspositionen als „FVA“ ausgewiesen.

Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung dieser Messgrößen bereinigt um diese Positionen eine entscheidungsrelevantere Darstellung der zugrundeliegenden Fundamentaldaten der Geschäftsbereiche ermöglicht.

Überleitung der berichteten auf die bereinigten Parameter

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal			
	2015		2014	
	CB&S	Group	CB&S	Group
Erträge (veröffentlicht)	4.654	10.376	4.042	8.392
CVA/DVA/FVA ¹	-226	-298	3	-101
Erträge (bereinigt)	4.880	10.674	4.039	8.493
Zinsunabhängige Aufwendungen (veröffentlicht)	-3.959	-8.678	-2.566	-6.466
Umsetzungskosten (OpEx) ²	-70	-208	-111	-310
Weitere Abfindungszahlungen	-24	-44	-12	-27
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	-153	0	-52
Rechtsstreitigkeiten	-1.161	-1.544	18	0
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0
Weitere spezifische Kostenkomponenten	-11	-31	0	-85
Bereinigte Kostenbasis	-2.693	-6.699	-2.462	-5.992
Ergebnis vor Steuern (veröffentlicht)	643	1.479	1.439	1.680
Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis vor Steuern ³	0	-16	0	-20
Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern	643	1.464	1.439	1.660
CVA/DVA/FVA ¹	-226	-298	3	-101
Umsetzungskosten (OpEx) ²	-70	-208	-111	-310
Weitere Abfindungszahlungen	-24	-44	-12	-27
Rechtsstreitigkeiten	-1.161	-1.544	18	0
Wertberichtigungen auf Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0
Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern (bereinigt)	2.124	3.558	1.540	2.097
Aufwand-Ertrags-Relation (veröffentlicht)		84 %		77 %
Aufwand-Ertrags-Relation (bereinigt)		65 %		71 %
Durchschnittliches Active Equity (1. Quartal)	30.595	69.990	20.937	54.488
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity, veröffentlicht)⁴	5 %	3 %	18 %	8 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity, bereinigt)^{4,5}	18 %	13 %	19 %	10 %

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Gemäß CRR/CRD 4 erfolgte kreditrisikobezogene Bewertungsanpassungen (CVAs), forderungsbezogene Bewertungsanpassungen (DVAs), Anpassungen zwecks Berücksichtigung der Refinanzierungskosten von Derivaten (FVA).

² Beinhaltet Umsetzungskosten für die Postbank, Investitionen und OpEx.

³ Im Ergebnis vor Steuern der Unternehmensbereiche werden die Anteile ohne beherrschenden Einfluss als Aufwendungen reflektiert.

⁴ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis vor Steuern.

⁵ Für den Konzern basiert die Berechnung auf einer bereinigten Steuerquote von 35 % im ersten Quartal 2015 und 34 % für das erste Quartal 2014. Für CB&S basiert die Berechnung auf einer bereinigten Steuerquote von 34 % für das erste Quartal 2015 und auch das Vergleichsquartal des Vorjahres.

Impressum

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10-00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Der Zwischenbericht im Internet:
www.deutsche-bank.de/1Q2015

Veröffentlichung
Veröffentlicht am 27. April 2015.

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 20. März 2015 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt.

2015

Wichtige Termine

21. Mai 2015

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

22. Mai 2015

Dividendenzahlung

30. Juli 2015

Zwischenbericht zum 30. Juni 2015

28. Oktober 2015

Zwischenbericht zum 30. September 2015

2016

Wichtige Termine

28. Januar 2016

Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2015

15. März 2016

Geschäftsbericht 2015 und Form 20-F

28. April 2016

Zwischenbericht zum 31. März 2016

19. Mai 2016

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

20. Mai 2016

Dividendenzahlung

28. Juli 2016

Zwischenbericht zum 30. Juni 2016

27. Oktober 2016

Zwischenbericht zum 30. September 2016